

# Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Entstehung, Geschichte und Bilanz

Hrsg. Lothar Probst und Johannes Saalfeld

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit





# Die Städtepartnerschaft Bremen - Rostock

Entstehung, Geschichte und Bilanz

**Hrsg. Lothar Probst und Johannes Saalfeld**

Mit Beiträgen von Christoph Eisfeld und Christoph Kleemann

Bremen / Rostock 2010

ISBN:

## Impressum

**Verantwortlich:**

Prof. Dr. Lothar Probst  
Universität Bremen (Institut für Politikwissenschaft)  
Universitätsallee 22 (GW 2)  
28359 Bremen

**Herausgeber und Redaktion:**

Lothar Probst / Johannes Saalfeld

**Kooperationspartner:**

Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen und Rostock

**Satz und Layout:**

Michael Schultz / Johannes Saalfeld

**Druck:**

Universitätsdruckerei Bremen, Bremen 2010

**Rechtlicher Hinweis:**

Die Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und müssen nicht mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Die Verwendung der Texte und Bilder, auch auszugsweise, ist ohne Zustimmung der Herausgeber nicht gestattet.

**Bildnachweis:**

Wikimedia Commons (Titel), Bildarchiv Universität Rostock (Titel),  
Michael Schultz (Titel), A B (Seite 6), A B (Seite 7), A B (Seite 14), A B (Seite 17)

## Inhaltsverzeichnis

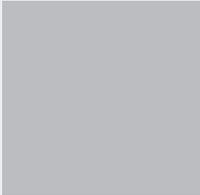
---

Grußworte des Oberbürgermeisters von Rostock und des Bürgermeisters von Bremen	6
Vorwort der Herausgeber	8
Die Städtepartnerschaft Rostock-Bremen im Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen	9
Die Entstehung der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock	13
Von der Rahmenvereinbarung zur Bürgerpartnerschaft: 1987 - 1990	21
Die Städtepartnerschaft Bremen-Rostock 1987 bis 1989 im Spiegel der Stasi-Akten	30
Hand in Hand: Die Bremer Politik und die Bremer Bürger helfen Rostock beim Aufbau neuer Strukturen	39
Feinde, Gegner, Partner, Freunde ... Ein persönlicher Erfahrungsbericht von Christoph Kleemann	49
Dokumentation	53

---

## Grußwort Jens Böhrnsen zu Bremen-Rostock

---



*Grußwort von Bürgermeister  
Jens Böhrnsen zur  
vorliegenden Publikation  
über die Städtepartnerschaft  
Bremen – Rostock anlässlich  
„20 Jahre Deutsche Einheit“*

**E**s muss ein guter Stern gewesen sein, unter dem die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock am 18. August 1987 geboren wurde. Auch wenn die damalige Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung als offizielle „Geburtsstunde“ zunächst von Rostocker Seite aus vor allem offizielle und kaum private Kontakte ermöglichte, so war doch die Basis gelegt für eine in der Folge der friedlichen Revolution von 1989 enge und für Rostock äußerst hilfreiche Zusammenarbeit.

Der Neustart in die kommunale Selbstverwaltung Rostocks wäre ohne Bremische Hilfe kaum denkbar gewesen. Unsere Stadt konnte so die Herausforderungen der Wiedervereinigung mit großer zusätzlicher Unterstützung aus der noch jungen Partnerstadt angehen. Dazu trug nicht nur die großzügige materielle Hilfe bei, die Bremen mit über acht Millionen D-Mark schnell ermöglichte. Es war vor allem der Wissenstransfer, der den Neuaufbau der Verwaltung und der

kommunalen Wirtschaft unterstützte und wesentliche, in Bremen erfolgreich praktizierte Instrumente der Mitbestimmung in Rostock etablierte. Sie prägen bis heute das Rostocker Gemeinwesen. Aber auch Sachspenden wie Busse für den öffentlichen Nahverkehr, 22 Kleintransporter, Klink-Ausstattung oder für Rostock gedruckte Tourismus-Broschüren halfen.

Bremen und Rostock verbinden nicht nur gemeinsame historische Traditionen als Hafen- und Hansestädte und ähnliche, Identität stiftende Institutionen und Branchen wie Werften, Reedereien und die Pflege der Traditionsschifffahrt. Die gemeinsame norddeutsche Mentalität half dabei, dass – losgelöst von Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik - dauerhafte Partnerschaften entstanden. Dies betrifft zahlreiche Firmen ebenso wie Schulen, Kirchgemeinden und Vereine. Ein reger Kontakt zwischen Vegesack und Warnemünde ermöglichte seit 1993 zahlreiche, vor allem sportliche Begegnungen. Gemeinsam engagierten sich Bremen und Rostock mit einem Hansekontor in Riga, gestalteten Bremerhaven und Rostock einen Spielplatz in Kaliningrad.

Die Krise der traditionellen Standpfeiler der maritimen Verbundwirtschaft und die kommunale Finanzkrise haben in beiden Städten ihre Spuren hinterlassen. Nicht immer sind dabei die unterschiedlichen Erfahrungen eines Stadtstaates und einer kreisfreien Kommune vergleichbar. Der immer härter werdende Standortwettbewerb zwischen den Städten und Regionen stellt jedoch an alle Gebietskörperschaften neue Herausforderungen.

20 Jahre deutsche Einheit bieten die Chance, stolz auf das gemeinsam Erreichte zu sein. Sie sind aber auch ein guter Anlass für uns, sich bei allen Bremerinnen und Bremern für die Hilfe und Unterstützung zu bedanken. Die Zukunft unserer Städtepartnerschaft steht daher nicht in den Sternen. Wir selbst haben es in der Hand, unsere Partnerschaft auch unter neuen Aspekten auszubauen! Die Ausstellung „Blick/Wechsel“ könnte dabei erste Impulse geben.

## Neustart Rostocks ohne Bremen kaum denkbar

---

**E**s muss ein guter Stern gewesen sein, unter dem die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock am 18. August 1987 geboren wurde. Auch wenn die damalige Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung als offizielle „Geburtsstunde“ zunächst von Rostocker Seite aus vor allem offizielle und kaum private Kontakte ermöglichte, so war doch die Basis gelegt für eine in der Folge der friedlichen Revolution von 1989 enge und für Rostock äußerst hilfreiche Zusammenarbeit.

Der Neustart in die kommunale Selbstverwaltung Rostocks wäre ohne Bremische Hilfe kaum denkbar gewesen. Unsere Stadt konnte so die Herausforderungen der Wiedervereinigung mit großer zusätzlicher Unterstützung aus der noch jungen Partnerstadt angehen. Dazu trug nicht nur die großzügige materielle Hilfe bei, die Bremen mit über acht Millionen D-Mark schnell ermöglichte. Es war vor allem der Wissenstransfer, der den Neuaufbau der Verwaltung und der kommunalen Wirtschaft unterstützte und wesentliche, in Bremen erfolgreich praktizierte Instrumente der Mitbestimmung in Rostock etablierte. Sie prägen bis heute das Rostocker Gemeinwesen. Aber auch Sachspenden wie Busse für den öffentlichen Nahverkehr, 22 Kleintransporter, Klink-Ausstattung oder für Rostock gedruckte Tourismus-Broschüren halfen.

Bremen und Rostock verbinden nicht nur gemeinsame historische Traditionen als Hafen- und Hansestädte und ähnliche, Identität stiftende Institutionen und Branchen wie Werften, Reedereien und die Pflege der Traditionsschiffahrt. Die gemeinsame norddeutsche Mentalität half dabei, dass – losgelöst von Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik – dauerhafte Partnerschaften entstanden. Dies betrifft zahlreiche Firmen ebenso wie Schulen, Kirchgemeinden und Vereine. Ein reger Kontakt zwischen Vegesack und Warnemünde ermöglichte seit 1993 zahlreiche, vor allem sportliche Begegnungen. Gemeinsam engagierten sich Bremen und Rostock mit einem Hansekantor in Riga, gestalteten Bremerhaven und Rostock einen Spielplatz in Kaliningrad.

Die Krise der traditionellen Standpfeiler der maritimen Verbundwirtschaft und die kommunale Finanzkrise haben in beiden Städten ihre Spuren hinterlassen. Nicht immer sind dabei die unterschiedlichen Erfahrungen eines Stadtstaates und einer kreisfreien Kommune vergleichbar. Der immer härter werdende Standortwettbewerb zwischen den Städten und Regionen stellt jedoch an alle Gebietskörperschaften neue Herausforderungen.

20 Jahre deutsche Einheit bieten die Chance, stolz auf das gemeinsam Erreichte zu sein. Sie sind aber auch ein guter Anlass für uns, sich bei allen Bremerinnen und Bremern für die Hilfe und Unterstützung zu bedanken. Die Zukunft unserer Städtepartnerschaft steht daher nicht in den Sternen. Wir selbst haben es in der Hand, unsere Partnerschaft auch unter neuen Aspekten auszubauen! Die Ausstellung „Blick/Wechsel“ könnte dabei erste Impulse geben.



*Grüßwort von Oberbürgermeister Roland Methling zur vorliegenden Publikation über die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock anlässlich „20 Jahre Deutsche Einheit“*

A handwritten signature in cursive script that reads "Roland Methling".

Roland Methling, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock  
Rostock, im August 2010

## Vorwort der Herausgeber

---

Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften repräsentieren ein wichtiges Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte, das bisher nur unzureichend aufgearbeitet wurde. Die Umstände ihrer Entstehung in der komplizierten Gemengelage der deutsch-deutschen Beziehungen, die tastenden Schritte der Realisierung von Kontakten, die über die offiziellen und von Seiten der DDR stark reglementierten Austauschprogramme hinausgingen, die Veränderung des Charakters der Städtepartnerschaften in der Zeit des politischen Auf- und Umbruchs in der DDR sowie ihre Bedeutung beim Aufbau neuer Strukturen in den ostdeutschen Partnerstädten sind bislang erst in wenigen Publikationen und wenn dann oft nur bruchstückhaft beleuchtet worden. Das gilt auch für die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock. Es ist vor diesem Hintergrund das Anliegen der Herausgeber und Autoren dieses Buches, die Lücke in der Aufarbeitung der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock zu schließen und aus historischer sowie politischer Perspektive eine systematische Darstellung ihrer Entstehung, Geschichte und Bilanz vorzulegen. Die Publikation versteht sich in diesem Sinne auch als ein Beitrag zum besseren Verständnis der deutsch-deutschen Geschichte und der Triebkräfte, die zur Überwindung der deutschen Teilung und schließlich zur Deutschen Einheit geführt haben. Auch wenn die Städtepartnerschaften im großen Drehbuch der Deutschen Einheit nur eine untergeordnete Rolle spielten, waren sie auf kommunaler Ebene ein wichtiges und unersetzliches Element des Aufbaus neuer Strukturen in Ostdeutschland. Schon kurz nach Öffnung der Mauer gingen Bürgerinnen und Bürger daran, gemeinsame Projekte zu initiieren und die Städtepartnerschaften für den Transfer von Sachmitteln, Fachleuten und Wissen zu nutzen. Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock, das zeigt diese Publikation, bietet viele Beispiele für diese Formen der spontanen zivilgesellschaftlichen Kooperation. Wie stark die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger der beiden Hansestädte in der Zeit des politischen Umbruchs war, zeigt das von einer Rostocker Bürgerinitiative im Januar 1990 organisierte „Volksfest für Bremen“, an dem Tausende von Bremern teilnahmen. Als die Bremer Rostock verließen, rief ihnen ein Rostocker hinterher: „Kommt bloß wieder!“ Da auch die Bremer politischen Institutionen, an der Spitze der Senat, 1989/1990 sehr schnell auf die neue Lage reagierten und institutionelle Hilfe leisteten, kann die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock für die Zeit zwischen 1990 und 1992 als beispielhaft für die Bedeutung der Städtepartnerschaften in der Zeit des politischen Umbruchs gelten.

Diese Publikation entstand in Kooperation mit den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Bremen und Rostock. Wir möchten uns auch bei allen Institutionen und Personen bedanken, die in der einen oder anderen Form zur Realisierung der Publikation beigetragen haben. Dazu zählen die Bremer Senatskanzlei, die Bremische Bürgerschaft, das Landesarchiv von Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald, Archivar Bodo Keipke vom Archiv der Hansestadt Rostock, Brigitte Jenning von der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit sowie Prof. Nikolaus Werz von der Universität Rostock. Nicht zuletzt gilt unser Dank Christoph Kleemann, der als kurzzeitiger Interims-Oberbürgermeister in den bewegten Zeiten des politischen Umbruchs und späterer Bürgerschaftspräsident von Rostock einen persönlichen Erfahrungsbericht zu dieser Publikation beige-steuert hat.

Bremen und Rostock im August 2010

# Die Städtepartnerschaft Rostock-Bremen im Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen

Johannes Saalfeld

Die Frage nach dem Ursprung deutsch-deutscher Städtepartnerschaften entzieht sich einer einfachen Beantwortung. Die ausschließliche Rückführung auf das Engagement einiger weniger Persönlichkeiten, wie das des damaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und des Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honecker Mitte der 1980er Jahre, würde hier als Erklärung zu kurz greifen.<sup>1</sup> Auch wenn aus diesem persönlichen Engagement die erste innerdeutsche Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis am 25. April 1986 hervorgegangen war<sup>2</sup>, können die kommunalen Partnerschaften zwischen zwei Staaten einer Nation einen langen politischen Vorlauf nachweisen, der einen großen Teil der 40jährigen Geschichte deutsch-deutscher Beziehungen berührt.

Die Beantwortung der Frage nach dem Ursprung der Partnerschaften fällt unter anderem auch daher so schwer, weil es bis zuletzt keine direkte Vereinbarung auf höchster Regierungsebene gab. Stattdessen wurde jede Partnerschaft von der DDR-Regierung immer als Ausnahme, als Entgegenkommen der DDR oder als Zeichen des guten Willens bezeichnet.<sup>3</sup> Ein zwischenstaatlicher Vertrag zur Einrichtung von Städtepartnerschaften existierte bis zum Ende der Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1990 nicht. Stattdessen können die Städtepartnerschaften westlich und östlich des Eisernen Vorhangs als „Nebenprodukt“ der weiterentwickelten, neuen Ostpolitik verstanden werden,

die unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre begonnen wurde und die langjährige Hallstein-Doktrin ablöste. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972, der 1973 in Kraft trat, war das Fundament für eine engere deutsch-deutsche Kooperation gelegt worden. Die darin gegenseitig zugesicherte Souveränität beider deutschen Staaten verschaffte der Deutschlandpolitik eine neue Qualität. Ein weiterer Meilenstein für die deutsch-deutschen Beziehungen stellte die Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 dar: Die staatliche Souveränität sowie der Grenzverlauf wurden für die DDR erstmals in einem internationalen Vertrag festgeschrieben, im Gegenzug wurde eine vorsichtige Öffnung des Ostblocks in Wirtschaft und Kultur versprochen. Neben den bedeutenden Vereinbarungen zu Menschenrechts- und Souveränitätsfragen enthielt die Schlussakte auch die zunächst weniger beachteten Vereinbarungen des Korbs II über die beabsichtigte Zusammenarbeit in Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Umwelt und Kultur. Diese Absichten wurden von beiden Seiten rhetorisch gern bemüht, eine Umsetzung ließ jedoch lange auf sich warten.

Bevor es jedoch zum Abschluss von Städtepartnerschaften kam, sah es in den Folgejahren nach Helsinki immer schlechter für eine schnelle Besserung der Beziehungen aus. Insbesondere die internationale Abkühlung des Ost-West-Verhältnisses Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre ließen hier einer innerdeutschen Entspannung kaum Raum. Das fortschreitende Wett- und Nachrücken sowie der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 wirkten sich zweifelsohne negativ auf den deutsch-deutschen Dialog aus, der bis zu dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 von der übergeordneten Stimmungslage der

1 Vgl. Klaus, Manfred: Städtepartnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Kommunen. In: KSPW (Hrsg.): Graue Reihe 94-02, Berlin 1994, S. 18.

2 Vgl. Reißig, Rolf: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2002, S. 36.

3 Vgl. Klaus: Städtepartnerschaften, S. 19.

Vier Mächte und deren Beziehungen untereinander außerordentlich abhängig war. Auch der Bonner Regierungswechsel 1982 ließ die Hoffnung auf eine Besserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR zunächst eher schwinden. Zudem stellte Honecker bereits 1980 vor jeglichen Dialog hohe Hürden in Form der sogenannten „Geraer Forderungen“ auf. Darin wurde von Seiten der DDR unter anderem die Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter, die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sowie die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gefordert.

Die Regierung Kohl verhielt sich jedoch von Anfang an unerwartet kooperativ gegenüber den Wünschen und Befindlichkeiten der DDR-Regierung. Sogar die „Geraer Forderungen“ wurden nicht wie erwartet kategorisch zurückgewiesen. Honecker forderte im Oktober 1983 infolge der immer schwierigeren internationalen Verhältnisse den Bundeskanzler auf, sich „zu einer Koalition der Vernunft zusammenzutun.“<sup>4</sup> Die „Koalition der Vernunft“, deren Begrifflichkeit von Kohl gerne aufgenommen wurde, begann das „Mögliche und Notwendige“ in kleinen Schritten voranzutreiben. So wurden unter anderem in den Jahren 1983 und 1984 zwei Milliardenkredite für die DDR vereinbart, im Gegenzug dafür wurden die in der westlichen Öffentlichkeit heftig kritisierten, automatischen Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze demontiert.<sup>5</sup> Das Verhältnis der beiden Regierungen hellte sich infolgedessen entgegen der internationalen Situation immer weiter auf.

Aber erst mit der Besserung der internationalen Rahmenbedingungen wuchsen auch die Möglichkeiten, in den deutsch-deutschen Beziehungen größere Fortschritte zu erzielen. Am 12. März 1985, nach siebenjähriger Pause, nahmen die sowjetische und amerikanische Regierung unter Reagan und Gorbatschow die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung wieder auf. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnete am 2. April 1985 vor der Genfer Abrüstungs-

konferenz die Neuaufnahme der Rüstungskontrollgespräche als Chance, „eine neue, eine zweite Phase der Entspannungspolitik einzuleiten.“<sup>6</sup> Dem Wechsel in der sowjetischen Regierungsspitze am 11. März 1985 kam dabei besondere Bedeutung zu. Nach dem Tod Konstantin Tschernenkows am 10. März 1985 tritt am Folgetag Michael Gorbatschow seine Nachfolge an. Auch wenn die Rüstungsverhandlungen bereits seit September 1984 vorbereitet worden waren, sprach man in der Folgezeit immer wieder vom förderlichen „Gorbatschow-Effekt“, der weit über Rüstungsfragen hinaus wirkte.

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten zum Tode Konstantin Tschernenkows trafen sich am 12. März 1985 Kohl und Honecker in Moskau. Am gleichen Tag wurde eine gemeinsame Erklärung, die sogenannte Moskauer Erklärung, veröffentlicht. Diese Erklärung entstand unter dem Eindruck erhöhter internationaler Verunsicherung infolge der sowjetischen Regierungsumbildung. Bundesrepublik und DDR waren bemüht, Konflikte zu vermeiden. Größtenteils war die Moskauer Erklärung um den Erhalt des Status quo und die Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten bemüht. Sie betonte, „daß Fortschritte zum Wohl der Menschen im beiderseitigen Verhältnis in hohem Maße geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen“, und dass beide Seiten dafür eintreten wollen, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf der Basis des Grundlagenvertrages normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Interesse von Frieden und Stabilität in Europa zu entwickeln und auszubauen.“<sup>7</sup> Auf höchster Ebene, insbesondere vonseiten Honeckers, wurde damit – zumindest zeitweilig – Kooperationsbereitschaft signalisiert. Kontakte und Zusammenarbeit sollten von nun an auf allen Ebenen, auch auf der zwischenmenschlichen Ebene, im Sinne

<sup>4</sup> Honecker zitiert nach: Potthoff, Heinrich: Die „Koalition der Vernunft“. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1995, S. 1009.

<sup>5</sup> Vgl. Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. S. 20f.

<sup>6</sup> Genscher zitiert nach: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 03.04.1985, Nr. 38/S. 324.

<sup>7</sup> Gemeinsame Erklärung über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR in Moskau. in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 14.03.1985, Nr. 28/S. 230.

gutnachbarlicher Beziehungen, forciert und vorangebracht werden. Die bisher von der DDR kategorisch abgelehnten Städtepartnerschaften als Instrument und Ausdruck dieses Wunsches nach einer vertieften Partnerschaft, erhielten somit eine Chance.

Dies war noch wenige Wochen zuvor kaum vorstellbar gewesen. Westdeutsche Bemühungen um deutsch-deutsche Städtepartnerschaften wurden in einem internen Papier von Honecker vom 4. Mai 1983 als Gefahr für die nationale Abgrenzungspolitik, als Unterwanderungs- und Destabilisierungsversuch sowie als Versuch zum Aufbau internationalen Drucks gegeißelt.<sup>8</sup> Und noch im Sommer des Jahres 1984 wurden die Bemühungen Kiels um den Aufbau von Beziehungen zu Rostock mit dem Hinweis darauf, „daß für kommunale Beziehungen zwischen Städten der BRD und der DDR gegenwärtig keine Grundlagen bestehen, daß dringendere Probleme einer Lösung harren“<sup>9</sup>, abgewiesen. Nach der Moskauer Erklärung jedoch bahnte sich auch in dieser Beziehung ein Durchbruch an. Beidseitig der Mauer wurde in Fragen der Städtepartnerschaften immer wieder auf die „Moskauer Erklärung“ verwiesen, und es wurden „gutnachbarliche“ Entwicklungen angemahnt. Der März 1985 kann demnach als Ausgangspunkt einer neuen, deutschen Entspannungspolitik identifiziert werden.

Die politische Rhetorik überschlug sich in der Folgezeit regelrecht mit hoffnungsvollen Formulierungen. Genscher, der die Gunst der Stunde bereits eine Woche nach der „Moskauer Erklärung“ nutzen wollte, erklärte:

*„Es muß schließlich darauf geachtet werden, daß in der neuen Phase der Entspannungspolitik neben einer breiten Einbeziehung der Sicherheitskomponente die politischen Beziehungen und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit nicht zu kurz kommen. Deshalb kommt es darauf an, den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki am 1. August 1985 politisch zu nutzen, um dem KSZE-*

*Prozeß neue Impulse zu geben. Im Bereich des Korbes II liegen noch viele ungenutzte Möglichkeiten.“*<sup>10</sup>

Als im November 1985 die Auswärtigen Ausschüsse der Unions- und Nationalitätensowjets beschlossen, Städtepartnerschaften zwischen sowjetischen und ausländischen Städten zu intensivieren und zu initiieren, wurde – zumindest zeitweilig – die ostdeutsche Verunsicherung gegenüber deutsch-deutschen Städtepartnerschaften zurückgestellt. Die Zusage zur ersten innerdeutschen Städtepartnerschaft erhielt Oskar Lafontaine für Saarlouis noch im gleichen Monat während eines offiziellen Besuchs bei Honecker in Berlin.<sup>11</sup>

Der Annäherung der beiden deutschen Staaten in Bezug auf Städtepartnerschaften kamen zwei weitere bemerkenswerte Entwicklungen zu Hilfe: Einerseits wurde das Kulturabkommen zwischen der BRD und der DDR am 6. Mai 1986 unterzeichnet, andererseits wurde der langjährige SPD-SED-Dialog intensiviert. Das Kulturabkommen wurde zwar erst zwei Wochen nach der Vereinbarung über die erste innerdeutsche Städtepartnerschaft unterzeichnet, die zentralen Formulierungen der städtepartnerschaftlichen Rahmenvereinbarungen finden sich aber im Kulturabkommen wieder – was nicht verwundert, da das Kulturabkommen bereits seit 1973 verhandelt und vorbereitet wurde. Weiterhin wurde das Kulturabkommen indirekt als Leitfaden für die Jahrespläne der Städtepartnerschaften genutzt. Da es, wie bereits erwähnt, keine vertragliche Vereinbarung auf höchster Regierungsebene für die Städtepartnerschaften gab, orientierte sich vor allem die östliche Seite sicherheitshalber an den Formulierungen des Kulturabkommens. So kann auch das Kulturabkommen vom Mai 1986 zu den wichtigen Bausteinen der innerdeutschen Städtepartnerschaften gezählt werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Städtepartnerschaften war der SPD-SED-Dialog, der seit der „Bonner Wende“ von 1982 ge-

8 Vgl. Klaus: Städtepartnerschaften. S. 16f.

9 Manfred Naumann (1. Stellvertr. Oberbürgermeister Rostocks) zitiert nach: Bericht über den Besuch einer Delegation der Stadt Rostock zur „Kieler Woche“ 1984. S. 3, in: Landesarchiv Greifswald, Archivale: Rep. 200 / 2.1.1. 132 „Kieler Woche“.

10 Genscher, Hans-Dietrich: Ein neues Kapitel in den West-Ost-Beziehungen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 20.03.1985, Nr. 31/S. 259.

11 Vgl. Klaus: Städtepartnerschaften. S. 18; vgl. Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. S. 360f.

führt wurde. Insbesondere Willy Brandt sah mit dem Machtwechsel in Bonn die von ihm initiierte Entspannungspolitik gefährdet. Er forcierte infolgedessen – zunächst fern jeglicher Öffentlichkeit und nicht als „Nebenaußenpolitik“ gedacht – den Dialog zwischen SPD und SED.<sup>12</sup> Dieser Dialog mündete im gemeinsamen SPD-SED-Papier *„Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“* vom 27. August 1987. Willy Brandt hatte während seines DDR-Besuchs von 1985 mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Ausgestaltung und Intensivierung der Beziehungen zwischen SED und SPD vereinbart. In den Folgejahren kam es bei zahlreichen Besuchen von SPD- und SED-Funktionären zu gegenseitigen Konsultationen und Diskussionen bezüglich deutsch-deutscher Fragen. Die harmonischen Diskussionsrunden bewegten den Historiker Heinrich-August Winkler zu der umstrittenen These, dass die SPD in der DDR „kaum noch als Partei des Westens wahrgenommen worden sei.“<sup>13</sup> Nicht zuletzt die belastenden Fragen um das amerikanische Raketenabwehrsystem SDI verschafften den Anliegen der SPD, die sich strikt gegen den „Raketenschutzschild“ aussprach, eine bevorzugte und wohlwollende Behandlung in der DDR. Vor diesem Hintergrund gelang der SPD, obwohl zu diesem Zeitpunkt Nicht-Regierungspartei, ein Zugang zu den obersten SED-Funktionären, der zu einem gegenseitigen Verständnis und Respekt führte.

Konkrete Ergebnisse des SPD-SED-Dialogs konnten aber nur dort erzielt werden, wo die SPD in Regierungsverantwortung stand und es keiner zwischenstaatlichen Vereinbarung bedurfte. Die Städtepartnerschaften boten sich hierfür geradezu an, denn es gab einerseits kein Abkommen auf höchster Regierungsebene, andererseits stellte die SPD viele Stadtoberhäupter in der Bundesrepublik. Dies waren beste Voraussetzungen für die Anbahnung von Städtepartnerschaften. Eine KSPW-Studie, die unter anderem auch die Vergabepaxis analysierte, bestätigt diesen Vorteil von SPD-geführten Städten:

*„Bei der Vergabe von Städtepartnerschaften gab es auf DDR-Seite keine festge-*

*legten Auswahlkriterien für die Städtepaare. In vielen Fällen gab die Fürsprache bzw. der Einsatz eines prominenten bundesdeutschen Politikers bei der DDR-Staatsführung den Ausschlag für die Begründung einer Partnerschaft.“*<sup>14</sup>

Persönliche Gespräche mit Honecker stellten in der Regel die Voraussetzung für das Gelingen eines Partnerschaftswunsches dar.<sup>15</sup> Wer einen direkten Zugang zum obersten SED-Funktionär und Staatsratsvorsitzenden hatte, war demnach deutlich im Vorteil gegenüber Mitbewerbern. Einen solchen direkten Draht zur SED hatten in der Regel SPD-Bürgermeister eher als ihre CDU-Kollegen.<sup>16</sup> Daher verwundert es nicht, dass von den 73 Städtepartnerschaften, die vom ZK der SED bis zum Herbst 1989 beschlossen waren, immerhin in 49 westdeutschen Städten SPD-Bürgermeister an der Spitze standen. Das waren mehr als 75 Prozent aller Partnerschaften.<sup>17</sup> Auch die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock wurde nach einem Gespräch zwischen dem Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier und Erich Honecker besiegelt und verdankte sich nicht zuletzt der Beziehungen, die sich zwischen SPD und SED seit Mitte der 1980er Jahre entwickelt hatten.

---

<sup>14</sup> Klaus: Städtepartnerschaften. S. 25

<sup>15</sup> Vgl. MfS Bezirksverwaltung Rostock, Abteilung Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), Offizier für Öffentlichkeitsarbeit: Rededisposition W. Rahlfs zur Leipziger Herbstmesse 1988. In: BStU, AS Rostock 361.

<sup>16</sup> Vgl. Reißig: Dialog durch die Mauer. S. 36.

<sup>17</sup> Vgl. Klaus: Städtepartnerschaften. Anhang S. 1ff.

---

<sup>12</sup> Vgl. Reißig: Dialog durch die Mauer. S. 29.

<sup>13</sup> Ebd. S. 37.

# Die Entstehung der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock

---

Johannes Saalfeld / Lothar Probst

Die Bremische Stadtbürgerschaft hatte bereits im April 1986 durch einen einstimmigen Beschluss aller Fraktionen (SPD, CDU und Grüne) den Senat beauftragt, mit einer durch die gemeinsame Geschichte verbundenen Stadt in der DDR eine Städtepartnerschaft zu vereinbaren. Nachdem der Bremer Senat zunächst über die Beziehungen der SPD zur SED und im Rahmen eines offiziellen Schreibens an die Regierung der DDR die Lage für den Abschluss einer Städtepartnerschaft Bremens mit einer Stadt der DDR sondiert hatte, kam es zur Anbahnung der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock beim Oberbürgermeistertreffen in Ost-Berlin, das vom 1. bis 5. Juni 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier stattfand. Neben anderen SPD-Bürgermeistern nahm auch der Bremer Bürgermeister und Senatspräsident Klaus Wedemeier auf Einladung der DDR an dem Treffen teil. Während dieser Veranstaltung erhielt Wedemeier Zugang zu höchsten DDR-Spitzenfunktionären und brachte dort sein Anliegen vor. Dort fand auch eine erste Begegnung zwischen Klaus Wedemeier und dem Rostocker Oberbürgermeister Dr. Henning Schleiff statt.

Bereits einen Monat später, am 1. Juli 1987, erhielt Klaus Wedemeier einen Gesprächstermin in Ost-Berlin bei Erich Honecker. Dieser dankte Wedemeier für seine Teilnahme am Oberbürgermeistertreffen und erklärte, dass er diese Geste hoch bewerte. Zudem lobte er die bisherigen guten Beziehungen zwischen Bremen und der DDR. Honecker erklärte weiterhin, dass die ähnlichen Strukturen der Hansestädte Bremen und Rostock „gute Voraussetzungen für eine fruchtbare Partnerschaft zwischen beiden Städten“<sup>18</sup> bilden. Damit hatte Klaus Wedemeier de facto den „Segen“ Honeckers für die Städtepartnerschaft mit Rostock erhal-

ten, die zu Bremen auch deshalb gut passte, weil mit Gdansk und Riga bereits zwei Städtepartnerschaften Bremens mit ehemaligen Hansestädten im Ostblock bestanden. Das ZK der SED hatte der Städtepartnerschaft Rostock-Bremen bereits am 6. April 1987 zugestimmt – also lange vor dem Gespräch Honeckers mit Wedemeier. Das zeigt einmal mehr, dass die Städtepartnerschaften von der obersten Entscheidungsinstanz der DDR „geplant“ und nicht etwa der Eigeninitiative von Kommunen überlassen wurden.

Gleich im Anschluss an das Gespräch mit Honecker reiste Wedemeier von Ost-Berlin nach Rostock weiter, wo er mit Vertretern des Rates des Bezirkes und der Stadt Rostock zusammentraf. Am 3. Juli einigten sich er und der Rostocker Oberbürgermeister Dr. Henning Schleiff darauf, einen Partnerschaftsvertrag vorzubereiten. Direkt nach seinem Besuch in Ost-Berlin und Rostock ließ Klaus Wedemeier über die Senatspressestelle der Öffentlichkeit mitteilen:

*„Wir hatten nicht nur mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR ein offenes und konstruktives Gespräch. Diese gute Atmosphäre setzte sich fort auch in den Gesprächen auf Bezirksebene und mit den Repräsentanten der Stadt Rostock. Rostock paßt gut zu den Städten, mit denen Bremen bereits besondere Beziehungen geknüpft hat. Ebenso wie Bremen, Danzig und Riga ist Rostock eine Hafenstadt, die von der Werftindustrie und Hafengewirtschaft geprägt ist. Wir sind daran interessiert, den Kontakt zwischen Rostock und Bremen möglichst rasch und konkret auszubauen. Unsere Gespräche mit der DDR waren dafür ein guter Anfang und eine solide Grundlage.“<sup>19</sup>*

Tatsächlich kam noch im selben Monat eine Delegation aus Rostock unter Leitung des stellvertretenden Rostocker Bürgermeis-

---

18 Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. S. 559. Nachdruck der Gesprächsmitschrift im Anhang dieses Bandes.

19 Informationen der Freien Hansestadt Bremen vom 3. Juli, 1987, S. 1733 (Senatspressestelle).

ters Manfred Naumann nach Bremen, um mit der Senatskanzlei Einzelheiten des Vertragswerks auszuarbeiten. Einen Monat vor der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, am 17. August 1987, fuhr Klaus Wedemeier nach Rostock, um dort am 18. August die Rahmenvereinbarung zu unterzeichnen. In seiner Ansprache vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung sagte er:

*„Wir stehen am Beginn einer neuen Partnerschaft, deren Ausbau zum Nutzen der Menschen in unseren Städten hoffentlich rasch und dauerhaft sein wird. [...] Es ist unsere Absicht, mit der neuen Partnerschaft die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verankerten Prinzipien zu unterstützen. [...] Wir wollen trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen und Systeme vielseitige kommunale Beziehungen zwischen beiden Städten und ihren Bürgerinnen und Bürger entwickeln. [...] Die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte sollen das gesellschaftliche Leben, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der jeweiligen Partnerstadt kennenlernen.“<sup>20</sup>*

Innerhalb der Bremischen Stadtbürgerschaft war das Vorgehen des SPD-Bürgermeisters Klaus Wedemeier beim Abschluss der Rahmenvereinbarung nicht unumstritten. Die Oppositionsfractionen von CDU und Grünen begrüßten zwar grundsätzlich die Vereinbarung einer Städtepartnerschaft mit Rostock, warfen Klaus Wedemeier aber „eine Politik der verschlossenen Türen“ und „Geheimkrämerei“ vor. Sie kritisierten, dass sie als Opposition nicht ausreichend über das



Klaus Wedemeier spricht vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung am 18. August 1987.

Zustandekommen und den Inhalt der Rahmenvereinbarung informiert worden seien. Die CDU warf dem Bürgermeister außerdem vor, dass die Zustimmung Honeckers zu der Städtepartnerschaft durch einen Beschluss des Senats „erkauft“ worden sei, die Finanzierung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter zur Registrierung von politischen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der DDR einzustellen. Dieser Beschluss sei dem niedersächsischen Justizministerium zwei Tage vor dem Treffen Klaus Wedemeiers mit Erich Honecker am 1. Juli 1987 mitgeteilt worden. Es liege deshalb der Verdacht nahe, dass der Bürgermeister damit das Wohlwollen von Honecker habe erkaufen wollen.

Auch die Grünen übten Kritik am Vorgehen des Bürgermeisters. Bei anderen deutsch-deutschen Städtepartnerschaften wären alle Fraktionen in die Beratung über einen Text für die Städtepartnerschaftsvereinbarung einbezogen worden, in Bremen dagegen hätte man die Oppositionsfractionen außen vor gelassen. Außerdem hoben die Grünen die Bedeutung des direkten Kontaktes zwischen den Bürgern der beiden Städte hervor und bezweifelten, dass die Rahmenvereinbarung diese Funktion erfüllen werde. Der Vertreter der Grünen sagte in diesem Zusammenhang in der Aussprache über die Rahmenvereinbarung:

*„[W]enn die Städtepartnerschaft mit Rostock wirklich das Ziel verfolgen soll, Vertrauen*

<sup>20</sup> Informationen der Freien Hansestadt Bremen vom 18. August 1987, S. 2047ff (Senatspressestelle). Abdruck der vollständigen Rede Wedemeiers im Anhang dieses Bandes.

zu schaffen, Feindbilder abzubauen und den Dialog zwischen den Menschen zu beleben, dann geht es nicht an, daß die konkreten Projekte sich auf den Austausch offizieller Institutionen und Organisationen beschränken. Eine Städtepartnerschaft lebt vom direkten Kontakt der Bürgerinnen und Bürger untereinander, lebt vom Erfahrungsaustausch staatlich nicht reglementierter gesellschaftlicher Gruppen. Natürlich muß ein Dialog aufgebaut und entwickelt werden. Aber es wirft einen Schatten auf die Städtepartnerschaft, wenn schon im Vorfeld Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausgegrenzt oder ausgeklammert werden.“<sup>21</sup>

Bürgermeister Wedemeier wies in der Aussprache die Kritik der Opposition zurück. Der Beschluss, die Finanzierung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter einzustellen, sei schon Monate vorher im Senat „nach Absprache mit anderen sozialdemokratisch regierten Ländern zustande gekommen.“<sup>22</sup> Außerdem sei es auch nicht richtig, dass die Rahmenvereinbarung und das vereinbarte Austauschprogramm lediglich „Treffen von Funktionären“ vorsehe. Die Jahresplanung schließe vielmehr vielfältige Kontakte, u.a. von Schülern der Jugend- und Volksmusikschule ein. Man solle 40 Jahre nach der Spaltung Deutschlands solche Partnerschaften nicht gleich mit zu vielen Erwartungen befrachten, sondern das zarte Pflänzlein pflegen. Dann könne man mehr erreichen, als das, was man bisher durch „revanchistisches Hinundhergerede nicht erreicht“ habe.<sup>23</sup>

Interessante Einblicke in die Anbahnung der Städtepartnerschaft lassen auch die Rostocker Akten des Rates der Stadt zu. So sind die Akten der Rostocker Verhandlungsdelegation um Manfred Naumann umfänglich erhalten geblieben.<sup>24</sup> Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Rostocker Seite nicht nur gut informiert und vorbereitet in die Verhandlungen ging, sondern auch von oberster Stelle instruiert war. Die Anbahnung der Partnerschaft wurde vom Zentralkomitee der

SED (ZK) in Berlin genau geplant:

„Es wird von Genossen des Zentralkomitees vorgeschlagen, daß Genosse Dr. Henning Schleiff, anlässlich des Oberbürgermeistertreffens in der Hauptstadt der DDR dem Bremer Stadtoberhaupt mitteilt, daß die Bemühungen Bremens um eine Städtepartnerschaft mit Rostock positiv aufgenommen wurden. Ferner wird der Vorschlag unterbreitet, daß Ende Juni, Anfang Juli 1987 eine fünfköpfige Abordnung, unter Leitung des 1. Stellvertreters des Rostocker OB, Genosse Manfred Naumann, nach Bremen fährt, um über Grundsätze und Hauptinhalte einer Vereinbarung und eines Jahresplanes erste Gespräche zu führen. Die Unterzeichnung des Vertrages ist in Rostock vorzunehmen. Er muß durch die Stadtparlamente ratifiziert werden.“<sup>25</sup>

Neben ausführlichen Darstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation Bremens findet sich auch ein umfangreicher Bestand an Informationen zu anderen Städtepartnerschaften in den Akten. Auf der Rostocker Bezirksebene, zu der die gesamte DDR-Küstenregion gehörte, wurden zusätzlich Treffen zwischen Städten durchgeführt, die vor der Verhandlung einer innerdeutschen Partnerschaft standen.<sup>26</sup> An diesem Treffen nahm auch der verantwortliche Genosse Harry Morgenstern von der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK teil, was die zentralstaatliche Planung der Städtepartnerschaften nochmals verdeutlicht. Darüber hinaus gab es einen Erfahrungsaustausch zwischen der Stadt Rostock und der Stadt Schwerin, die sich zur gleichen Zeit in Verhandlung mit Wuppertal befand. Der Bericht dieses Erfahrungsaustausches ermöglicht einen guten Einblick in typische Probleme bei solchen Verhandlungen. Demnach nahmen sogenannte Antragsteller, also ausreisewillige DDR-Bürger, Kontakt mit den westdeutschen Delegationen auf, sobald sich diese in der Stadt aufhielten. Zudem hatten die ostdeutschen Delegationen kaum Verhandlungsspielräume, was die Verhandlung

21 Protokoll der Bremischen Bürgerschaft (Stadt) vom 3.9.1987 (38. Sitzung), S. 1930. Nachdruck des vollständigen Protokolls im Anhang dieses Bandes.

22 Ebd., S. 1933.

23 Ebd. S. 1934.

24 Vgl. AHR 2.1.1. 8800 sowie AHR 2.1.1. 8801.

25 Information zur Anbahnung einer Städtepartnerschaft Rostock-Bremen vom ZK der SED. In: AHR 2.1.1. 8800.

26 Vgl. AHR 2.1.1. 8800 „Einladung zur konzeptionellen Beratung anstehender Städtepartnerschaften zwischen Städten des Bezirkes Rostock und Städten in der Bundesrepublik“ zum 12. Juni 1987.

mit den westdeutschen Städten erschwerte. Der Schweriner Oberbürgermeister berichtete in diesem Zusammenhang:

*„Im Verlaufe der Verhandlungen machten sich mehrere Rückfragen und Abstimmungen mit dem ZK der SED, Gen. Morgenstern, und der Bezirksleitung der SED erforderlich, um die zulässigen Kompromißformeln zu finden. [...] Neben der Auseinandersetzung über die Grundanliegen der Städtepartnerschaft, die von der BRD-Seite zuerst nur in der Herstellung vielfältiger Kontakte und Beziehungen zwischen den Bürgern beider Städte gesehen wurden, gab es lange Auseinandersetzungen zu solchen Fragen wie Unterbringung in Privatquartieren, Austausch von Zeitschriften und Zeitungen sowie Journalisten, Einladungen auf Familienbasis, Umfang des Delegationsaustausches.“<sup>27</sup>*

Das völlig unterschiedliche Verständnis über den Sinn und Zweck der innerdeutschen Städtepartnerschaften stand nicht nur zwischen Schwerin und Wuppertal als neuralgischer Punkt zwischen den Verhandlungsdelegationen. Auch die Akten der Rostocker Delegation spiegeln dieses Problem von Anfang wider. Akribisch genau wurde deshalb die Rostocker Delegation über die vermeintlichen Absichten der westdeutschen Städte informiert. Eine druckfrische Handreichung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV) mit dem Titel „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“ schürte zusätzlich die Befürchtungen der DDR-Funktionäre, wonach die Städtepartnerschaften von der Bundesrepublik zur Überwindung der Zweistaatlichkeit missbraucht würden. Die Darstellung von Sinn und Zweck der Partnerschaften, wie sie die KPV-Handreichung sah, war demnach Wasser auf die Mühlen der SED-Hardliner:

*„Städtepartnerschaften als Teil richtig verstandener Deutschlandpolitik müssen die Bewahrung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen zum Ziel haben, [...] können einen wesentlichen Beitrag leisten zu mehr Bewegungsfreiheit und zu mehr Informationsmöglichkeiten für die Menschen in beiden deutschen Staaten. Kommunale Partnerschaften sollen möglichst vielen Bürgern in der*

*Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu Begegnungen und Austausch verhelfen. Nur so kann das gegenseitige Verständnis gefördert werden, nur so können Städtepartnerschaften mithelfen, die Teilung Deutschlands in vielen kleinen Schritten zu überwinden.“<sup>28</sup>*

Um diesen Befürchtungen auf ostdeutscher Seite entgegenzutreten, unterstrich Wedemeier in einem Interview am Tag, als die Rostocker Verhandlungsdelegation in Bremen weilte, dass nicht die Vorstellungen der CDU in den Vertragstext einfließen würden, sondern die der SPD.<sup>29</sup> Diese standen bekanntlich den Zielstellungen der DDR-Regierung weitaus näher. Es ging der DDR bei den Städtepartnerschaften vor allem um ein Zeichen des guten Willens und der Praktizierung bilateraler Kontakte. Die DDR beabsichtigte, ihren souveränen und gleichberechtigten Status nach außen und insbesondere gegenüber der Bundesrepublik zu inszenieren. Die Friedens- und Abrüstungsrhetorik wurde dabei als Instrument zur Sicherung des Status quo bemüht. In diesem Sinne instruiert das ZK der SED auch den Rostocker Oberbürgermeister im Vorfeld der Partnerschaftsverhandlungen:

*„[Städtepartnerschaften] reflektieren die Tatsache, daß zwei unabhängige, souveräne deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nach ihren Möglichkeiten ihren Beitrag für Frieden, Sicherheit, Abrüstung und Entspannung zu leisten haben. [...] Indem wir unsere Auffassungen in die politischen Inhalte der Verträge einbringen, wirken wir dem Bestreben bestimmter politischer Kräfte in der BRD entgegen, mehr „Freizügigkeit“, „gesamtdeutsche Zusammengehörigkeitsgefühle“, mehr „Durchlässigkeit der Grenzen“, revisionistische Inhalte in die Begegnungen auf kommunaler Ebene hineinzutragen.“<sup>30</sup>*

Der Rostocker Verhandlungsdelegation stand im Vorfeld ein umfangreicher Überblick über die westdeutsche Berichterstattung zur Verfügung. Darunter befinden sich neben Zeitungsartikeln auch teilweise ge-

27 AHR 2.1.1. 8800: Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Schwerin über Erfahrungen bei der Vorbereitung der SP Schwerin-Wuppertal (Bericht Naumann)

28 kpv (Hrsg.): Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Juli 1987, S. 13, in: AHR 2.1.1. 8800.

29 Deutschlandfunk vom 24.7.87, Mitschrift eines Interviews mit Wedemeier. In: AHR 2.1.1. 8800.

30 Information zur Anbahnung einer Städtepartnerschaft Rostock-Bremen vom ZK der SED. In: AHR 2.1.1. 8800.

heimdienstlich abgeschöpfte Mitschriften von Hörfunksendungen.<sup>31</sup> Diese Mitschriften lassen ungewollt einen tiefen Einblick in den Seelenzustand des SED-Machtapparats zu, da die Mitschriften mit mehreren dienstlichen und privaten Kommentaren versehen wurden. Zum Beispiel wird mit den Worten „Haben sie endlich gemerkt!“ die folgende Aussage einer DLF-Kommentatorin goutiert: „Ohne die obligate Friedensformel wären

Verhandlungsdelegation, Manfred Naumann, in seinem Bericht vom 28. Juli 1987 ein positives Resümee.<sup>33</sup> Die Ziele und Vorstellungen der Rostocker Seite seien voll umgesetzt worden. Durch „konsequente und konstruktive Verhandlungsführung“ sei es gelungen, dass die von Rostock vorbereiteten Dokumente die Grundlage für die Rahmenvereinbarung und den Jahresarbeitsplan bildeten. Der Rostocker Textentwurf für die Präambel



Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung durch Klaus Wedemeier (links) und Henning Schleif (rechts) im Rostocker Rathaus.

sei im vollen Umfang übernommen worden, da „die von der Bremer Seite vorgelegten Dokumente [...] keine genügende Aussagekraft zur aktiven Friedenssicherung und Abrüstungspolitik“ enthielten. Größere Meinungsverschiedenheiten gab es zu den Wünschen der Bremer Seite in Bezug auf Kultur, Wissenschaft und Technik, Sport und Jugendtouristik. Hier verwiesen die Rostocker Unterhändler auf bestehende Abkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik<sup>34</sup>, in deren Rahmen – und nicht

im Rahmen der Städtepartnerschaft – diese Aktivitäten durchgeführt werden müssten. Dies stieß bei den Bremern zunächst auf Unverständnis. Aber auch die Kooperation zwischen dem Institut für niederdeutsche Sprache in Bremen und dem Mecklenburger Folklorenzentrum in Rostock hätte eigentlich nicht im Rahmen der Städtepartnerschaft stattfinden können, wenn es nicht zuvor von Erich Honecker persönlich während des Gesprächs mit Wedemeier am 1. Juli 1987 genehmigt worden wäre.<sup>35</sup>

*die Städtepartnerschaften wohl kaum zu haben. In ein gewisses Zwielficht geraten sie schließlich dadurch, daß Städtepartnerschaften normalerweise nur zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind, aufgenommen werden.“* Die letzten beiden Sätze des gleichen DLF-Beitrages wurden dann mit umso dickeren Unterstreichungen hervorgehoben: „Und die Unterbringung in Hotels hat Diskussionen bis spät in die Nacht in Privatwohnungen nicht verhindert. Die Diplomatie des kleinen Mannes geht auch dann, wenn er aus der DDR kommt, nicht immer die Wege der SED.“<sup>32</sup>

Insgesamt zieht der Leiter der Rostocker

31 Das Anfertigen von Mitschriften von Hörfunksendungen war zwar nicht zentraler Tätigkeitsbereich der Staatssicherheit, wurde aber im Rahmen der so genannten „Abschöpfung“ durchgeführt und den entsprechenden Ebenen und Abteilungen zur Verfügung gestellt.

32 Mitschrift DLF Frühkommentar, Gisela Schütze vom 4. Juni 1987, in: AHR 2.1.1. 8800.

33 Vgl. Bericht über die Verhandlungen der Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung mit dem Senat der Hansestadt Bremen zur Vorbereitung einer Städtepartnerschaft in der Zeit vom 21. bis 24.7.1987 in Bremen. 28. Juli 1987. In: AHR 2.1.1. 8800.

34 z.B. das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD vom 6. Mai 1986.

35 Vgl. hierzu Aktennotiz Siegfried Schliebs, Sekretär des Rates, vom 2. Juli 1987: „Am 2.7.1987 informierte mich der Stellvertretende Leiter der Abteilung BRD des MfAA, Genosse Schindler, über den Inhalt des Gesprächs

Eine von Rostock angebotene Aktivität für das Jahr 1987, als Vorgriff auf den Arbeitsplan 1988, wurde dagegen nach Darstellung Naumanns von Bremer Seite mit Verweis auf die Bürgerschaftswahl im September 1987 abgelehnt. Bremen hatte jedoch großes Interesse an einer Begegnung des FC Hansa mit Werder Bremen gezeigt. Naumann habe zugesagt, diesen Wunsch zu prüfen. Zu dieser sportlichen Begegnung sollte es aber vor dem politischen Um-



Besiegelung der Städtepartnerschaft mit einem Händedruck zwischen Klaus Wedemeier (links) und Henning Schleiff (rechts).

bruch nicht mehr kommen, weil das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) den DDR-Städten hohe Auflagen machte. In den „Prinzipien zur Organisation und Durchführung von Sportveranstaltungen im Rahmen der Städtepartnerschaften“ wurde grundsätzlich geregelt:

*„Im Rahmen der Städtepartnerschaft kann im Prinzip jährlich 1 Sportveranstaltung vereinbart werden, wobei grundsätzlich auf Mannschaften bis zur Bezirksliga [mit der heutigen Kreisliga vergleichbar] bzw. auf nichtolympische Sportarten orientiert wird.“<sup>36</sup>*

Manfred Naumann berichtet auch von einem Zwischenfall zu Beginn der Verhandlungen, welcher insbesondere die Auswertungsabteilungen der Staatssicherheit noch intensiv beschäftigen sollte. Die damalige Referentin für internationale Verbindungen beim Senat der Stadt Bremen wollte den Rostocker Delegationsmitgliedern je 100,-DM Handgeld zur Begrüßung übergeben. Dies wurde von der Delegation aus Rostock „einmütig und geschlossen“ zurückgewiesen. Wedemeier habe sich für diese Eigenmächtigkeit seiner Referentin entschuldigt, so Naumann. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wird diesen Vorgang als Mani-

pulationsversuch bewerten und sich in seinen Befürchtungen bestätigt fühlen.<sup>37</sup>

Lobend äußert sich Naumann dagegen, dass „insbesondere Herr Wedemeier über ausgezeichnete Kenntnisse der Geschichte der SPD im Lande Bremen und in diesem Zusammenhang über das Wirken von Wilhelm Pieck und Friedrich Ebert in diesem Territorium verfügt.“<sup>38</sup>

Die Verhandlung der Rahmenvereinbarung innerhalb von nur vier Wochen nach der Unterredung zwischen Honecker und Wedemeier ist bemerkenswert und kann vermutlich auf die Kompromissbereitschaft der Bremer Seite zurückgeführt werden. Die Rostocker Verhandlungsdelegation hatte im Gegensatz dazu kaum eigene Verhandlungsspielräume und musste sich an zahlreiche Vorgaben, Prinzipien, Verhaltensregeln und Sprachformeln halten, die ihnen das ZK, das MfAA sowie das MfS auferlegt hatten.<sup>39</sup> Möglicherweise hatte aber auch die anstehende Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 11. September 1987 promotorische Wirkung.

Nachdem am 24. Juli 1987 die Rahmenvereinbarung und der Jahresarbeitsplan

des Staatsratsvorsitzenden, Genossen Honecker, mit dem Bürgermeister von Bremen, Klaus Wedemeier, am 1.7.1987.“ In: AHR 8795.

36 MfAA (Hrsg.): Prinzipien zur Organisation und Durchführung von Sportveranstaltungen im Rahmen der Städtepartnerschaften. Ohne Datum, in: AHR. 2.1.1. 8799.

37 Vgl. BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89.

38 Bericht über die Verhandlungen der Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung mit dem Senat der Hansestadt Bremen zur Vorbereitung einer Städtepartnerschaft in der Zeit vom 21. bis 24.7.1987 in Bremen. 28. Juli 1987, S. 4.. In: AHR 2.1.1. 8800.

39 Vgl. hierzu auch das Kapitel „Die Städtepartnerschaft Bremen-Rostock im Spiegel der Stasi-Akten“.



Klaus Wedemeier und Henning Schleiff im Garten des Klosters zum Heiligen Kreuz in Rostock am 18. August 1987.

bereits paraphiert vorlagen, wurde die Unterzeichnung am 18. August 1987, einem Dienstag, in Rostock vorgenommen. Dafür reiste am Abend des 17. August eine Bremer Delegation, bestehend aus Bürgermeister Wedemeier, dem Leiter der Senatskanzlei Staatsrat Dr. Euler, dem Sprecher des Senats Reinhold Ostendorf und der Referentin für Internationale Beziehungen Frau Dr. Gertrud Exner an. Wedemeier entschuldigte sich für den nur 24stündigen Aufenthalt der Bremer Delegation in einem Schreiben an Henning Schleiff:

*„[I]ch bitte um Verständnis, daß ich leider wegen eines unumstößlichen zusätzlichen Wahlkampftermins erst am Montag, den 17. August 1987 im Laufe des Abends in Rostock eintreffen werde und am 18. August 1987 gegen Abend wieder abreisen muß, um einen langfristig geplanten Termin in Bremen einzuhalten.“<sup>40</sup>*

Am Tag der Unterzeichnung wurden ab 9 Uhr die Rahmenvereinbarung und der Jahresplan für 1988 vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung beraten. Der Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff brachte die Vereinbarung in die Versammlung ein und „begründete“ diese. Unmittelbar danach sprach der Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier vor den Rostocker Abgeordneten.<sup>41</sup>

40 Schreiben Wedemeier an Schleiff vom 30. Juli 1987, in: AHR 2.1.1. 8795.

41 Die vollständige Rede Wedemeiers ist im dokumenta-

Danach folgte eine „Aussprache“ unter den Stadtverordneten. Schleiff, Wedemeier und die Abgeordneten hoben in ihren Reden immer wieder die zentrale Bedeutung von Frieden und Abrüstung für die Städtepartnerschaft hervor. Erwartungsgemäß wurde die Vereinbarung sowie der erste Jahresplan für 1988 einstimmig verabschiedet. Gegen 11 Uhr wurde die Rahmenvereinbarung feierlich im Beisein der Bremer Delegation, dem Vertreter der Ständigen Vertretung der BRD in der

DDR, Regierungsdirektor Dr. Wilfried Sülow, der SED-Bezirksleitung sowie Vertretern der Nationalen Front unterzeichnet. Gegen 11.30 Uhr wurde eine Pressekonferenz abgehalten. Nach einem Mittagessen, das vom Rostocker Oberbürgermeister im Hotel Warnow gegeben wurde, besuchten ab 16 Uhr die Bremer Delegation sowie die Vertreter von Stadt und Bezirk gemeinschaftlich das Kloster zum Heiligen Kreuz und machten einen Rundgang durch die Nördliche Altstadt unter Führung des Rostocker Chefarchitekten, Prof. Lasch. Nach einem Abendessen in der HO Gaststätte „Zur Kogge“ und der gemeinschaftlichen Auswertung der ZDF-Berichterstattung reiste die Bremer Delegation ab.<sup>42</sup>

Einen Eklat gab es einige Tage vor der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung. Mitglieder der Fraktion und des Landesvorstandes der Grünen in Bremen wollten der Partnerstadt mit einem zwischen Travemünde und Rostock verkehrenden Passagierschiff einen Besuch abstatten, um mit Rostocker Bürgern ins Gespräch zu kommen und in Erfahrung zu bringen, was diese von der Partnerschaft wissen. Der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Ralf Fücks, erklärte: „Eine Städtepartnerschaft muss mehr sein als ein Treffen von Honoratioren. [...] Es muss auch der Kontakt zu gesellschaftlichen Grup-

rischen Anhang dieses Bandes abgedruckt.

42 Vgl. AHR 2.1.1. 8800.

pierungen, wie etwa der unabhängigen sowie der kirchlichen Friedensbewegung hergestellt werden.“<sup>43</sup> Genau solche Kontakte zu oppositionellen kirchlichen Gruppen in der DDR führten dazu, dass einem Mitglied des damaligen Landesvorstandes der Grünen die Einreise verweigert wurde. Als die grüne Delegation am 14. August 1987 aus Travemünde kommend in Warnemünde von Bord des Passagierschiffes gehen wollte, wurde ihm als einzigem der rund 700 Men-



Henning Schleiff spricht am 18. Oktober 1987 vor der Bremer Stadtbürgerschaft.

schens an Bord die Einreise mit den Worten „Sie sind hier unerwünscht!“ verweigert.<sup>44</sup> Er musste, ohne dass er von den Grenzbeamten eine Begründung für das Einreiseverbot erhielt, bis zur vorgesehenen Rückfahrt auf dem Schiff bleiben und durfte nicht an Land gehen.

Nach der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung in Rostock reiste eine Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1987 zum „Gegenbesuch“ nach Bremen. Der Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff sprach in diesem Zusammenhang am 18. Oktober vor der Bremischen Bürgerschaft, die sich nach der Wahl am 11. September neu konstituiert hatte.<sup>45</sup> Ursprünglich war geplant, diesen Besuch und die Rede Schleiffs noch im September durchzuführen. Die Septembersitzung der Bremischen Stadtbürgerschaft, die auch die letzte Sitzung vor der Wahl war, zeichnete sich wie anfangs beschrieben durch eine scharf geführte Debatte zur jungen Städtepartnerschaft aus. Da dies abzusehen war, verschob man mit Blick auf die anstehende Wahl und die heiße Phase des Wahlkampfes den Besuch in den Oktober.

Besondere Freude erregte unter der Rostocker Delegation die gehisste DDR-Flagge vor dem Bremer Rathaus als Ausdruck der Anerkennung. Als Gastgeschenke brachte die Rostocker Delegation neben einer Reproduk-

tion der Rostocker Vicke-Schorler-Rolle und Bildbänden über Rostock und Umgebung auch mehrere Fläschchen mit Rostocker Doppelkummel mit. An erster Stelle der Geschenkeliste stand aber der obligatorische Bildband „Erich Honecker – Ein Leben für das Volk“. Während in den Unterlagen zur Reisevorbereitung alle Gastgeschenke namentlich zugeteilt wurden, konnte man sich offensichtlich im Vorfeld nicht darauf einigen, wer diesen sperrigen Bildband erhalten sollte. Letztendlich erhielt der damalige Sprecher des Senats, Reinhold Ostendorf, dieses in Leinen gebundene Gastgeschenk. Reinhold Ostendorf wird über die gesamte Zeit der intensiven Partnerschaft bis Anfang der 1990er Jahre der wichtigste „Mittelsmann“ zwischen den Städten. Er verhandelte unter anderem die Jahrespläne für 1989 und 1990, versuchte humanitäre Fälle an DDR-Funktionäre heranzutragen und stimmte das Bremer Sofort-Hilfe-Programm nach der politischen Wende mit der Stadt Rostock und dem Neuen Forum ab. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, dass der besagte Bildband auf das besondere Engagement Ostendorfs Einfluss hatte.

43 Bremer Nachrichten, 18.8.1987.

44 Vgl. ebd.

45 Die vollständige Rede Schleiffs ist im dokumentarischen Anhang dieses Bandes abgedruckt.

# Von der Rahmenvereinbarung zur Bürgerpartnerschaft: 1987 - 1990

Lothar Probst / Johannes Saalfeld

In der Rahmenvereinbarung der Städtepartnerschaft<sup>46</sup> wurden die groben Linien der Zusammenarbeit der beiden Städte umrissen. An erster Stelle stand, wie üblich bei solchen Vereinbarungen, die Verpflichtung beider Partner sich aktiv für die Sicherung des Friedens sowie für Abrüstung und Entspannung einzusetzen. Besonders hervorgehoben wurde des Weiteren die Kooperation auf den Gebieten der Stadtentwicklung, des Städtebaus, der Architektur und Denkmalpflege, der Umwelt, der Kommunalwirtschaft, des Sozial- und Gesundheitswesens sowie der Kultur und des Sports. Auch Kontakte zwischen Wirtschaftseinheiten und der Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Organisationen beider Städte wurden explizit genannt. Dabei sollte die „Zusammenarbeit durch die Teilnahme von Bürgern an entsprechenden Veranstaltungen“ ermöglicht werden.<sup>47</sup> Wer in diesem Zusammenhang als Bürger zu verstehen war, wurde nicht weiter präzisiert – man kann jedoch davon ausgehen, dass es diesbezüglich grundsätzlich andere Auffassungen darüber zwischen der Rostocker und der Bremer Seite gab.

Die allgemeinen Kooperationsabsichten in der Rahmenvereinbarung wurden durch Jahrespläne präzisiert, in denen die jeweiligen Austauschvorhaben festgelegt wurden. Der erste Jahresplan für 1988, der gleichzeitig mit der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung verabschiedet wurde, sah u.a. vor: den Besuch einer offiziellen Delegation der Stadt Rostock in Bremen, eine Delegation aus Rostock, die sich mit Bremer Erfahrungen im Städtebau und der Architektur beschäftigt, die Reise einer Jugendreisegruppe mit 30 Personen, einer Volkskunstgruppe sowie einer Sport-

lergruppe aus Rostock nach Bremen, eine Delegation der Stadt Bremen nach Rostock im Rahmen der Rostocker Sommerfesttage 1988, eine Delegation aus Bremen, die sich mit Rostocker Erfahrungen im Städtebau und der Architektur beschäftigt, eine Jugendreisegruppe aus Bremen mit 30 Personen, die Rostock besucht, ein Jugendblasorchester aus Bremen, das an den Rostocker Sommerfesttagen teilnimmt, drei Bootsbesetzungen in olympischen Bootsklassen aus Bremen, die an der 38. Internationalen Ostseeregatta in Rostock-Warnemünde teilnehmen.

Der Jahresplan war relativ unspektakulär und beschränkte sich auf Bereiche, die politisch kaum brisant waren. Außerdem bot das Programm der Rostocker Seite die Möglichkeit, den direkten Kontakt zwischen Bürgern unter Kontrolle zu halten. Tatsächlich wurde das offiziell vereinbarte Austauschprogramm relativ reibungslos abgewickelt. Wie im Jahresplan vereinbart kam es zum Austausch der verschiedenen Delegationen und Besuchergruppen im Laufe des Jahres 1988. Aus Rostock besuchten eine sechsköpfige Architektendelegation, das Jugend-Kammerorchester, die Damen-Handballmannschaft des „Fischkombinats Rostock“, eine Delegation des Mecklenburgischen Folklorenzentrums Rostock, eine Jugendreisegruppe unter Leitung der FDJ sowie eine offizielle Delegation der Stadt Rostock Bremen. Von Bremer Seite aus wurden nicht alle geplanten Maßnahmen realisiert. Im Juli 1988 nahmen mehrere ranghohe Bremer Politiker an den Rostocker „Sommerfesttagen“ teil, unter ihnen Bürgermeister Klaus Wedemeier. Im Rahmen dieses Ereignisses fand u.a. ein Forum „Frieden und Abrüstung“ statt, an dem sich Vertreter aus insgesamt neun Partnerstädten Rostocks beteiligten. Die zum Abschluss unterzeichnete Erklärung für eine Beendigung des Wettrüstens und für Abrüstung wurde auch von Klaus Wedemeier unterzeichnet. Solche allgemei-

<sup>46</sup> Nachdruck im dokumentarischen Anhang dieses Bandes.

<sup>47</sup> Rahmenvereinbarung zwischen der Stadt Bremen und der Stadt Rostock, S. 2 (Drucksache 11/632 S der Bremischen Stadtbürgerschaft vom 17.08.87)

nen und unverbindlichen Erklärungen boten wenig Anlass für Kontroversen im Rahmen der Städtepartnerschaft.

Dagegen dürfte der Empfang des Bremer Bürgermeisters auf der „Alexander von Humboldt“ in Erinnerung geblieben sein. Am Empfang unter den 25 charakteristischen grünen Segeln der 63 Meter langen Bark nahmen rund 160 Personen aus Bremen, Rostock und dessen Partnerstädten teil. So trafen sich am 5. Juli 1988 während der „Rostocker Sommerfesttage“ von Wissenschaftlern über Marinevertreter, Unternehmer bis hin zu Vertretern aus Politik, Sport und Kultur alles was Rang und Namen hatte.<sup>48</sup>

Allerdings verliefen nicht alle offiziellen Begegnungen so harmonisch und unkompliziert. Als der damalige Konrektor und Chemieprofessor Hermann Cordes der Universität Bremen vier Monate nach der Unterzeichnung der Städtepartnerschaftsvereinbarung nach Rostock reiste, um dort Gespräche an der Wilhelm-Pieck-Universität zu führen, war der Besuch „von kühler Atmosphäre“ gezeichnet. Eine Vorstellungsrunde der Teilnehmer der Professoren der Biologie wurde dem Bremer Gast genauso verweigert wie die Liste seiner Gesprächsteilnehmer. Auch der Besuch einer Bremer Jugenddelegation unter Leitung des damaligen Sozial- und Jugendsenators Henning Scherf im Mai 1988 in Rostock offenbarte Widersprüchliches und Kontroverses. In einer Dokumentation der Reise, herausgegeben vom Senator für Jugend und Soziales, fassten die beteiligten Jugendlichen ihre Eindrücke zusammen. Neben positiven Erfahrungen wurden zugleich die Grenzen des gemeinsamen Dialogs klar formuliert, wenn es z.B. in Bezug auf die Gesprächspartner in Rostock heißt:

*„Offene Kritik wird nur im privaten Zweiergespräch artikuliert, aber nicht in offizieller Runde. Kritik an gesellschaftlichen Phänomenen ist unerwünscht, sie paßt nicht ins System, denn sie wird automatisch als staatsgefährdende Tendenz eingestuft. Und das haben wir in Rostock in mehreren Gesprächen sehr deutlich zu spüren bekommen. In der Regel konnten unsere Gesprächspartner mit Kritik nicht umgehen, von einigen Ausnahmen abgesehen [...]“<sup>49</sup>*

48 Vgl. AHR 2.1.1. 8798.

49 „Was ist gleich, was ist ähnlich, was ist anders?“

Und an anderer Stelle fasst einer der Teilnehmer die Erfahrungen folgendermaßen zusammengefasst:

*„Es ist grotesk, daß die versuchen, uns doch allen Ernstes ihre ‚Nationale Front‘ als bunte politische Parteienlandschaft zu verkaufen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie die dabei ernst bleiben können, wenn sie als Mitglied der CDU, LDPD, als Liberaler oder aktiver Christ mit einer eigenen politischen Linie vorgestellt werden. Dabei weiß jeder, bei der ‚Nationalen Front‘ hat nur die SED das Sagen.“<sup>50</sup>*

Als Henning Scherf nach dieser Reise der Bremer Jugenddelegation in einem Interview gefragt wurde, wie er sich die weitere Zukunft des Jugendaustausches vorstelle, sagte er:

*„Ich glaube, daß etliche Funktionäre dort begriffen haben, daß ein Austausch im Sinn von ‚neuem Denken‘ aufgefaßt werden muß. Das bedeutet, daß man den Umgang miteinander offener gestaltet, daß der andere in seinen Eigenheiten und Vorstellungen erst einmal akzeptiert wird, daß auch eigene Schwächen eingeräumt werden können: Eben weg von der Planerfüllungsdarstellung [...]“<sup>51</sup>*

Tatsächlich stellte sich schnell heraus, dass nicht nur die offiziell vereinbarten Programmpunkte oft eine Eigendynamik entfalteten, sondern auch, dass sich Bremer Bürgerinnen und Bürger die Städtepartnerschaftsvereinbarung zunutze machten, um auf eigene Faust Beziehungen zu Rostock und seinen Bürgern zu entwickeln. Schon kurz nach der Unterzeichnung der Städtepartnerschaft bot ein Bremer Reisebüro Tagesfahrten mit Bus und Schiff über Travemünde nach Rostock an, damit sich die Bremer ein eigenes Bild von ihrer neuen Partnerstadt machen konnten. Zwischen dem 25. und 27. September 1987 besuchten auf diesem Weg fast 600 Bremer Bürgerinnen und Bürger die Stadt an der Warnow. Dabei kam es auch zu ersten Verstimmungen zwischen den

---

Beiträge aus einem Nachbereitungsseminar über die erste Jugendgruppenreise nach Rostock vom 30. April bis 7. Mai 1988, S. 13 (Hrsg. Der Senator für Jugend und Soziales, Referat Jugendlichen und deren Familien, Bremen 1988).

50 Ebd., S. 21.

51 Interview mit Henning Scherf im Weser Kurier vom 17. Mai 1988, S. 18.

Städten, da das Reiseunternehmen mit einer Kaffeetafel warb, mit der angeblich die Rostocker Stadtverwaltung die Bremer Bürger begrüßen wollte. Die Enttäuschung war bei den Tagestouristen dementsprechend groß, als sie vor ungedeckten Tischen saßen. Mit der Stadt Rostock hatte das Unternehmen scheinbar keine verbindliche Vereinbarung getroffen. Und so bedurfte es einer Reihe von Briefen, dieses Missverständnis zwischen Bremen und Rostock wieder auszuräumen.<sup>52</sup>

In den Monaten April und Mai 1988 verging nahezu kein Tag, an dem nicht offizielle, halboffizielle oder private Delegationen entweder in Bremen oder Rostock weilten. Vor allem die Bremer Seite versuchte, die Kontakte zu intensivieren und Aktivitäten über den Jahresarbeitsplan hinaus umzusetzen. Von Rostocker Seite wurden offiziell kaum zusätzliche Aktivitäten angestrebt. Nur ein Zwischenhalt des Ausbildungsschiffes „Störtebeker“ der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow wurde als zusätzlicher Wunsch von Rostocker Seite an Bremen herangetragen und realisiert. Zur Besatzung gehörten 22 Besatzungsmitglieder, 14 Studierende und 13 Personen des Forschungs- und Lehrpersonals, darunter 5 Professoren inklusive des Rektors. Die Fahrt hatte demnach nicht nur einen reinen Ausbildungscharakter.<sup>53</sup>

An der Ausstellung „Bücher aus der DDR“, die im April 1988 in der Unteren Rathaushalle in Bremen stattfand, nahmen auch der Rostocker Hirnstorf-Verlag und die beiden plattdeutsch singenden Rostocker Künstler Piatkowski und Riek teil. Im selben Monat reiste eine Delegation der „Bremschen Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen mit der DDR“, versehen mit einem Begleitschreiben der Senatskanzlei, nach Rostock, um dort u.a. mit Vertretern des Rates der Stadt Rostock, dem Direktor der Musikhochschule und der Direktorin der Kunsthalle zusammenzutreffen. Ebenfalls im April 1988 fuhr eine Bremer Gruppe aus Be-

triebsräten, Vertrauensleuten, Künstlern und Kulturmanagern im Rahmen eines Bildungsurlaubs nach Rostock. Der Besuch gehörte nicht zu Jahresplanung, wurde aber von Rostocker Seite geduldet, obwohl die Gruppe für einige Irritationen sorgte. Der spontane Auftritt eines jungen Bremers, der mit seinem Kunstrad Akrobatik auf dem Rostocker Marktplatz aufführte und für Aufmerksamkeit sorgte, sowie eine Aufführung des Bremer Kabarets „Labskaus“ im Kulturhaus der Warnow-Werft in Rostock, die kleine Spitzen und Seitenhiebe auch auf das Leben in der DDR enthielt und viel Beifall einheimste, zeigten, dass die Städtepartnerschaft eine Eigendynamik entfaltet hatte, mit der man auf beiden Seiten nicht unbedingt gerechnet hatte. Als charakteristisch für die Versuche, die Städtepartnerschaft für den Bürgerdialog zu nutzen, kann ein weiterer Bildungsurlaub gelten, der vom Bürgerhaus Vegesack aus Bremen in Rostock organisiert wurde. Der Bürgerhausleiter gab als Ziel dieses Vorhabens an, einen Beitrag für eine Partnerschaft „von unten“ zu entwickeln. Neben Betriebsbesichtigungen, dem Besuch eines Jugendklubs und einer Diskussion über Jugendarbeit kam es auch zur Hospitation einer Bremer Lehrerin, die zu der Gruppe gehörte, an einer Rostocker Schule.<sup>54</sup>

Viele weitere Beispiele zeugen von dem Bemühen von Bremer Bürgerinnen und Bürgern, die Städtepartnerschaft mit Rostock mit Leben zu füllen. So bemühte sich u.a. eine Bremerin in Eigeninitiative, ein plattdeutsches Theaterstück ihres Vaters auf die Niederdeutsche Bühne in Rostock zu bringen. Die Stadthalle Bremen lud den VEB Fischkombinat Rostock zur Teilnahme an der Fachmesse „Fisch '88“ ein, und ein Bremer Männerchor versuchte, Verbindung zu einem Rostocker Chor aufzunehmen. Viele dieser Bemühungen waren vergeblich und wurden von Rostocker Seite entweder ignoriert oder abgelehnt.

Dass es auch von Seiten der Bürgerinnen und Bürger Rostocks durchaus den Wunsch gab, spontane und nicht von oben organisierte Kontakte mit Bremer Bürgern herzustellen, zeigen Auszüge aus den Stasi-Unterlagen. In

52 Vgl. AHR 2.1.1. 8752.

53 Vgl. „Protokoll über die getroffenen Absprachen zwischen dem Oberbürgermeister, Dr. Henning Schleiff, Rostock und dem Bürgermeister, Klaus Wedemeier, Bremen zur Umsetzung des am 18. August 1987 unterzeichneten Jahresarbeitsplanes für das Jahr 1988“ anlässlich des Aufenthaltes der Rostocker Delegation im Oktober 1987. In: AHR 2.1.1. 8798.

54 Bildungsurlaub in Rostock. Vegesack probt eine Partnerschaft „von unten“, in: DIE NORDDEUTSCHE vom 24. November 1988.

dem von der DDR kontrollierten Briefverkehr wurden Briefe von Rostockern an das Bremer Rathaus abgefangen, in denen der Wunsch geäußert wurde, Kontakte zu Bremer Familien zu vermitteln, um „einen Gedankenaustausch über zwischenmenschliche Beziehungen zu führen“. In der Regel hatten die Rostocker Bürgerinnen und Bürger allerdings unter den gegebenen politischen Verhältnissen in der DDR eine realistische Einschätzung von den Möglichkeiten, die ihnen die Städtepartnerschaftsvereinbarung bieten würde. Als ein Bremer Journalist anlässlich der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung in Rostock recherchierte und dort u.a. eine Frau, die auf dem Markt nach Melonen anstand, fragte, ob sie etwas von der Partnerschaft Rostocks mit Bremen gehört habe und sich etwas davon verspreche, antwortete diese: „Ja, da wird dann so mal was in der Zeitung stehen, aber uns wird das nicht betreffen.“<sup>55</sup>

Bereits am 26. Mai 1988, als eine sechsköpfige Delegation aus Rostock unter Leitung des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters in Bremen weilte, stand die Erörterung der Programmpunkte und Kontakte für 1989 im Mittelpunkt der Gespräche. Dabei orientierte man sich im Großen und Ganzen an dem Vorjahresplan. Neben den offiziellen Delegationen der beiden Städte wurden von Rostocker Seite aus eine Jugendreisegruppe, ein Shantychor, eine Studiengruppe zum Studium der Erfahrungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und eine Delegation von Werft- und Hafearbeitern benannt. Außerdem wollte Rostock in der Kunsthalle Bremen eine Ausstellung zeitgenössischer Werke aus dem Besitz der Stadt Rostock zeigen. Das Bremer Reiseprogramm war spiegelbildlich angelegt und umfasste neben einer Jugendreisegruppe, ein Jugendblasorchester, eine Werft- und Hafens-

arbeiterdelegation sowie die Frauenhandballmannschaft von SV Werder Bremen. Außerdem verpflichtete sich Bremen, in der Kunsthalle Rostock eine Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages von Gerhard Marcks zu zeigen.

Reinhold Ostendorf, Sprecher des Bremer Senates, trug wiederholt Wünsche und Vorschläge zum Ausbau der Partnerschaft an den Rat der Stadt Rostock heran. Viele Vorschläge zur Ausweitung der kulturellen Kontakte stammten dabei von Dieter Opper, damaliger Abteilungsleiter Kultur beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst in Bremen. Opper war im November 1988 privat nach Rostock zu einer Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle gefahren. Dort ergaben sich



Henning Schleiff spricht am 18. Oktober 1987 vor der Bremer Stadtbürgerschaft.

im Umfeld vielfältige Kontakte und Gespräche, aus denen Opper für Ostendorf Vorschläge erarbeitete. Im Aktenvermerk über den Aufenthalt von Ostendorf im Dezember 1988 steht hinter 11 von 14 Vorschlägen, die Ostendorf infolge der Ausarbeitungen Oppers in Rostock vorstellte, die kurze aber unmissverständliche Entscheidung des Rates der Stadt: „abgelehnt“.<sup>56</sup> Dabei handelte es sich um Vorschläge zur Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Schriftstellerverbänden, Orchestern, Verbandsgruppen und Bürgervereinen. Aber auch der Wunsch des

55 „Eindrücke aus Bremens Partnerstadt in der DDR“, in: die tageszeitung (Bremen) vom 18. August 1987.

56 „Aktenvermerk über den Aufenthalt des Pressesprechers des Senates der Stadt Bremen, Reinhold, Ostendorf, am 1./2.12.1988 in Rostock“, in: AHR 2.1.1. 8798.

Fußball-Bundesligisten Werder Bremen, ein Spiel mit dem DDR-Fußballoberligisten Hansa Rostock auszutrage, wurde auf Grund der Vorgaben aus dem MfAA bei dieser Gelegenheit im Dezember endgültig abgelehnt.<sup>57</sup> Ohnehin kam es aufgrund der politischen Ereignisse im Herbst 1989 nicht mehr zur vollständigen Realisierung der vereinbarten Aktivitäten.

Abseits der offiziellen Partnerschaft bauten auch die SED und die SPD ihre Zusammenarbeit auf lokaler Ebene aus. Im September 1988 reiste eine Delegation der SED Rostock zum Landesvorstand der SPD in Bremen. Die Bremer SPD hatte den Wunsch geäußert, offizielle Partnerbeziehungen zwischen der Bezirksleitung der SED und dem SPD Landesvorstand aufzunehmen. Die SED nahm die Einladung gerne an, schließlich verfolgte sie das Ziel, „die Position der SPD zu stärken und mit ihrer Hilfe die Politik der friedlichen Koexistenz unumkehrbar zu machen“<sup>58</sup>, wie es aus internen Papieren der Rostocker SED hervorgeht. Neben einem umfangreichen Besuchsprogramm der Forschungs- und Bildungsstätten zur Geschichte der Bremischen Arbeiterbewegung sowie der Bremer Häfen, gab es lange Gespräche und Diskussionen, die scheinbar viele Gegensätze zu Tage förderten. Ernst Timm, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Rostock, strich zwar in seinem Bericht zunächst die Fortschritte bei der Annäherung beider Parteien hervor:

*„Dabei zeigte sich insbesondere die Wirkung, die durch eine Reihe von Begegnungen von Genossen unserer Parteiführung mit leitenden Funktionären der SPD, durch das Dialogpapier von SED und SPD, aber auch durch die Kontakte, die zwischen Rostock und Bremen im Verlauf ihrer nun 13monatigen Städtepartnerschaft [stattfanden], auf den Prozeß der Neuorientierung der SPD ausgelöst worden war.“*<sup>59</sup>

Tatsächlich trafen die Funktionäre beider Parteien infolge der Städtepartnerschaft

häufiger als zuvor zusammen. Allein Timm und Wedemeier sahen sich seit dem Juli 1987 bereits vier Mal. Dies war aber schon fast alles, was Timm als Delegationsleiter von der „positiven Entwicklung der SPD“ zu berichten hatte. Als erstes wurde despektierlich festgestellt, dass unter den SPD-Teilnehmern kein einziger Arbeiter zu finden war. Timm beschwerte sich in seinem Bericht zudem, dass man den „Genossen“ wiederholt hätte erklären müssen, was eigentlich die Bezirksebene sei. Große Meinungsverschiedenheiten und lange Diskussionen gab es zum distanzierten Umgang der SPD mit der DKP, die von der SED als „Bruderpartei“ bezeichnet wird. Die SPD habe schwierige Themen direkt und unverhohlen angesprochen: Was Perestroika für die DDR bedeute und ob das Parteiprogramm der SED geändert werden müsse. Die Bremer SPD erklärte, dass es in der DDR zu langsam mit dem Umweltschutz voran ginge, „so daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich Kirchen und andere Gruppen darum kümmern.“<sup>60</sup> Die SED-Delegation blieb der SPD diesbezüglich viele Antworten schuldig. Aber damit nicht genug, mit großem Erstaunen wurde von der SED der recht trockene Hinweis der SPD aufgenommen, dass das Dialogpapier von SED und SPD bei den Sozialdemokraten „nach anfänglichen Irritationen keine Rolle mehr spiele“ und sich nun nur noch wenige „Profis“ in der SPD damit beschäftigen würden. Als Resümee des Treffens stellt Timm ernüchert fest, dass „die Bremer Seite außer dem Anliegen, möglichst viele Reisen von Gruppen nach Rostock zu organisieren, keine weiteren Vorstellungen [hatte].“<sup>61</sup> Letztendlich verabschiedeten beide Delegationen eine Vereinbarung, wonach die Zusammenarbeit vertieft werden, der Austausch von Studiendelegationen gefördert, Seminare an den Bildungsinstitutionen der beiden Parteien durchgeführt und Beobachter zu Bezirksdelegiertenkonferenzen der SED bzw. Gäste zu den Landesparteitagen der SPD entsendet werden sollen. Auch die Bedeutung des SED-SPD-Dialogpapiers wurde zu guter Letzt nochmals in einer gemeinsamen Pressemitteilung unterstrichen.

Solche Dissonanzen zwischen SPD und SED blieben nicht die einzigen. Tatsächlich

57 Vgl. MfAA (Hrsg.): Prinzipien zur Organisation und Durchführung von Sportveranstaltungen im Rahmen der Städtepartnerschaften. Ohne Datum, in: AHR. 2.1.1. 8799.

58 Bericht vom 29. September 1988 von Ernst Timm. In: AHR 2.1.1. 9798.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Vgl. Ebd.

sprach die SPD bei ihren Kontakten zur SED immer wieder neuralgische Punkte an. So musste Manfred Naumann nach der offiziellen Delegationsreise im April 1989 in Rostock berichten, dass sich während eines Mittagessens mit dem Bremer SPD-Landesvorstand eine kontroverse Diskussion, insbesondere mit dem Landesschatzmeister Egon Kähler und mit den Landesvorstandesmitgliedern Barbara Wulf und Prof. Thomas von der Vring, entwickelt habe. Dabei spielten Fragen des Wahlrechts, des staatlichen Zentralismus in der DDR sowie die Auswirkungen von Glasnost und Perestroika auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR eine Rolle. „Unter anderem wurde die Meinung geäußert“, wusste Naumann über die SPD-Diskutanten zu berichten, „daß sie Zweifel an der Entwicklung und Richtung in der DDR haben, die sie aus der Entwicklung der anderen sozialistischen Länder herleiten.“<sup>62</sup> Auch Reinhold Ostendorf und Staatsrat Dr. Euler nutzten ihre Funktionen immer wieder, um humanitäre Fälle an SED-Funktionäre heranzutragen. Gleichwohl diese Versuche erfolglos blieben, erzeugten die beständigen Nachfragen einen politischen Druck und zeigten, dass die problematische Menschenrechtslage in der DDR unter Beobachtung stand und nicht einfach ignoriert wurde.

Die beiden ersten Jahre der Partnerschaft zeigen eindrucksvoll, dass die Vereinbarung zwischen den beiden Städten die Initialzündung vielfältiger zwischenmenschlicher Kontakte war. Die offizielle Städtepartnerschaft war ein Türöffner für die deutsch-deutsche Zwischenmenschlichkeit, die sich dynamisch über alle Grenzen hinweg entwickelte. So war zum Beispiel die Reise der Rostocker Shanty-Gruppe nach Bremen im April 1989 ein solcher Erfolg, dass der Leiter der Gruppe in seinem Bericht traurig feststellen musste: „Der Absatz tausender Kassetten und Platten wäre möglich gewesen.“<sup>63</sup> Und einige Wochen später empfing der Rostocker Oberbürgermeister Schleiff als untrügliches Zeichen der gutnachbarlichen Beziehungen eine Lieferung des Exportdirektors der Brau-

erei BECK:

*„Sie werden hoffentlich verwundert sein wo das Beck's Bier herkommt. Anlässlich des Besuchs Ihres Shanty-Chores [...] wurde behauptet, daß wir es nicht schaffen würden, Ihnen und Ihren Mitarbeitern eine Kostprobe unseres köstlichen Bieres zukommen zu lassen. Wir freuen uns, daß wir Ihnen [...] 30 Kisten Beck's Bier in Ihr Rathaus liefern konnten und würden uns sehr freuen, wenn Sie beim Genuß dieses hervorragenden Bieres einen Toast auf Ihre Partnerstadt Bremen, die Beck's Brauerei und selbstverständlich auf das Wohlergehen und die Gesundheit Ihrer Mitarbeiter ausbringen würden.“<sup>64</sup>*

Während sich vereinzelt zwischenmenschliche Kontakte entwickelten, verhartete die SED im notorischen Freund-Feind-Denken. Ein merklicher Einfluss der Städtepartnerschaften auf das Denken der SED ist nicht im Ansatz nachzuweisen. Ein Schreiben des Genossen Unverricht, seines Zeichens Sekretär der SED-Bezirksleitung, fordert im Januar 1989 vom Rostocker Oberbürgermeister, dass dieser folgende Fragen für die weitere Ausgestaltung der Städtepartnerschaft beantworten solle:

*„Wie ist es gelungen, ideologische Hauptfragen (Friede, Beitrag zur Abrüstung, Entspannung, gleichberechtigte Nachbarschaft u.a.) in den Mittelpunkt der Beziehungen zu stellen?*

*Wie wurden Versuche zur Ausuferung der Partnerschaft, zur Einmischung in innere Angelegenheiten abgewehrt?*

*Wie wurden die Errungenschaften und Vorzüge des Sozialismus propagiert?*

*Welche elementaren sozialen, politischen Menschenrechte werden den Menschen in den Partnerstädten vorenthalten?*

*Welche Informationen haben wir konkret von der Verschuldung der Städte, dem Abwälzen der Lasten auf die sozial Schwachen?*

*Welche Informationen haben wir konkret von geistigen Manipulationen der Bürger insbesondere zum DDR-Bild? [...]*

*Dabei ist allergrößter Wert auf Wahrhaftigkeit - Überprüfbarkeit, Übereinstimmung mit den Erfahrungen unserer Bürger im Alltagsleben [...] zu legen. [...] Jedes vereinfachte Schwarz-Weiß-Malen ist zu vermeiden, die durchaus vorhandenen Schönheiten der*

62 Manfred Naumann: Bericht über den Aufenthalt der Delegation der Stadtverordnetenversammlung Rostock in Bremen vom 29.3. bis 3.4.1989. In: AHR 2.1.1. 8802.

63 Vgl. AHR 2.1.1. 8802.

64 Vgl. AHR 2.1.1. 8795.

*Partnerstadt, die Fähigkeiten des Systems und seiner Repräsentanten sind nicht zu verschweigen, doch sehr entschieden und parteilich ist die prinzipielle Überlegenheit der Kommunalpolitik herauszuarbeiten, die wir im Sozialismus entwickeln.“<sup>65</sup>*

Einige Monate vor der politischen Wende brachte im Juni 1989 der Temmen-Verlag in seiner Reihe „Bremen und seine Partnerstädte“ ein Reisebuch für die Stadt Rostock



Klaus Wedemeier und Henning Schleiff im Garten des Klosters zum Heiligen Kreuz in Rostock am 18. August 1987.

heraus. Der kleine Band im Westentaschenformat wurde u.a. von Hubertus Knabe und Klaus Sieveking in Rostock recherchiert. Der Rat der Stadt Rostock, dem im Vorwort für die Unterstützung gedankt wurde, versicherte den Autoren, dass dieser „problemlos in die DDR eingeführt und dort von Westtouristen benutzt werden darf.“<sup>66</sup> Zu kaufen gab es den Reiseführer „Rostock, Stadt an der Warnow“ jedoch im Osten nicht. Vermutlich wichen zu viele Sätze von der politischen Leitlinie der SED ab, wie zum Beispiel: „In Rostock ist der Sozialismus weniger grau und unfreundlich gestimmt als in Halle oder Leipzig.“<sup>67</sup>

65 Schreiben des Genossen Unverricht, Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock vom 25.1.1989, in: AHR 2.1.1. 8802.

66 die tageszeitung vom 9.6.1989: „Wo Sozialismus nicht so grau ist“

67 Zitiert nach: Ebd.

Als sich ab Sommer 1989 die Situation in der DDR zuspitzte und im Laufe des Herbst 1989 auch der „Norden der DDR aufwachte“<sup>68</sup>, wurde ein neues Kapitel in der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock aufgeschlagen. Und dieses Mal waren es die Rostocker Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Einsatz für Demokratie und freie Wahlen dieses neue Kapitel möglich machten. An der Spitze der damaligen Demokratiebewegung in Rostock stand u.a. Joachim Gauck, der damals sicherlich kaum geahnt hat, dass er eines Tages für das Amt des Bundespräsidenten im wiedervereinigten Deutschland kandidieren würde.

Nach der Grenzöffnung am 9. November zog es viele Rostocker Bürgerinnen und Bürger als erstes in ihre Partnerstadt. Diese Reisebewegung bekam zusätzlich durch ein Gerücht einen Zustrom, wonach Rostockern in Bremen das Doppelte des sonst üblichen Begrüßungsgeldes von 100 DM ausgezahlt würde. Dieses Gerücht hielt sich so hartnäckig,

dass erst eine offizielle Anfrage des Rates der Stadt Rostock Klarheit brachte: Mit den Worten „Das ist eine Ente“ löste Ernst Grimmke, damaliger Referent für internationale Verbindungen des Bremer Senates, am 17. November 1989 per Telex die Mär von 200 DM Begrüßungsgeld auf.<sup>69</sup>

Am 14. November 1989 gelang es der Bremer SPD ein Grußwort an die Rostocker Bürger in der Ostsee-Zeitung zu platzieren. Darin gratuliert die SPD zum Mauerfall, ruft zum Besuch in Bremen auf und bietet Hilfe bei der Kontaktsuche in Bremen an, woraufhin die Bremer SPD tausende von Briefen aus Rostock empfing. Viele Rostocker Familien machten sich in den folgenden Wochen,

68 Vgl. Lothar Probst (1993): „Der Norden wacht auf“.

Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989. Edition Temmen: Bremen.

69 Vgl. Telex vom 17.11.1989, in: AHR 2.1.1. 8802.

nicht nur wegen des SPD-Aufrufes, auf den Weg nach Bremen, wo sie herzlich empfangen wurden.

Im Gegenzug organisierten die Rostocker Bürger Sven Vierk, Elard Kuhlmann und Carl Timm ein großes „Volksfest für Bremen“. Am 20. und 21. Januar 1990 reisten schätzungsweise über 10.000 Bremer nach Rostock. Die Rostocker hatten privat rund 11.000 Übernachtungsmöglichkeiten bereitgestellt, von denen letztlich aber nur knapp 1.000 genutzt wurden. Ein Sonderzug, 76 Busse und unzählige PKWs kamen nach Rostock. Auf den Straßen gab es viel miteinander zu reden, viele Stände informierten über Gewerbe und Initiativen in Rostock. Die Bremer gingen auf Entdeckungstour durch ihre Partnerstadt, die einen waren von der Herzlichkeit der Rostocker beeindruckt, die anderen entdeckten im Kaufhaus eine eigene Welt. „wie bei uns vor 40 Jahren“. Die nächsten besuchten das Seebad Warnemünde oder waren über die braunkohlebelastete Luft in der Stadt erschrocken.<sup>70</sup> Am Abend wurde in den Gaststätten, Kneipen und Discos der Stadt an der Warnow gefeiert, getanzt und miteinander gesprochen. Ein Rostocker Bürger brachte die Stimmung der beiden Festtage mit der Aufforderung „Kommt bloß wieder!“ auf eine kurze Formel.<sup>71</sup>

Nach dem Bremen-Fest in Rostock revanchierten sich die Bremer mit einem „Rostock-Fest“. Am 17. Februar 1990 wurde so das erste Freundschaftsspiel zwischen den beiden Fußballmannschaften von Werder Bremen und Hansa Rostock ausgerichtet. 32 westdeutsche Firmen von Eduscho über Milka bis Becks organisierten eine „Fußball-Fete“ im Umfeld des Spiels, das sich über 30.000 Zuschauer in Rostock ansahen. Die Erlöse wurden unter anderem dem Rostocker Behinderten-Verein „Club 81“ gespendet. Da noch alle Waren für den Grenzüberschritt angemeldet werden mussten, ist von der „Fußball-Fete“ überliefert, dass rund 100 kg Kaffeepulver, 1500 Kaffepöben, 5000 Liter Beck's, 50.996 Tafeln Schokolade, 5000 Aufkleber („Come together – kommt zusammen“) und 5000 Kugelschreiber nach Ros-

tock gingen.<sup>72</sup> Insgesamt vielen in einem sehr turbulenten Spiel acht Tore. Otto Rehagel sei damit unzufrieden, die Stimmung dagegen aber sehr gut gewesen.<sup>73</sup>

Auf politischer Ebene engagierte sich trotz des schwierigen Umfelds die SPD von der ersten Stunde an in Rostock. Bereits einen Monat nach dem Mauerfall entwirft Klaus Wedemeier als Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in einem offenen Brief ein kommunales Hilfsprogramm unter dem Aufruf „Wir müssen jetzt handeln“:

*„Wichtig wird sein, den kommunalen Sachverstand im Sinne der praktischen Umsetzung in Richtung DDR zu mobilisieren. Dies ist zum Beispiel heute schon für diejenigen Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik leichter, die über Partnerschaften mit Städten in der DDR verfügen. Das sind zur Zeit 60 Städte. Natürlich reicht dieser Kreis zur praktischen Hilfe nicht aus, er kann aber eine gewisse Pilotfunktion in der Erfahrung bei der Umsetzung einer solchen Initiative entwickeln und weitergeben.“<sup>74</sup>*

Gleichzeitig zum offenen Brief lässt Wedemeier den Vorschlag für ein Hilfsprogramm für Rostock veröffentlichen. Im Januar wurde dazu mit dem Rat der Stadt Rostock und dem Runden Tisch das Hilfsprogramm des Bremer Senats über 5 Millionen DM verhandelt. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen und der unklaren politischen Verhältnisse wurde ein beispielhaftes Hilfsprojekt ausgehandelt.<sup>75</sup>

Auf die Frage, ob Rostock nun versuchen sollte, wie Bremen eine unabhängige Stadt zu werden, hatte Wedemeier eine deutliche Antwort: Rostock sollte ersteinmal versuchen Landeshauptstadt zu werden, eine freie Stadt könne man nur werden, wenn die Wirtschaftskraft dazu reiche, „[s]onst wird an allen runden Tischen nur noch über das Ausmaß der Verschuldung gesprochen.“<sup>76</sup>

72 Vgl. AHR 2.1.1. 11569.

73 Vgl. die tageszeitung vom 19.2.1990: Jubel für acht Tore.

74 Pressemitteilung Wedemeiers vom 11.12.1989, in: AHR 2.1.1. 8802.

75 Dazu mehr im Kapitel „Hand in Hand: Die Bremer Politik und die Bremer Bürger helfen Rostock beim Aufbau neuer Strukturen“ im gleichen Band.

76 Klaus Wedemeier zitiert nach: die tageszeitung vom 1.2.1990: Fünf Millionen für Maschinen, Geräte und einen

70 die tageszeitung vom 22.1.1989: „Die sind ja so herzlich“.

71 Weserkurier vom 22.1.1990: „Bremer sagen: Wir kommen wieder“

Schleiff wird im Frühjahr 1990 zum Rücktritt gezwungen und dankt in einem persönlichen Schreiben, aus dem auch gute private Kontakte hervorgehen, Bürgermeister Wedemeier und Bürgerschaftspräsident Klink für die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre.<sup>77</sup> Die ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 fanden in Rostock in Bremer Wahlurnen statt. 230 Wahlurnen und 120.000 Exemplare einer Rostocker Wahl-ABC-Broschüre wurden dazu von der Bremer Landeszentrale für politische Bildung bereitgestellt.<sup>78</sup> Aus den ersten freien Kommunalwahlen in Rostock am 6. Mai 1990 ging die SPD als stärkste Kraft hervor.

In den Folgemonaten bis zur Deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 gaben sich die Reisegruppen und Delegationen in Rostock buchstäblich die Klinke in die Hand. Im Februar fährt der Bremer Wirtschaftssenator Uwe Beckmeyer mit über 250 Unternehmern nach Rostock. Vertreter der Sparkasse Bremen, der Bremer Vulkan-Werften, ein Bremer Zeitungsverleger, die Bremer Handelskammer sowie Vertreter der Bremischen Wohnungsgesellschaften „Gewoba“ und „Bremische“ reisen nach Rostock. Auch die politischen Fraktionen der Bremer Bürgerschaft statten der Partnerstadt an der Warnow einen Besuch ab. Im Juni legen die Senatsbarkasse „MS Senator“ sowie die Schiffe „Schlüssel von Bremen“, „Wappen von Bremen“ und die „MS Beck's“ an der Rostocker Kaikante an. Empfänge und Ausfahrten wurden unter anderem mit den Geschäftsleitungen der VEB Deutfracht/Seerederei, VEB Seehafen Rostock, VEB Schiffsmaklerei und den Firmenvertretern der Bremer Lagerhausgesellschaft und dem Vorstand der Senator Linie unternommen.<sup>79</sup>

In den Monaten zwischen dem politischen Umbruch und der Deutschen Wiedervereinigung wurden in allen gesellschaftlichen Bereichen Kontakte geknüpft. Im Juni 1990 fand zum Beispiel ein Freundschaftsspiel zwischen der Bremer und der Rostocker Handballmannschaft statt. Viele gleichgesinnte

Vereine besuchten sich gegenseitig. Im Juli erfolgte eine große Geschwaderfahrt von Bremen nach Rostock mit rund 40 Schiffen.

Auch der Tag der Deutschen Einheit wurde gemeinsam gefeiert. Wedemeier und Scherf waren in Rostock vor Ort und führten einen symbolischen Händedruck mit dem Rostocker Oberbürgermeister Klaus Kilimann in der Nacht zum 3. Oktober aus. Zuvor gab es eine gemeinsame Festveranstaltung im Rostocker Rathaus. Am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Wiedervereinigung, fand dann im Bremer Rathaus eine Festveranstaltung statt.<sup>80</sup> Die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock hatte sich von einer dünnen Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 1987 zu einer breiten Bürgerpartnerschaft im Jahr 1990 entwickelt.

---

<sup>80</sup> Vgl. AHR 2.1.1. 8796.

---

alten Turm.

<sup>77</sup> Vgl. Schreiben Schleiff an Wedemeier und Klink vom 25. Mai 1990, in: AHR 2.1.1. 8795.

<sup>78</sup> Vgl. die tageszeitung vom 13.3.1989: Rostock-Wahl in Bremer Urnen.

<sup>79</sup> Vgl. AHR 2.1.1. 8795.

## Die Städtepartnerschaft Bremen-Rostock 1987 bis 1989 im Spiegel der Stasi-Akten

Christoph Eisfeld / Johannes Saalfeld

### Vorbemerkung

Aus Sicht der DDR-Spitzenfunktionäre hatten innerdeutsche Städtepartnerschaften etwas sehr brisantes, kam es doch infolge von Städtepartnerschaften zu vertieften Kontakten zwischen den Bürgern beider Staaten. Und so verwundert es nicht, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) von der generellen Planung über die Vereinbarung bis zur Überwachung in alle Partnerschaften involviert war. Entsprechend umfangreiche Aktenbestände finden sich in den Archiven der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU).

Bislang ist die Rolle der Staatssicherheit bei der Anbahnung, Umsetzung und Gestaltung deutsch-deutscher Städtepartnerschaft nur ansatzweise erforscht. Es sind zwar in den Jahren unmittelbar vor und nach der Wiedervereinigung mehrere Aufsätze zum Thema deutsch-deutsche Partnerschaften erschienen.<sup>81</sup> Darunter auch eine geringe Zahl an Studien zu einzelnen Städtepaaren, die zumeist von direkt Involvierten verfasst wurden.<sup>82</sup> Das Thema Staatssicherheit wurde dabei jedoch nie aufgegriffen. Nach 1990 hat sich die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) dem Thema Städtepartnerschaft gewidmet.<sup>83</sup> Aber auch hierbei blieb die Unterwanderung der

partnerschaftlichen Beziehungen durch das MfS weitgehend unberücksichtigt. Für viele große Städte fehlen daher entsprechende Einzeldarstellungen. So auch für die Städtepartnerschaft Bremen-Rostock. Zwar wurde die Kooperation der beiden Hansestädte in einem von der Stadt Rostock herausgegebenen Heft beleuchtet,<sup>84</sup> dabei blieben aber die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit ebenfalls ausgeklammert.

Für die vorliegende Untersuchung konnte dagegen erstmals auf die Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Bremen-Rostock zurückgegriffen werden. Bei der BStU sind hierzu umfangreiche Bestände aufgearbeitet worden. Zudem ist die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock durch umfangreiche Akten des Rates der Stadt und des Rates des Bezirks Rostock im Archiv der Hansestadt Rostock (AHR) dokumentiert. Diese kontrastieren teilweise das Bild der Stasi-Akten zur Städtepartnerschaft.

Zunächst wird in dem folgenden Beitrag eine Bewertung der vorliegenden Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Bremen-Rostock vorgenommen. Darauf aufbauend kann die Kontrolle der Partnerschaft durch das Ministerium für Staatssicherheit dargestellt und die Tätigkeit der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) verdeutlicht werden. Dabei zeigt sich, dass die Geschichte der innerdeutschen Städtepartnerschaft auch eine Geschichte der Staatssicherheit ist.

### Die Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Rostock-Bremen

Deutlich umfangreicher als alle anderen Städtepartnerschaften Rostocks ist die Partnerschaft mit Bremen in den Akten der Staatssicherheit dokumentiert. Dabei zeichnen sich die Akten durch eine er-

81 Vgl. Hoesch, Jan: Drei Jahre kommunale Partnerschaften mit der DDR. In: Deutschland-Archiv 1/1989, S. 37-44.

82 Vgl. Daniels, Hans H.: Von den Schwierigkeiten normal zu sein: Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. In: Bonner Heimat- und Geschichtsverein (Hrsg.): Bonner Geschichtsblätter 49/50 1999 (EA 1990), S. 649-655; Vgl. Probst, Lothar: Ein Jahr Partnerschaft Bremen-Rostock. In: Deutschland-Archiv 1/1989, S. 45-51.

83 Vgl. Klaus, Manfred: Städtepartnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Kommunen. In: KSPW (Hrsg.): Graue Reihe 94-02, Berlin 1994.

84 Vgl. Hansestadt Rostock (Hrsg.): Rostock-Bremen: lebendige Partnerschaft. Rostock 1991.

staunliche Bandbreite aus. Neben den Jahresplänen zur Partnerschaft finden sich Jahresarbeitspläne der Bezirksverwaltung des MfS zum Thema. Die obligatorischen IM-Berichte und deren Zusammenfassungen in verschiedenen Konzeptstufen gehören ebenso zum Bestand, wie eine an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit erstellte Diplomarbeit zum Thema Bremen-Rostock.<sup>85</sup> Regelmäßig erstellten die MfS-Rechtsstelle und das Büro der Leitung (BdL) Informationen und Richtlinien zur Handhabung von Städtepartnerschaften. Im Vordergrund stand hierbei stets die Darstellung von Maßnahmen zur „politisch-operativen Sicherung“<sup>86</sup> der Partnerschaften. Zudem wurden Konzeptionen erstellt und mit einem umfangreichen Briefwechsel zwischen Bezirksverwaltung und Leitung archiviert. Um sich ein umfassendes Bild von den Vorgängen in der Bundesrepublik zu machen, sammelte die Staatssicherheit neben Presseartikeln auch parlamentarische Drucksachen und von Kommunalverbänden erarbeitete Materialien zur Herangehensweise bei innerdeutschen Städtepartnerschaften. Komplettiert wird der Aktenbestand durch umfangreiche Mitschriften des westdeutschen Rund- und Hörfunkes. Über die öffentliche Diskussion in Westdeutschland war das MfS demnach gut informiert. Im untersuchten Aktenbestand befinden sich jedoch keine Dokumente aus Geheimdienstquellen auf dem Gebiet der BRD.

Mit den Akten zu den Städtepartnerschaften der DDR-Kommunen muss kritisch umgegangen werden. Sie sind Täterakten und spiegeln keineswegs die Realität der innerdeutschen Städtebeziehungen wider. Vielmehr sind sie ein Zerrbild der Wirklichkeit. Unerwünschtes wird ausgeblendet, tatsächliche Geschehnisse in Umfang und Bedeutung überhöht. Opportunistische Darstellungen der IMs werden auch in den unterschiedlichen Konzeptstufen der Zusammenfassungen innerhalb der Bezirksverwaltung nicht signifikant reduziert. Dennoch leisten die Akten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Funktionsweise der DDR und ihres Ministeriums für Staatssicherheit. Gleich-

sam ergibt sich bei der Analyse der Akten ein Verständnis für das Verhalten der DDR-Funktionäre im Rahmen der Städtepartnerschaften sowie den damit verbundenen Missverständnissen auf beiden Seiten.

## Zentrale Planung und regionale Überwachung

Da innerdeutsche Städtepartnerschaften generell auf oberster politischer Ebene beschlossen wurden, machte auch die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock hiervon keine Ausnahme. Sie passte sich in eine Reihe von Städtepartnerschaften ein, die nach der ersten innerdeutschen Partnerschaft im Jahr 1986 zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt geschlossen wurden. In den Vorlaufprozess zur Aufnahme von Partnerschaften zwischen Kommunen im Bezirk Rostock und westdeutschen Kommunen war die Staatssicherheit bereits weitestgehend eingebunden. Dabei nahm sie, wie nicht anders zu erwarten, eine blockierende Rolle ein. Die Bemühungen von westdeutschen Kommunen, Kontakte zu ostdeutschen Städten und deren Bürgermeister aufzunehmen, wurden vom MfS insgesamt mit Argwohn beobachtet. Da diese postalischen Anfragen nicht dem zentralisierten Prozedere entsprachen wurde versucht, mittels Postüberwachung Anbahnungsversuche frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Auch im Fall der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock gab es mehr als nur den einen westdeutschen Aspiranten Bremen. Versuche der Städte Kiel und Lübeck die Rostocker Stadtoberen zu Bemühungen im Hinblick auf eine Partnerschaft zu bewegen, wurden dabei ebenso registriert wie die Bemühungen von Bad Schwartau in Bezug auf Bad Döberan.<sup>87</sup> So fing das MfS Ende Februar 1986 ein Schreiben des Lübecker Oberbürgermeisters Knüppel an den Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff ab, in dem dieser für eine Kooperation beider Städte warb. An das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten weitergereicht, kam es von dort aus der Abteilung BRD endlich zu Schleiff, versehen mit dem Hinweis, „zunächst auf das Schreiben nicht zu reagieren, da in diesem Zusammenhang gegenwärtig grundsätzliche

<sup>85</sup> Vgl. BStU, Diplomarbeit 347/89, VWS JHS o0001-347/89.

<sup>86</sup> BStU, MfS-BdL, Dok. Nr. 008777, S. 1.

<sup>87</sup> Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 1, Nr. 548.

Entscheidungen vorbereitet“<sup>88</sup> würden. Die angekündigte Grundsatzentscheidung fiel dann aber erst über ein Jahr später im April 1987, als das Präsidium des Ministerrates die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock beschloss.<sup>89</sup> Bremen selbst wurde über diese Entscheidung erst in einem direkten Gespräch zwischen dem Bremer Bürgermeister Wedemeier und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 1. Juli 1987 informiert.<sup>90</sup> Das MfS machte sich allein durch die Filterung der Post zu einem unumgänglichen Organ bei der zentralen Planung von Partnerschaften zwischen den Städten in Ost- und Westdeutschland. Auch später führten die Mitwirkung des MfS und der damit verbundene hohe Abstimmungsbedarf zwischen den beteiligten Ebenen und Abteilungen zu erheblichen Zeitverzögerungen in der innerdeutschen Kommunikation.

Zwei Tage nach seinem Treffen mit Honecker am 1. Juli 1987 reiste Wedemeier nach Rostock und vereinbarte mit dem Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff die Ausarbeitung einer Rahmenvereinbarung zur Städtepartnerschaft zwischen den beiden Hansestädten. Mit der gleichzeitigen Ausarbeitung der Jahrespläne wurde die Ausgestaltung der Partnerschaft verbindlich festgelegt. Dies bedeute beispielsweise für das Jahr 1989 den Empfang von acht Delegationen aus Bremen in Rostock. Dabei reichte der Umfang von einer bis zu 20 Personen. Im Gegenzug sah die Planung fünf Rostocker Delegationen vor.<sup>91</sup> Aus Sicht des MfS setzt sich hier eine „Tendenz fort, auf breitester Ebene Kontakte zu knüpfen“<sup>92</sup> – aus bundesdeutscher Sicht das Grundanliegen jeder Städtepartnerschaft. Aber schon 1988 wird

von der Staatssicherheit mit Argwohn eine Tendenz zur Unterwanderung und Ausweitung der Rahmenvereinbarung festgestellt. Diese wurde an Vorschlägen aus Bremen festgemacht, im Rahmen der Partnerschaft eine Klassenfahrt von Wirtschaftslehrlingen nach Rostock zu organisieren, die Unterstützung des Rates der Stadt für eine Reise einer Einzelperson zur krebserkrankten Mutter nach Bremen zu erlangen sowie weiterer Anregungen, die alle unter Mitwirkung des MfS abgelehnt wurden.<sup>93</sup> An diesen Beispielen zeigt sich deutlich die bereits zu diesem Zeitpunkt bestehende Einflussnahme und Unterwanderung der Städtepartnerschaft durch das MfS. Die Wünsche der Bremer wurden nämlich nicht etwa schriftlich geäußert, sondern beruhen auf einem Gespräch des Sekretärs des Rates der Stadt Rostock, Schliebs, mit dem Staatsrat in der Bremer Senatskanzlei Euler. Dabei fertigte Schliebs eine Aktennotiz an, die dann an die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit weitergereicht worden sein muss.<sup>94</sup> Das Anfertigen von Aktennotizen, Reiseberichten und sogenannten Sofortmeldungen war für jeden verpflichtend vorgeschrieben, der offiziellen Kontakt zu Personen aus dem westlichen Ausland hatte. Je detailreicher und ausführlicher diese Berichte waren, desto geringer war die Gefahr, dass ein anwesender Inoffizieller Mitarbeiter dem MfS mehr zu berichten wusste.

Wenngleich die Aufnahme von Städtepartnerschaften, insbesondere deren Planung und Genehmigung, zentral angesiedelt waren, so oblag die Überwachung den lokalen Dienststellen. Im Falle Rostocks waren hierfür die Bezirksverwaltung sowie die Kreisdienststelle Rostock der Staatssicherheit zuständig. Diese Zuordnung geht aus einer aus dem Büro der Leitung stammenden Vertraulichen Verschlussache (VVS) zu Städtepartnerschaften mit der Bundesrepublik hervor. Diese war mit der Anlage „Informationsbedarf für die Erarbeitung einer Einschätzung über vorliegende Erkenntnisse zum Mißbrauch von Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und Städten der BRD seitens des Gegners und feindlich-negativer Kräfte in der DDR“<sup>95</sup> versehen.

88 Schreiben des Abteilungsleiter Seidel aus dem MfAA, Abteilung BRD an Henning Schleiff, AHR 2.1.1.8752. Am 7. August 1987 beantwortet Schleiff die Anfrage des Lübecker OBs mit Verweis auf Bremen negativ.

89 Auf der 37. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 9. April 1987 wurde die Aufnahme der Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock beschlossen. Vgl. BStU, MfS –Schr. d. Min. 1774.

90 Siehe hierzu das entsprechende Gesprächsprotokoll zwischen Honecker und Wedemeier im dokumentarischen Anhang.

91 Vgl. Jahresplan 1989 zur Realisierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit, BStU, BV Rostock, Abt. XX, Archiv Nr. 1439, S. 1ff.

92 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 44.

93 Vgl. ebd. S. 42.

94 Vgl. zur Aktennotiz AHR 2.1.1. 8795

95 BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 2929, S. 5-6.

Von daher wurde die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock ab 1988 in die Jahrespläne der Bezirksverwaltung aufgenommen. Verantwortlich war die Abteilung XX „Sicherung der verfassungsmäßigen Grundlagen des sozialistischen Staates“ – auch verantwortlich für die Überwachung der Kirchen und anderer Organisationen.<sup>96</sup> Die Planung sah vor, dass „Informationen über feindliche bzw. politisch negative Absichten und Aktivitäten des Missbrauchs der Städtepartnerschaft Rostock-Bremen sowie zu ideologischen Grundpositionen und Verhaltensweisen verantwortlicher bzw. einbezogener Personen“<sup>97</sup> gewonnen werden sollten. Konkret standen hierbei die so genannten „operativen Ersthinweise und inoffiziellen Beweise zum Verdacht strafbarer und anderer op-relevanter Handlungen, insbesondere über Verbindungsaufnahmen zu gegnerischen Stellen“<sup>98</sup> im Vordergrund.

Knapp zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn der Städtepartnerschaft ist auch auf Bezirksebene für deren „politisch-operative Sicherung“ eine Konzeption entwickelt und an das Büro der Leitung übersandt worden.<sup>99</sup> Eine derartige Vorgehensweise verdeutlicht zwei wesentliche Merkmale für den Umgang des MfS mit den Städtepartnerschaften. Zum einen ist zwar die Überwachung Sache der Bezirksverwaltung. Dennoch bleibt die Organisation zentral gesteuert. Zum anderen wird die große Bedeutung der Städtepartnerschaften für Staat und Staatssicherheit deutlich.

Das MfS in Berlin verfasst zentrale Vorgaben für die Städtepartnerschaften sowie Anweisungen und Informationsvorlagen. Minister Erich Mielke persönlich zeichnet für die negative Einstellung des MfS gegenüber den Städtepartnerschaften verantwortlich. Dabei trugen ihn Sorgen um Missbrauch und Unterwanderung der Partnerschaften durch „gegnerisch-feindliche Kräfte“. Auf einer Dienstkonferenz 1988 führt der Minister dazu aus,

*„daß der Gegner bestrebt ist, das Netz breitgefächerter Kontakte ständig zu erwei-*

*tern, um damit nicht nur Möglichkeiten für eine umfassende Abschöpfung zu erhalten, sondern diese auch für direkte Anwerbungen zu nutzen. Dabei operieren die gegnerischen Kräfte zum Teil sehr offen und bemühen sich so aufzutreten, daß sie strafrechtlich möglichst nicht belangt werden können.“*<sup>100</sup>

Infolge dieser negativen Einstellung unternahm das Ministerium enorme Anstrengungen, die Städtepartnerschaften auf ein Minimum von Aktivitäten zu reduzieren und alle damit verbundenen Vorgänge so genau wie möglich zu überwachen. Mielke wirkte offensichtlich auch im Ministerrat auf diese Einschränkungen hin, denn sein Wortlaut findet sich in einer Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, wieder. Entsprechend ausführlich informiert Erich Mielke sämtliche Dienststellen, die mit Städtepartnerschaften betraut sind, über Stophs Verfügung Nr. 83/87 vom 1. Juni 1987 „Zu den Aufgaben und zur Verantwortung der Staatsorgane bei der Vorbereitung und Realisierung von Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und Städten der BRD“<sup>101</sup>. Darin werden Eckpfeiler für den Umgang mit zukünftigen Städtepartnerschaften eingeschlagen. Mielke informiert:

*„Zu beachten ist, daß im Rahmen von Städtepartnerschaften keine bilateralen Direktbeziehungen zwischen Kultureinrichtungen, Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sowie anderen Bildungseinrichtungen hergestellt werden dürfen. Die Herstellung solcher Direktbeziehungen bedarf besonderer Vereinbarungen über die dafür zuständigen Ministerien. [...] Die Maßnahmen zur Erarbeitung der erforderlichen Informationen sind unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung durchzuführen.“*<sup>102</sup>

Die zahlreichen Versuche Bremens zur Kontaktabbauungen mit der Universität Rostock standen also von Anfang an unter keinem guten Stern. Eine Kooperation zwischen dem Institut für niederdeutsche

96 Vgl. zu Struktur des MfS im ehemaligen Bezirk Rostock: Ammer, Thomas; Hans-Joachim Memmler: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung, Köln 1991.

97 Jahresplan 1988, BStU, BV Rostock, KD Rostock, Ref. A/I, Archiv Nr. 81, S. 10.

98 Ebd. S. 15.

99 BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 3189, S. 16-22.

100 Erich Mielke zitiert nach: BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 57, zitiert nach GVS MfS 0008-41/88, 26.10.1988, S. 109-113.

101 Verfügung Nr. 83/87, zitiert nach: VVS B2-508/87, zitiert nach: BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 008870.

102 Ebd. S. 4.

Sprache in Bremen und dem Mecklenburger Folklorenzentrums war nur durch ausdrückliche Genehmigung von Honecker persönlich möglich, der den Kulturaustausch zwischen der DDR und der BRD zeitweilig positiv einschätzte.<sup>103</sup> Anderthalb Jahre später versucht das MfS, dieser Offenheit des Staatsratsvorsitzenden direkt entgegenzusteuern. Am 30. Januar 1989 kommt eine interne Studie der Abteilung XX des MfS zur politisch-operativen Sicherung von Städtepartnerschaften zu einer pessimistischen Einschätzung dieser von Honecker persönlich genehmigten Kooperation:

*„Zu beachten ist bei dieser Partnerschaft seitens der Stadt Bremen ein konzeptioneller Rückgriff auf ehemals historische Gemeinsamkeiten (Norddeutsche Städte, Hansestädte) sowie damit in Zusammenhang stehend niederdeutsche Sprachbesonderheiten. Daraus ergeben sich Möglichkeiten des Unterlaufens des Kulturabkommens DDR-BRD.“<sup>104</sup>*

Ebenso wird in dieser Studie wiederholt empfohlen, das Thema der politisch-operativen Sicherung der Städtepartnerschaft durch eine Diplomarbeit der Juristischen Hochschule (JHS) in Potsdam zu erforschen. Für einen Überblick und zur Planung weitergehender Maßnahmen wurde dann tatsächlich beschlossen, eine solche zum Thema „Erste Erfahrungen bei der komplexen Sicherung und vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs der Städtepartnerschaft Rostock-Bremen“<sup>105</sup> in Auftrag zu geben. Derartige Diplomarbeitsthemen der Juristischen Hochschule des MfS wurden stets in enger Abstimmung mit den Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen vergeben. Somit ergibt sich heute ein zusammenfassender Überblick über die Informationslage und die strategischen Konzepte innerhalb des MfS mit Stand März 1989. Im Unterschied zu vielen anderen

Diplomarbeiten ist die Arbeit zur Städtepartnerschaft durch ein Mindestmaß an wissenschaftlichen Formalia gekennzeichnet. So sind eine geringe Zahl an Fußnoten und der Bezug auf interne Materialien, wie sie sich in dieser Arbeit finden, in den meisten Arbeiten der Hochschule des MfS nicht vorhanden.<sup>106</sup> Die Diplomarbeit weist immer wieder auf die besondere Bedeutung der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS (IM) für die Überwachung der Städtepartnerschaft hin. Sie wurden zum wichtigsten Mittel der Kontrolle.

### Städtepartnerschaft und Inoffizielle Mitarbeiter

Von Beginn an waren IMs<sup>107</sup> in die Planung und Umsetzung der Partnerschaft involviert. Alleine im Bezirk Rostock waren, wie aus undatierten Einträgen in Akten des MfS hervorgeht, mindestens 16 inoffizielle Kräfte auf Partnerschaften mit Städten der Bundesrepublik angesetzt.<sup>108</sup> Sechs Mitarbeiter davon besetzten so genannte Schlüsselpositionen, sind also mit Konzeption und Planung betraut. Somit hat das Ministerium nicht nur Einfluss darauf, wie häufig Austausche in diesem Rahmen stattfinden, sondern auch darauf, wer wann fährt. In der Sprache der Staatssicherheit bedeutet das:

*Es ist „über IM in Schlüsselpositionen (IMS „Wilhelm Schwenk“, KD Rostock, IMS „Jutta“, Abt. XX) [...] Einfluß auf die Ausarbeitung der Jahresarbeitspläne/Aufenthaltsprogramme sowie auf die Auswahl, politische Vorbereitung und den Einsatz von Kadern zu nehmen, und es sind allen Versuchen zur Erweiterung der getroffenen Vereinbarungen wirksam zu begegnen.“<sup>109</sup>*

Auch die bereits erwähnte Diplomarbeit zur Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock bestätigt unter Zugriff auf die Dokumente des MfS, dass die Einflussnahme gezielt erfolgte. Vorrangig standen da-

103 Vgl. hierzu Aktennotiz Siegfried Schliebs, Sekretär des Rates, vom 2. Juli 1987: „Am 2.7.1987 informierte mich der Stellvertretende Leiter der Abteilung BRD des MfAA, Genosse Schindler, über den Inhalt des Gesprächs des Staatsratsvorsitzenden, Genossen Honecker, mit dem Bürgermeister von Bremen, Klaus Wedemeier, am 1.7.1987.“ AHR 8795.

104 BStU, BV Rostock, Abt. XX, Archiv Nr. 948.

105 Vgl. BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89.

106 Vgl. Förster, Günter: Die Juristische Hochschule des MfS. MfS Handbuch, Teil III/6, Berlin 1996, S. 9-11.

107 Insgesamt verzeichnete die Bezirksverwaltung Rostock mit Stand Juni 1989 9263 aktive inoffizielle Quellen, vgl. Ammer, Thomas; Hans-Joachim Memmler: Staatssicherheit in Rostock. S. 11.

108 Vgl. BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 3189, S. 97.

109 BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Archiv Nr. 587, S. 187.

bei die Ausarbeitung von Jahresplänen, die Aufenthaltsprogramme für Delegationen aus Bremen, die Auswahl und Zusammensetzung der Delegationen, die politisch-ideologische Arbeit mit den so genannten Kadern sowie „die strenge Einhaltung der Bestimmungen des Geheimnisschutzes“<sup>110</sup> im Mittelpunkt der Aktivitäten. Unzufrieden zeigte sich das MfS insbesondere über die politisch-ideologische Schulung der Kader, die an der Gestaltung und Verwirklichung der Jahrespläne beteiligt waren. „Diese Unzulänglichkeit spiegelt sich in ideologischen Wirkungen der gegnerischen Einflußnahme wider“.<sup>111</sup>

Als besondere Herausforderung empfanden die IMs des MfS die offensive Gesprächsführung während der Besuchsprogramme. In einem internen Vortrag zur weiteren politisch-operativen Arbeit fasst MfS-Minister Erich Mielke im Oktober 1988 die Beobachtungen folgendermaßen zusammen:

„Die durch uns gewonnen Erkenntnisse belegen eindeutig, daß der Gegner die Kontakttätigkeit wesentlich intensiviert und vervollkommen hat. Diese Vorgehensweise hat völlig neue Dimensionen angenommen. [...] Unter den gegenwärtigen Lagebedingungen hebt sich die Kontakttätigkeit von ihrem Inhalt und den dabei angewandten Mitteln und Methoden deutlich von der ‚klassischen‘ Abschöpfung ab. Die Gespräche werden von den gegnerischen Kräften offensiv geführt, häufig in der Art und Weise einer regelrechten Befragung, wobei Fragenkomplexe detailliert abgearbeitet werden. Unter diesen Bedingungen können wir das feindliche Vorgehen als neue Methode, die Methode der Gesprächsaufklärung, charakterisieren.“<sup>112</sup>

Es darf bezweifelt werden, dass sich jeder Bremer Delegationsreisende seiner vermeintlich „staatszersetzenden Tätigkeit“ – wie sie Minister Mielke im MfS schonungslos enthüllte – auch im vollen Umfang bewusst war. Insbesondere die Bremer Jugendgruppe unter Leitung Henning Scherfs, die im Mai 1988 Rostock besuchte und mit ihren kri-

tischen Fragen auffiel<sup>113</sup>, dürfte demnach einer der Urheber dieser neuen „Methode der Gesprächsaufklärung“ gewesen sein.

Neben der zentralen Planung und Beeinflussung blieb der zweite Arbeitsbereich des MfS die Überwachung der aus Bremen einreisenden Personen. Hierbei ging es insbesondere um die Durchsetzung von Einreiseverboten sowie um Maßnahmen zur Verhinderung von Kontaktabbahnungen unter Bürgern der Bundesrepublik und der DDR außerhalb des vorgesehenen Austauschprogramms. Dabei mussten die IMs der Staatssicherheit immer wieder feststellen, dass die Bundesbürger eine andere Einstellung zur Städtepartnerschaft hatten. Hier ging es um Kontakte zwischen Bürgern. Selbst die gewerkschaftlich organisierten Reisenden der Bremer Werft interessierten sich nur wenig für die industriellen Neuerungen der DDR-Werft. Vielmehr beschwerten sie sich über die schlechte Unterbringung in einer Jugendherberge und die wenigen direkten Kontakte zu DDR-Bürgern.<sup>114</sup>

Keine der Reisen von DDR-Bürgern im Rahmen der Städtepartnerschaft erfolgte ohne Begleitung durch Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit oder Personen, die mit dem MfS in Verbindung standen. Selbst für die Reise des Rostocker Oberbürgermeisters Henning Schleiff, an der neben ihm sechs Abgeordnete und zwei Fahrer teilnahmen,<sup>115</sup> lässt sich die Mitreise von zwei IMs in der Delegation nachweisen.<sup>116</sup> Dabei wird von den „Mitreisenden“ festgestellt, dass sich Schleiff erwartungsgemäß verhalten habe. Allerdings wurden dem Genossen Oberbürgermeister „anfänglich kleine Berührungsgänge zu den Medienvertretern“<sup>117</sup> attestiert. Angesichts der nahezu lückenlosen Überwachung des Oberbürgermeisters und SED-Spitzenfunktionärs erscheint der immense Aufwand, welcher dann beim gewöhnlichen Austauschprogramm betrieben wurde, aus Sicht des MfS

113 Siehe hierzu das Kapitel „Von der Rahmenvereinbarung zur Bürgerpartnerschaft: 1987 – 1990“.

114 Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Nr. 587, S. 120.

115 Die Akten des Rates des Bezirkes weisen allerdings nur einen Kraftfahrer aus. Ob der zweite Kraftfahrer vom MfS gestellt wurde, kann weder mit diesen noch mit den Unterlagen des MfS belegt werden. Vgl. AHR 2.1.1.8799.

116 Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Nr. 587, S. 98.

117 BStU, BV Rostock, Archiv Nr. 108, S. 435.

110 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 13.

111 Ebd. S. 19.

112 Erich Mielke zitiert nach: BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 21, zitiert nach GVS MfS 0008-41/88, 26.10.1988, S. 171.

folgerichtig. Dazu muss verdeutlicht werden, dass Henning Schleiff, Träger des Vaterländischen Verdienstordens, neben seiner Funktion als Oberbürgermeister auch Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung, Mitglied der SED-Bezirksleitung und Vorsitzender der Vereinigung der DDR-Mitgliedsstädte in der Weltföderation der Partnerstädte war.<sup>118</sup> Umso grotesker erscheint da die Darstellung des MfS, dass aufgrund der Kreisfreiheit Rostocks die Hauptverantwortung für Städtepartnerschaften beim OB und seiner Sekretärin liegt und hier unzureichende personelle Voraussetzungen zu einem Mangel in der Gewährleistung des „Informationsflusses“ führen.<sup>119</sup> Ähnliche Beschwerden sind über die Bezirksleitung nicht in den Akten enthalten. Hier wird deutlich, dass die Methodik der Staatssicherheit unter anderem auf der gegenseitigen Kontrolle und etwaigen Denunziation der Verantwortlichen beruhte. Dazu gehörte generell der Abgleich mehrerer IM-Berichte zum gleichen Vorgang. Dieses Vorgehen ist nicht nur bei der Überwachung der SED-Spitzenfunktionäre nachzuweisen, sondern ebenso bei der breiten Überwachung der Partnerschaftsaktivitäten zwischen Bremen und Rostock die übliche Vorgehensweise.

Sowohl bei Reisen nach Bremen als auch im Rahmen von Delegationsbesuchen aus Bremen waren in der Regel zwei bis drei Inoffizielle Mitarbeiter beteiligt. Deren Berichte wurden in der Hauptabteilung XX entgegengenommen und bearbeitet. So entstanden aus den jeweiligen Spitzelberichten im Durchschnitt dreiseitige Zusammenfassungen, die als Information sowohl an die Abteilungsspitze als auch an die Spitze der Bezirksverwaltung gereicht und dort gegengezeichnet wurden. Über den Abgleich der Berichte erhöhte sich der Druck, „wahreitsgemäß“ zu berichten. Vertrat ein Genosse die Ansicht: „Der Aufenthalt in Bremen ist in jeder Hinsicht korrekt verlaufen“<sup>120</sup>, so ergänzt IM „Wilhelm Schwenck“ zwei Vorkommnisse. Dem IM erschien die in der Bundesrepublik erfolgte kostenlose Reparatur der Kamera

eines Mitreisenden ebenso suspekt, wie die Annahme kleinerer D-Mark-Beträge.<sup>121</sup>

Die SPD wurde auffallend wohlwollend in den Einschätzungen des MfS behandelt. Die „feindlich-negativen Kräfte“ wurden nach Beobachtungen des MfS eher außerhalb der Sozialdemokratischen Partei verortet und zielten insbesondere darauf ab,

*„die Generallinie der [SED-]Parteiführung zur Gestaltung der Dialogpolitik zu unterlaufen, die gemeinsam von der SED und SPD geplanten vertrauensbildenden Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens als zweitrangig einzuordnen und kommunalpolitische Probleme in den Vordergrund zu stellen.“<sup>122</sup>*

Gemeint waren insbesondere Abgeordnete der CDU in der Bremischen Bürgerschaft, die dem MfS bereits negativ aufgefallen waren, als sie die Präambel der Rahmenvereinbarung kritisierten, da dort der Korb 3 der KSZE-Schlussakte nicht deutlich genug aufgenommen worden sei.<sup>123</sup> Aber auch die Bremer Fraktion der Grünen und deren Aktivitäten in Rostock war der Staatssicherheit ein Dorn im Auge:

*„Organisator und Mitreisender war der Kontaktpartner zu Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR Probst L. Es wurde geplant darüber Erkundigungen einzuziehen, welche Kenntnisse in der Bevölkerung zum Partnerschaftsvertrag Rostock-Bremen vorliegen [...]“<sup>124</sup>*

Zu einem Negativbeispiel aus Sicht der Staatssicherheit wurde die Reise einer Gruppe von Krippenerzieherinnen nach Bremen. Nur durch die „Umsicht“ der Staatssicherheit konnte die notwendige Unterweisung der Reisegruppe vor Beginn der Reise durch den Rat der Stadt realisiert werden. Die FDJ-Kreisleitung schien sich nicht zuständig zu fühlen.<sup>125</sup> Aber auch die Schulung durch den Rat der Stadt passte nicht „zu den Zielen und

118 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut; Jan Wielgohs; Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? S. 744.

119 Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Nr. 587, S. 107f.

120 BStU, BV Rostock, Auswertung und Kontrollgruppe (AKG), Nr. 2, S. 121.

121 BStU, BV Rostock, Auswertung und Kontrollgruppe (AKG), Nr. 2, S. 124.

122 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 23.

123 Vgl. ebd. S. 38.

124 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 55.

125 Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Nr. 587, S. 215.

Aufgaben der Reisegruppe“<sup>126</sup>. Von daher war das MfS von den privaten Kontakten, der Annahme von Geschenken in Form von Taschenrechnern und der Anwesenheit eines BILD-Reporters bei Abreise nicht überrascht. Vielmehr wurde für die Staatssicherheit deutlich, dass überall mit „Unterwanderung und Manipulation“ gerechnet werden musste. Jeglicher Versuch von Bremer-Seite, die Partnerschaftsbeziehung über den vereinbarten Jahresplan auszudehnen, galt aus Sicht der Staatssicherheit als Missbrauch der Partnerschaftsbeziehung. Ziel der IMs in Schlüsselpositionen war es, den Missbrauch der Städtepartnerschaft „nachzuweisen“<sup>127</sup>. Dabei fiel auch der Sprecher des Senates der Stadt Bremen, Reinhold Ostendorf, in Ungnade des MfS, da dieser bis zu sieben weitere Aktivitäten in den Jahresarbeitsplan von 1988 einbringen wollte. Dass er dies im Auftrag der Stadt Bremen und im guten Glauben der Hilfestellung zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaft unternahm, schien dabei keine Rolle zu spielen. Vielmehr galt Ostendorf als ungewollter Kronzeuge dafür, dass die Bremer Seite auf breitester Ebene Kontakte knüpfen wolle und beabsichtige, den Jahresarbeitsplan von 1989 im Vergleich zu 1988 stark auszubauen. Die Ausweitung der Aktivitäten im neuen Jahresplan für 1989 wurde daraufhin direkt vom MfS über die IMs in Schlüsselpositionen unterbunden. Der Aktionsplan 1989 durfte sich nur auf dem Niveau von 1988 bewegen.<sup>128</sup>

Die Akten der Staatssicherheit belegen auch die besonders negative Rolle des MfS gegenüber den sogenannten humanitären Fällen. Die Hansestadt Bremen übermittelte über den Senatssprecher, Reinhold Ostendorf, sowie über den Leiter der Senatskanzlei, Staatsrat Euler, an den Oberbürgermeister Henning Schleiff mehrere Bitten Bremer Bürger zur Kontaktaufnahme zu Rostocker Familienangehörigen. Ebenso wurden Bitten Rostocker Bürger auf Übersiedelung vermittelt. Diese wurden jedoch auf Geheiß des MfS allesamt als „direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ abgetan und abgelehnt.<sup>129</sup>

Das MfS zieht in seinen Akten auch aufschlussreiche Bilanzen. Hierbei sind zwei Punkte von besonderer Bedeutung. Erstens geht aus einer Beratung des Zentralrates der FDJ vom März 1987 hervor, dass der Jugendaustausch im Jahr 1986 aus 33.000 Jugendlichen aus der BRD bestand, die die DDR besuchten, und aus 3.000 Jugendlichen aus der DDR, die die BRD besuchten. Der Wahrheitsgehalt der Zahlen kann nicht nachvollzogen werden, dennoch verdeutlichen sie die Diskrepanz innerhalb des innerdeutschen „Jugendaustausches“. Viele machten sich daher Hoffnung, dass sich durch die neuen Städtepartnerschaften dieses Missverhältnis ausgleichen könnte. Aber die quantitativen Unterschiede blieben selbst in der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock bestehen. Die Delegationen aus Rostock waren im Allgemeinen stets kleiner und nicht so zahlreich wie die aus Bremen.<sup>130</sup> Das MfS zeichnet dafür indirekt verantwortlich, da es für die Ausarbeitung der Jahrespläne, die Einschränkung der Kontakte und die Handverlesung der Reisegruppen sorgte. Der zweite Punkt von Interesse ist die Bilanz des MfS zu den Städtepartnerschaften. Es finden sich Überlegungen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS zu Möglichkeiten, die Partnerschaften grundsätzlich einzuschränken. Es sei schließlich „eine souveräne Entscheidung der DDR, Festlegungen zu treffen, Kontakte der Partnerschaftsbeziehungen einzuschränken. [...] Dies könnte dadurch erfolgen, daß neue Städtepartnerschaften zentral nicht bestätigt werden.“<sup>131</sup> Mit dieser Linie setzte sich das MfS weitgehend durch, da die 73 deutsch-deutschen Städtepartnerschaften, die bis 1989 vom ZK der SED genehmigt wurden, weit hinter den 800 Bittanträgen westdeutscher Kommunen zurückblieben.<sup>132</sup>

Zum Schluss sei angemerkt, dass die Berichte und Akten bei allem Ernst der Angelegenheit nicht auch einer gewissen Komik entbehren. So wird in einem Dokument entzweit festgestellt, dass die vielfachen Bestre-

126 Ebd., S. 216.

127 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89, S. 41.

128 Vgl. ebd. S. 42.

129 BStU, Diplomarbeit 347/89, VVS JHS o0001-347/89,

S. 54.

130 Vgl. „Übersicht über Aufenthalte und Aktivitäten von Juli 1987 bis Oktober 1989“ im dokumentarischen Anhang.

131 BStU, MfS-ZAIG, 22613.

132 Vgl. Klaus: Städtepartnerschaften. Anhang S. 1ff.

bungen aus Bremen, zwischenmenschliche Kontakte auf unterster Ebene herzustellen, darauf abzielten, „sogenannte Gemeinsamkeiten [zu schaffen], wozu man nicht der DDR-Funktionäre bedarf.“<sup>133</sup>

### Angst vor der Staatssicherheit führte zu Berührungsgängen

Auf Grundlage dieser Akten lassen sich für die Überwachungsmaßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaft folgende Aussagen treffen: Im Regelfall verliefen die Besuche in der Hansestadt Bremen ohne „Zwischenfälle“. Vielmehr lag dem MfS daran, die Bedrohung hoch zu spielen. Hierfür wurden Einzelfälle beständig in neuen Zusammenhängen wieder verarbeitet. Gleiches gilt für die in vielfachen Zusammenhängen dargestellten Versuche, bei Reisen im Rahmen der Städtepartnerschaft Verwandte zu besuchen (sogenannte „Kontaktaufnahmen“), was als Unterlaufen der Partnerschaft gewertet wurde.<sup>134</sup>

Gleichzeitig war in Bremen das Ausmaß der Unterwanderung der Städtepartnerschaft durch die Staatssicherheit nicht bekannt. Daraus resultiert eine Paradoxie: Die um Unterwanderung und Missbrauch fürchtende Staatssicherheit war es selbst, die die Städtepartnerschaft in einem erheblichen Ausmaß unterwanderte. Trotzdem konnte sie nicht verhindern, dass es zu den von westlicher Seite gewünschten persönlichen Kontakten kam. Aufgrund der restriktiven Vorgaben aus dem Ministerium für Staatssicherheit konnten sich in den Jahren 1987, 1988 und bis zum Herbst 1989 weitergehende Kooperationen und Kontakte im Rahmen der Partnerschaft aber nicht entwickeln. Auch das Verhalten der Rostocker Delegationen lässt sich vor dem Hintergrund der Stasi-Einflussnahme sehr viel besser verstehen. Die von Bremer Jugendlichen nach einem Besuch in Rostock im Mai 1988 attestierte Kritikunfähigkeit der Rostocker Gesprächspartner<sup>135</sup> ergibt sich

nicht, wie von einigen vermutet, aus einem „neuen Menschentypus“, der sogenannten sozialistischen Persönlichkeit, sondern vielmehr aus der Angst heraus, von Inoffiziellen Mitarbeitern bespitzelt zu werden. Sicherlich war das Interesse der Fragesteller aus Bremen groß und weniger „feindlich-negativ“ intendiert als es das MfS glauben lassen wollte. Aber diese kritischen Fragen waren für DDR-Bürger nicht immer leicht zu beantworten, ohne auch persönliche Nachteile befürchten zu müssen. Der Studienplatz der Kinder, Reisebewilligungen für das Ausland oder die berufliche Weiterentwicklung hingen unter anderem von der Einschätzung der Staatssicherheit ab. Da musste jeder DDR-Bürger abschätzen, ob eine ehrliche Antwort wirklich lohnt oder ob besser auf eine private Situation gewartet werden sollte, in der kein IM in der Nähe war. Berührungsgänge mit Westdeutschen im öffentlichen Raum stellen sich mit Wissen um die untersuchten Aktenbestände eher als Ängste gegenüber der Staatssicherheit dar. Die Geschichte der innerdeutschen Städtepartnerschaft ist demnach immer auch eine Geschichte der Staatssicherheit.

133 BStU, Diplomarbeit 347/89, VWS JHS o0001-347/89, S. 45.

134 Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Nr. 587, S. 109f.

135 Vgl. „Was ist gleich, was ist ähnlich, was ist anders?“ Beiträge aus einem Nachbereitungsseminar über die erste Jugendgruppenreise nach Rostock vom 30. April bis 7. Mai 1988, S. 13 (Hrsg. Der Senator für Jugend und Soziales, Referat Jugendlichen und deren Familien,

Bremen 1988).

# Hand in Hand: Die Bremer Politik und die Bremer Bürger helfen Rostock beim Aufbau neuer Strukturen

Lothar Probst

## Vorbemerkung

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Rostock, so wie in anderen Städten der DDR, im Herbst 1989 durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit die alten politischen Strukturen zum Einsturz brachten, begann eine neue Zeitrechnung, und auch in der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock konnte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Das Ende der DDR war noch nicht absehbar, da begann man bereits, die neuen Möglichkeiten einer unreglementierten Kooperation auf breiter Basis auszuloten. Kurz nach dem die Mauer gefallen war, rollte von Bremen eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft auf Rostock zu, und die Rostocker wussten ihrerseits diese Hilfe nicht nur zu würdigen, sondern auch für die Eigenanstrengungen zur Gestaltung der noch unsicheren und schwierigen Zukunft zu nutzen. Die Städtepartnerschaft entwickelte innerhalb weniger Wochen eine Dynamik, die alle Erwartungen in den Schatten stellte. Und es waren vor allem die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, die von den neuen Freiheiten Gebrauch machten, um die Städtepartnerschaft aus dem Korsett einer von den DDR-Regierenden reglementierten und kontrollierten Kooperation zu befreien. Wie dankbar die Rostocker die von Bremen schon in den ersten Wochen nach dem Fall der Mauer auf vielen Ebenen spontan geleistete Hilfe zu würdigen wussten, zeigte das „Volksfest für Bremen“, das von einer Rostocker Bürgerinitiative am 20./21. Januar 1990 in Rostock organisiert wurde, damit viele Bremer die Partnerstadt persönlich kennenlernen konnten. Tausende Rostocker stellten Betten zur Verfügung, es gab 900 offiziell vermittelte Übernachtungen. Von Bremen starteten ein Sonderzug, 76 Busse sowie hundert PKW, um der Partnerstadt einen Besuch abzustatten. Die Rostocker wollten ein Zeichen setzen, und die Vertreter der Bürgerini-

tiative ließen es sich nicht nehmen, Bremens Bürgermeister Henning Scherf, der im Sonderzug anreiste, persönlich zu begrüßen.<sup>136</sup>

Der folgende Überblick über die Hilfen, die Bremen in den ersten Jahren nach dem politischen Umbruch geleistet hat, zeigt, dass zivilgesellschaftlichen Organisationen, einzelne Bürgerinnen und Bürger sowie politische Institutionen wie der Bremer Senat gleichermaßen an dieser Hilfe beteiligt waren. Bemerkenswert ist vor allem, in welcher Breite, in welcher Intensität und in welchem Ausmaß Initiativen und Maßnahmen ergriffen wurden, um den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstadt den Start in die Zukunft zu erleichtern.

## Die Hilfen des Bremer Senats für Rostock

Das kleinteilige Austausch- und Arbeitsprogramm, welches der Bremer Senat für das Jahr 1989 mit dem alten, von der SED dominierten Rostocker Rat noch im Jahr 1988 vereinbart hatte, war durch die Ereignisse im Herbst 1989 Makulatur geworden. Vor diesem Hintergrund begannen schon im Oktober 1989 erste Gespräche zwischen den Verwaltungen der beiden Städte, in denen ausgelotet werden sollte, wie Bremen der Partnerstadt bei den auf sie zukommenden Problemen unterstützen könnte. Zwischen Oktober und Dezember reisten drei Delegationen des noch von den alten politischen Kräften dominierten Rates der Stadt Rostock nach Bremen, um über konkrete Hilfen zu sprechen. Als Ergebnis dieser Beratungen verabschiedete der Bremer Senat am 11. Dezember 1989 das Projekt „Zusammenarbeit mit Rostock“, das u.a. eine Soforthilfe von 500.000 DM für den Ge-

<sup>136</sup> Weser Kurier vom 18.1.1990: Polizeistunde für Gäste aus Bremen gestrichen, S. 15.

sundheits- und Sozialbereich vorsah.<sup>137</sup> Die Vertreter des Bremer Senats wollten zu diesem Zeitpunkt kein neues Jahresprogramm abschließen, weil man zunächst einmal den Ausgang der für das Frühjahr geplanten Volkskammer- und Kommunalwahlen in der DDR abwarten wollte. Ende Januar 1990, als eine Bremer Delegation mit Bürgermeister Klaus Wedemeier an der Spitze zu Beratungen in Rostock weilte, wurde ein umfangreiches Hilfspaket geschnürt, das den dringenden Aufgaben und Problemen in der Partnerstadt Rechnung trug. Das gemeinsam ausgehandelte Kooperations- und Hilfsprogramm umfasste 5 Millionen DM für das Jahr 1990 und wurde von Klaus Wedemeier für den Bremer Senat, dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden alten Oberbürgermeister von Rostock, Dr. Henning Schleiff, und einem autorisierten Vertreter des Runden Tisches Rostock unterzeichnet.<sup>138</sup> Ein Jahr später wurde ein weiteres Hilfsprogramm in Höhe von 3 Millionen DM aufgelegt.<sup>139</sup> Bremen war damit eine der wenigen westdeutschen Städte, die unmittelbar nach den umstürzenden Ereignissen im Herbst 1989 sofort reagierte und ihrer ostdeutschen Partnerstadt mit einer umfangreichen Hilfe zur Seite sprang. Tabelle 1 zeigt den nach Bereichen und jeweiliger Höhe aufgeschlüsselten Gesamtumfang der beiden Hilfsprogramme.

Zwischen der Realisierung des ersten und zweiten Hilfsprogramms lag im Mai 1990 die Kommunalwahl in Rostock, die mit einem Wahlsieg der SPD eine politische Neuausrichtung in Rostock einleitete. Dieses Ereignis war für den Bremer Senat Anlass für eine erste Bestandsaufnahme und Überprüfung der bereits eingeleiteten Hilfsmaßnahmen. Zwei Mitarbeiter der Senatskommission für das Personalwesen, darunter der heutige Staatsrat im Finanzressort Hans-Henning

Lühr, wurden nach Rostock geschickt, um dort die von dem neu gewählten Rostocker Senat geäußerten Unterstützungs- und Beratungswünsche zu sondieren. Diese beiden Mitarbeiter, die sich zwischen dem 5.6. und 9.6.1990 in Rostock aufhielten, fanden heraus, dass die dortige Verwaltung in einem „desolaten“ Zustand war und „kaum Kenntnisse und Vorstellungen über die nach der Kommunalverfassung (Gemeindeordnung) der DDR und dem Staatsvertrag zu übernehmenden Aufgaben“ hatte.<sup>140</sup> Es wurde eine Reihe von Problemen identifiziert, auf die die weiteren Hilfen ausgerichtet werden sollten. Zu den Problemen zählten:

- eine geordnete Übergabe der Amtsgeschäfte des alten Rostocker Rates an den neu gewählten Senat hatte nicht stattgefunden;
- es gab keinen genauen Überblick über das noch vorhandene Personal, da eine Reihe von Beschäftigten aus politischen Gründen ausgeschieden waren;
- es fehlte eine Stellenplan;
- die meisten Beschäftigten der Stadtverwaltung verfügten über keine ausreichende Verwaltungsbildung;
- die Ablösung von Fachkräften mit SED-Vergangenheit bereitete Schwierigkeiten;
- es fehlte eine Überblick über die bereits von Bremen eingeleiteten Hilfsmaßnahmen in der neuen politischen Führung;
- Senatoren und Amtsleitungen in Rostock wurden von Experten aus der Bundesrepublik mit unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung beraten.<sup>141</sup>

Ein wichtiges Ergebnis dieser Bestandsaufnahme war, dass der verwaltungspolitischen und fachlichen Beratung bei der weiteren Bremer Hilfe eine zentrale Rolle zukam. Deshalb wurde das bereits bestehende Hilfsprogramm noch einmal um 600.000 DM für umfangreiche Beratungsmaßnahmen aufgestockt.<sup>142</sup>

137 Röhl, André (2003): Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern am Beispiel der Hansestadt Rostock. Hamburg, S. 132.

138 Ergebnisprotokoll der Beratung zum Einsatz der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Projekts „Zusammenarbeit mit Rostock“ vom 31.1.1990, in: Archiv der Hansestadt Rostock (Bestand: Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt – Sekretär des Rates; Akzentitel: Städtepartnerschaft mit Bremen, Bd. 2; Signatur: AHR 2.1.1.8796).

139 Weser Kurier vom 14.3.1991: Bremen-Hilfe für Rostock. Drei Millionen in diesem Jahr.

140 Senatskommission für das Personalwesen – 24/252 – (Tischvorlage vom 10. Juni 1990 für die Sitzung des Senats am 12. Juni 1990). Das Dokument liegt im privaten Archiv des Autors.

141 Ebd.

142 Hansestadt Rostock. Der Oberbürgermeister in Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Bremen (Hrsg.): Broschüre Rostock – Bremen. Lebendige Partnerschaft.

Eine genauere Betrachtung der insgesamt von Bremen geleisteten Hilfe zeigt, dass diese sich in drei Kategorien einteilen lässt: Geld- und Sachmitteltransfer, Personaltransfer, Wissenstransfer (Beratung, Fort-, Aus- und Weiterbildung).

Wichtiger als die direkten Geldtransfers waren in vielen Fällen Sachmitteltransfers, um in bestimmten städtischen Problembereichen umgehend Abhilfe leisten zu können. Dazu gehörte z.B. der Kauf eines Spezialgeräts, für die Verdichtung des Mülls auf der Rostocker Mülldeponie, für das im Rahmen des Sofortprogramms 385.000 DM zur Verfügung gestellt wurden, die

Lieferung von Müllfahrzeugen sowie von 22 Kleintransportern für Dienstleistungen im sozialen Bereich. Außerdem wurden für die Abwasserbewirtschaftung gebrauchte Fahrzeuge wie Bagger, Hochdruckspülwagen, ein Saugwagen sowie ein Fernsehgerät für die Inspektion der Kanäle von Bremen nach Rostock geschafft.<sup>143</sup> Um die Verwaltung mit modernen und zeitgemäßen Kommunikationsmitteln auszustatten, wurden des Weiteren Kopiergeräte, Telefone, Faxgeräte, Schreibmaschinen und Computer entweder angeschafft oder aus Bremer Beständen nach Rostock transportiert.

Die Tabelle zu den beiden Bremer Hilfsprogrammen vermittelt aber nur ein ungenaues Bild der tatsächlich von Bremen geleisteten Hilfe. Nicht erfasst werden die indirekten Geldmittel, die durch Bremer Hilfe nach Rostock flossen. Durch Beratung und Hilfe bei der Antragstellung konnten u.a. 12 Millionen DM vom Bund und 200.000 DM von der EU für den Aufbau an die Stadt an der Warnow geholt werden. Zu den mittelbaren Hilfen gehörte auch der Aufbau der Rostocker Umweltbehörde mit Bremer Hilfe, wobei der Einsatz eines bereits pensionierten Beamten aus dem Bremer Umweltressort eine

wichtige Rolle spielte. Er erhielt von Bremen für diese Aufgabe ein Gehalt und war dank seiner Kontakte daran beteiligt, dass ein Gutachten der Bremer Gewerbeaufsicht für diesen Zweck erstellt wurde.<sup>144</sup> Bremen en-

	1990	1991
Abwasserbereich (Umweltschutz)	800.000 DM	32.000 DM
Aus-, Fort- und Weiterbildung	500.000 DM	367.000 DM
Bauwesen	900.000 DM	671.600 DM
Beratertätigkeiten in Rostock	-	291.000 DM
Wirtschaft, Dienstleistung und Handel	500.000 DM	350.000 DM
Entsorgung	1.091.030 DM	-
Finanzen/Liegenschaften	-	50.000 DM
Gesundheits- u. Sozialbereich	1.000.000 DM	710.000 DM
Städtepartnerschaft u. Infrastruktur	200.000 DM	178.400 DM
Kultur	-	200.000 DM
Reserve	-	100.000 DM
Summe	4.991.030 DM	3.000.000 DM

Tabelle 1: Kooperations- und Hilfsprogramm des Bremer Senats für Rostock 1990 und 1991

gagierte sich außerdem bei der Erstellung einer 1 Million DM teuren Umweltstudie für Rostock. Dabei ging es einerseits um eine Bestandsaufnahme der stadtökologischen Probleme, andererseits um Vorschläge für die Lösung der dringendsten Probleme. Die Kosten für die Studie teilten sich das Bonner Umweltministerium, die Stadt Rostock und der Bremer Senat.<sup>145</sup> Ebenfalls Aufbauhilfe leisteten die Stadtwerke Bremen beim Aufbau einer entsprechenden Institution in Rostock – u.a. durch die Erarbeitung eines Energiekonzepts.<sup>146</sup>

Nicht zuletzt das Bremer Senatsressort für Wirtschaft leistete weitere Hilfe, die im offiziellen Hilfsprogramm nicht ausgewiesen war und beim Besuch einer Bremer Delegation des Wirtschaftsressorts unter Leitung des damaligen Senators Uwe Beckmeyer vom 19.-21. Februar 1990 in Rostock in Aussicht gestellt wurde.<sup>147</sup> So legte der Bremer Senat besonders für kleinere und mittlere Bremer Unternehmen, die sich in der DDR engagieren wollten, ein Förderprogramm mit einem

144 Weser Report vom 16.9.1990: Bremer Unterstützung für Rostocker Umweltbehörde.

145 Der Demokrat vom 19.10.1990: Bremen hilft Rostock beim Umweltschutz.

146 Hansesstadt Rostock (1991): Anm. 4, S. 28.

147 Weser Kurier vom 6.2.1990: Neue Förderprojekte für Rostock angestrebt.

Rostock 1991, S. 7.

143 Norddeutsche Zeitung (NZ) vom 8.2.1990: Hilfe kommt für Rostocks Unterwelt.

Umfang von 8,6 Millionen DM auf. Mit diesem Geld sollte die Markterschließung, die Kooperationsanbahnung sowie die technologische Zusammenarbeit mit Partnern in der DDR unterstützt werden. Die Förderung war zwar nicht standortgebunden, gleichwohl sah sie gezielt Mittel für Projekte in Rostock vor – u.a. den Aufbau eines Rostocker Innovations- und Technologiezentrum (RIGZ) nach Bremer Vorbild, die Förderung von Kooperationen Bremen – Rostock im Bereich der Fischwirtschaft<sup>148</sup> sowie die Bereitstellung von Kommunikationscontainern für Telefonschaltungen. Eine der wichtigsten Maßnahmen, die ebenfalls vom Wirtschaftsressort angeschoben wurde, war die Einrichtung des Hansekantors Bremen-Rostock, dass von dem vormaligen

SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Wolfgang Klatt geleitet wurde und die Aufgabe hatte, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bremen und Rostock zu entwickeln. Von diesem am Neuen Markt in Rostock angesiedelten Büro gingen zahlreiche Impulse für eine enge Kooperation zwischen Bremer Unternehmen und Rostocker Partnern aus. So wurde die Großmarkt GmbH in Rostock entscheidend mit Hilfe von Experten des Bremer Großmarktes aufgebaut. Auch die neu gegründete Rostocker Sanierungsgesellschaft, die bei der Sanierung des Wohnungsbaubestandes in Rostock eine zentrale Rolle spielte, erhielt Unterstützung von Experten der Bremer Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA und Bremische. In den zwei Jahren von der Eröffnung des Hansekantors am 5. Oktober 1990 bis zum Oktober 1992 gelang es, 130 Kontakte zwischen Bremer Unternehmen und Rostocker Partnern herzustellen.<sup>149</sup> Das Hansekantor war aber auch in entgegengesetzter Richtung tätig: So vermittelte es u.a. Rostocker Bauarbeiter in vier Bremer Baufirmen, damit sie dort eine Ausbildung zum geprüften Mauerpolier bzw. Beton- und Stahlbeton-facharbeiter absolvieren konnten.<sup>150</sup> Darüber

hinaus erhielten zahlreiche Rostocker, die sich selbstständig machen wollten, im Hansekantor wertvolle Hilfe und Kontakte zu Bremer Partnern.

Einen hohen Stellenwert im Rahmen der Bremer Hilfsprogramme nahmen Beratung sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (Wissenstransfer) ein, die größtenteils mit dem

	Anzahl	Aufenthaltsdauer
Personalamt und Hauptamt	4	18 Monate
Umweltbehörde	1	
Gesundheitsamt	1	18 Monate
Finanzen	6	
Liegenschaftsamt	5	2 Jahre
Amt für offene Vermögensfragen	8	2 Jahre
Verwaltungsgericht	1 Richter	2 Jahre
Sozialgericht	1 Richter	2 Jahre
Arbeitsgericht	1 Richter	2 Jahre

Tabelle 2: Personaltransfer von Bremen nach Rostock 1990 - 1992<sup>146</sup>

Transfer von Personal verknüpft waren. Bereits Anfang 1990 leistete Bremen Beratung bei der Neustrukturierung der Rostocker Bauverwaltung sowie der Wohnungsverwaltung und -bewirtschaftung. Im Zuge des Rechtsübertragungsprozesse (Übertragung des bundesrepublikanischen und EU-Rechts auf das Territorium der ehemaligen DDR) war beratende Hilfe nötiger denn je, da in der Rostocker Verwaltung die entsprechenden Kenntnisse und Kompetenzen kaum entwickelt waren. Ab Oktober 1990 intensivierte Bremen seine entsprechende Hilfe durch die Organisation von Seminaren für Rostocker Verwaltungsleute sowie durch personelle Austauschprogramme. Der Umfang des insgesamt erfolgten Personaltransfers von Bremen nach Rostock wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Neben dem längerfristigen „Ausleihen“ von qualifiziertem Personal<sup>151</sup>, gab es noch die temporäre Hilfe durch regelmäßige Besuche von Bremer Fachleuten in Rostock. Ab November 1990 reiste ein Bremer Richter für jeweils eine Woche nach Rostock, um den Kollegen am Rostocker Kreis- und Bezirksge-

Bremer Know-How.

<sup>151</sup> Bremen setzte in einigen Fällen bereits pensionierte Verwaltungskräfte, die sich freiwillig bereit erklärten, entsprechende Hilfestellung in der Rostocker Verwaltung zu geben, ein. Darunter waren erfahrene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zum Teil hohe Positionen in der Bremer Verwaltung bekleidet hatten (u.a. ein ehemaliger Bremer Senatsdirektor).

148 Weser Kurier vom 28.6.1990: Senat hilft bei DDR-Geschäften.

149 Ostsee Zeitung vom 27.10.1992: Hansekantor: Beratung jetzt wichtiger denn je.

150 Ostsee Zeitung vom 25.7.1991: Leute vom Bau mit

richt beratend zur Seite zu stehen. Des Weiteren wurden von der Bremer Justizbehörde Fortbildungsveranstaltungen in Rostock zum Familienrecht, Prozessrecht der Familiengerichte, Strafprozessrecht und Zivilprozessrecht angeboten.<sup>152</sup> Insgesamt belief sich die Hilfe, die Bremen allein für die personelle Justiz- und Verwaltungshilfe aufgewendet hat, auf rund zwei Millionen DM.<sup>153</sup>

Personaltransfer fand aber auch in der umgekehrten Richtung statt. 24 Rostocker Richterinnen und Richter aus Rostock hospitierten für mehrere Wochen am Bremer Amts- und Arbeitsgericht, um sich dort Kenntnisse im Prozess- und Arbeitsrecht anzueignen. Des Weiteren informierten sich drei Rostocker Richter und zwei Sekretäre des Kreis- und Bezirksgerichts Rostock bei mehreren Besuchen am Bremer Arbeitsgericht über den Aufbau der Gerichtsverwaltung. Anfang Juni 1990, unmittelbar im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion, nahmen 25 Studierende und Praktiker aus Rostock an einem zweiwöchigen Intensivkurs in Bremen zum Wirtschafts- und Arbeitsrecht teil. Der Intensivkurs bildete den Auftakt für eine Ausbildung zu Diplom-Juristen im Rahmen eines Fernstudiums. Dabei ging es vor allem um die Einführung in das deutsche Kartellrecht und europäisches Wettbewerbsrecht. Von Bremer Seite aus waren Juristen der Universität, der Anwaltskammer und des Anwaltsvereins sowie Vertreter der Handelskammer an der Gestaltung dieser Ausbildung beteiligt.<sup>154</sup>

So wichtig diese Hilfe war, sie hätte nicht ohne das Engagement und die Lernbereitschaft auf Seiten der Rostocker Fachleute funktioniert. Der damalige Bremer Finanzpräsident Dr. Peter Pfeiffer und Bremens Regierungsdirektor Dieter Friedrichsen betonten, dass die Rostocker Verwaltungsbeamten und Fachleute mit „ganz ungeheurem Elan und großer Motivation“ an die neuen Aufgaben und an die Fort- und Weiterbildungen herangegangen seien.<sup>155</sup> Häufig „büffelten“ die Rostocker Verwaltungsmitarbeiter selbst am

Wochenende und an den Abenden, um sich die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen anzueignen.<sup>156</sup> Entsprechend positiv fiel auf beiden Seiten das Fazit aus: Die Schulung der Rostocker Fachleute war trotz ihrer noch in der DDR erfolgten Verwaltungssozialisation völlig unproblematisch, zumal die Bremer Fachleute alles andere als „Besserwissis“ waren. Die Tatsache, dass weit über das Ende der Abordnung der Bremer Vertreter hinaus der Kontakt zu den Rostocker Fachleuten bestehen blieb, zeigt, wie kooperativ und vertrauensvoll die Zusammenarbeit funktioniert hat.

Die Soforthilfen von Bremen hatten in der Zeit zwischen 1990 und 1992 zentrale Bedeutung für den Aufbau einer neuen Infrastruktur und funktionierenden Verwaltung in der Partnerstadt an der Warnow. Das gilt für fast alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und Daseinsfürsorge. Als Bremen und Rostock 1992 eine neue Rahmenvereinbarung unter dem Titel „Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Städte Rostock und Bremen 1992 und darüber hinaus“ abschlossen, war bereits eine „Konsolidierung“ des Infrastruktur- und Verwaltungsaufbaus in Rostock eingetreten. Kontakte auf Wirtschafts- und Organisationsebene hatten sich verselbständigt, und die Hilfe der Bremer Fachleute war nur noch sporadisch notwendig. Die „degressive verlaufende Hilfe Bremens“ in den Folgejahren „korrelierte mit der steigenden Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung in Rostock“.<sup>157</sup> Sie sah sich zunehmend in der Lage, die Aufgabenwahrnehmung eigenverantwortlich wahrzunehmen. Obwohl die Bremer Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zwangsläufig eine nicht immer ganz unproblematische verwaltungsmäßige „Angleichung und Imitation“ der Rostocker Strukturen an die Bremer Strukturen mit sich brachten<sup>158</sup>, können sie insgesamt durchaus als vorbildlich und modellhaft für die westdeutsche Hilfe beim Aufbau einer eigenen kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern angesehen werden.

152 Weser Kurier vom 15.11.1990: Bremer Hilfe für die Rostocker Justiz.

153 Hansestadt Rostock 1991: Anm. 4, S. 23.

154 Weser Kurier vom 6.6.1990: Recht so: Rostocker lernen Handelsrecht.

155 Weser Kurier vom 9.6.1990: Beamte helfen in Rostock.

156 Vgl. Röhl (2003), Anm. 2, S. 135f.

157 Ebd., S. 141.

158 Vgl. ebd., S. 142.

## Zivilgesellschaftliche Hilfe

**A**uch wenn die zivilgesellschaftliche Hilfe, die Bremer Vereine, Organisationen, Unternehmen sowie einzelne Bürgerinnen und Bürger geleistet haben, nicht in Zahlen gemessen und bilanziert werden kann, so steht sie in ihrer Bedeutung der vom Bremer Senat geleisteten Hilfe keineswegs nach. Sie begann zu einem Zeitpunkt, als das Ausmaß der Probleme, die der Umbruch und die Deutsche Einheit für die Bürgerinnen und Bürger in Bremens Partnerstadt mit sich brachten, noch gar nicht absehbar war. Auch die in diesem Rahmen geleistete Hilfe lässt sich in die drei Kategorien Geld- und Sachwertetransfer, Personaltransfer und Beratungstransfer einteilen. Im Folgenden werden für verschiedene Bereiche exemplarisch Projekte vorgestellt, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren zwischen 1989 und 1992 auf den Weg gebracht wurden. Diese Aufstellung ist keineswegs vollständig und soll lediglich einen Einblick in die Breite und Tiefe der geleisteten Hilfe vermitteln.

## Unternehmen

**S**chon zu Weihnachten 1989 rollte ein von Mercedes zur Verfügung gestellter Fernlastzug mit Spielzeug, das von Bremer Unternehmen (und Bürgern) gestiftet worden war, sowie frischem Obst vom Bremer Großmarkt nach Rostock. Der Initiator dieser Aktion, Claus Scharnberg, organisierte auch ein Behindertenfahrzeug, das für Kindertagesheime in Rostock zur Verfügung gestellt wurde. Die Gelder dafür hatte er von Bremer Privatleuten und der Sparkasse Bremen eingeworben.<sup>159</sup> Die Sparkasse Bremen, die einen Kooperationsvertrag mit der Rostocker Stadt- und Kreissparkasse abgeschlossen hatte, war auch an einem anderen wegweisenden Hilfsprojekt beteiligt. Sie schickte 52 Auszubildende für vier Wochen mit dem Bus nach Rostock, damit sie dort als „Umstellungshelfer“ Erfahrungen sammeln konnten. Ihre Aufgabe bestand darin, Hilfestellung bei der Währungsumstellung zu geben – also Konten einzurichten sowie Vermerke und Auszahlungsquittungen zu erstellen.<sup>160</sup> Da-

<sup>159</sup> Weser Kurier vom 21.12.1989: Der Laster ist voll, S. 17.

<sup>160</sup> Weser Kurier vom 9.6.1990: Zur „Knochenarbeit“ in

neben hat die Sparkasse ihren Kollegen in Rostock Stühle, Bleistifte und anderes Material zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Hilfsprojekt starteten die Betriebskrankenkassen der Bremer Firmen Beck's Brauerei, Mercedes-Benz und Klöckner Stahl GmbH. Sie spendeten Heil- und Hilfsmittel wie Krankenpflegeartikel, Gehhilfen, Krankenbetten, Transportstühle, Sauerstoffgeräte, Rollstühle in Höhe von 100.000 Mark an das Kreiskomitee Rostock-Stadt des Roten Kreuzes.<sup>161</sup> Ein Transfer ganz anderer Art war die Verlegung des Fahrgastschiffes „Deutschland“ der Bremer Reederei Schreiber von Bremen nach Rostock, um dort Fahrgäste auf der Warnow transportieren zu können. Gestützt auf das Fachwissen des Bremer Unternehmensberaters Heiko Hermanns wurden umgehend Planungen für die Gründung einer „Weser-Warnow-Reederei“ aufgenommen, die die „Deutschland“ übernehmen sollte. In die Planungen einbezogen war das „Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft“ (RKW) in Bremen, das gezielt Existenzgründer in Rostock beriet.<sup>162</sup> Als beratende Hilfe kann die vom Progress-Institut für Wirtschaftsförderung (PIW) Bremen erstellte Studie zur Zukunft von Rostock angesehen werden. Die u.a. vom Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel erstellte Studie empfahl ein Zusammenwirken der Kräfte in der Region Rostock. Neben einer Neuprofilierung des maritimen Sektors sollte vor allem die Entwicklung eines „sanften Tourismus“ eine herausgehobene Rolle spielen.<sup>163</sup>

## Sozialer Bereich

**D**a im Zuge der Neuordnung der politischen und sozialen Verhältnisse in der DDR zwangsläufig viele Probleme im sozialen Bereich entstanden, verwundert es nicht, dass schon sehr früh soziale Hilfsprojekte initiiert und Kooperationen abgeschlossen wurden. Organisationen wie das Rote Kreuz und die Arbeiterwohlfahrt, die Lebenshilfe-Bewegung und die Werkstatt

die Partnerstadt.

<sup>161</sup> Weser Kurier vom 23.8.1990: Große Hilfen für DDR-Behinderte.

<sup>162</sup> Weser Kurier vom 9.8.1990: „Deutschland“ bald zu neuen Ufern im Osten?

<sup>163</sup> Norddeutsche Zeitung vom 1./2.12.1990: Vielfalt nötig – neben Schifffahrt und Tourismus.

Bremen nahmen bereits um die Jahreswende 1989 Kontakte auf und vereinbarten gemeinsame Projekte und Austauschprogramme mit Rostocker Partnerorganisationen. So unterzeichneten z.B. die Bremer AWO und die Volkssolidarität Rostock im März 1990 eine Vereinbarung mit dem Ziel, ein Pilot-Projekt zum Aufbau eines neuen Systems „Essen auf Rädern“ zu realisieren und ein Transportsystem für ältere und gehbehinderte Rostocker Bürger aufzubauen. Dazu wurden aus dem offiziellen Bremer Hilfsprogramm Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Auch der Erfahrungsaustausch unter Fachleuten und die Entwicklung eines gemeinsamen Ferienfreizeitangebots wurden vereinbart.<sup>164</sup> Als vorbildlich kann des Weiteren die private Bremer Initiative „Bremer helfen Rostockern“ gelten, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Rostock vor allem im Bereich der Altenpflege unter die Arme zu greifen. Dabei ging es darum, Spenden einzusammeln, um sanierungsbedürftige Rostocker Altenheime mit neuen sanitären Anlagen und behindertengerechten Einrichtungen auszustatten. Zu den Förderern und Unterstützern der Initiative gehörten ihr Sprecher, Senator a.D. Karl-Heinz Jantzen sowie Mitglieder aus Politik und Gesellschaft, darunter der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, der inzwischen verstorbene Vorstandsvorsitzende der Bremer Sparkasse Friedrich Rebers, der frühere DGB-Vorsitzende Siegfried Schmidt und der damalige Schriftführer der Evangelische Kirche Bremen Heinz Hermann Brauer.<sup>165</sup>

## Wissenschaft und Bildung, Kultur und Umwelt

Dem Bedürfnis nach dem Transfer von Wissen trug ein breites Netz von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen aus dem Bereich Wissenschaft, Bildung, Kultur und Umwelt Rechnung. Im Februar 1990 schlossen die Universität Bremen und die Universität Rostock einen Partnerschaftsvertrag ab und vereinbarten eine Zusammenarbeit bei der Realisierung von

vier Projekten: Ökonomen beider Seiten sollten sich jeweils in der Partnerstadt mit der Verbesserung der Produktionsbedingungen beschäftigen; Verfahrenstechniker sollten Meßmethoden erforschen, die Umwelttechniker sich der Abwasserproblematik annehmen und die Chemiker sich mit der Berechnung von Molekülen auseinandersetzen. Ein Germanist, ein Informatiker und ein Ökonom aus Rostock verweilten des Weiteren an der Bremer Uni, um sich Einblicke in die Forschungsarbeit des jeweiligen Faches zu verschaffen; eine gesonderte Kooperationsvereinbarung wurde zwischen den Bibliotheken der beiden Universitäten geschlossen.<sup>166</sup> Auf Eigeninitiativen verschiedener Fachbereiche und Studiengänge wurde auch ein Studierendenaustausch zwischen der Bremer und der Rostocker Universität in Angriff genommen.

Als ein ganz zentraler Kooperationsbereich stellte sich die Umwelt heraus. Im Rahmen der Universitätspartnerschaft konnte in Rostock, angelehnt an Bremer Erfahrungen in der „Umweltverfahrenstechnik“, ein neuer Fachbereich Umwelt- und Verfahrenstechnik aufgebaut werden. Die Bremer Universität leistete dabei Entwicklungshilfe, indem drei Rostocker Wissenschaftler, zum Teil mit einem Stipendium der Bremer Universität ausgestattet, am Bremer Fachbereich Erfahrungen sammeln konnten, um diese später in leitender Funktion am neu gegründeten Rostocker Fachbereich einzubringen. Beide Fachbereiche arbeiteten an gemeinsamen Forschungsprojekten, die mit Bremer Mitteln gefördert wurden. Eine erste Bilanz, die auf einem Symposium anlässlich des einjährigen Bestehens dieser Kooperation gezogen wurde, zeigte zwar, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Wissenstransfer noch eine Einbahnstraße war, dass die Rostocker Wissenschaftler aber dabei waren, sich von der Bremer Hilfe zu emanzipieren. Die Rostocker Verfahrenstechniker verfolgten das ehrgeizige Ziel, in Rostock enger mit den dortigen Maschinenbauern im Bereich Schiffs- und Landtechnik zusammenzuarbeiten sowie Entölungsmethoden für Bilgenwasser in Schiffen zu entwickeln.<sup>167</sup>

<sup>164</sup> Weser Kurier vom 1.3.1990: Bremer AWO kooperiert mit Volkssolidarität Rostock.

<sup>165</sup> Weser Kurier vom 25.9.1990: Hilfe für Senioren in Rostocker Heimen.

<sup>166</sup> Weser Kurier vom 22.2.1990: Bremens 15. Partner- Uni steht in der Partnerstadt.

<sup>167</sup> Weser Kurier vom 15.2.1991: Wohin mit den Kartof-

Auch auf dem Gebiet der Aus-, Fort- und Weiterbildung kamen Bremer und Rostocker schnell zusammen. Für die mit der Systemumstellung verbundenen Umbrüche in der Rostocker Berufslandschaft war die Gründung der Hanseatische Weiterbildungsgemeinschaft Rostock (HWR) ein Meilenstein: Bis Ende 1990 konnten bereits 3000 Rostocker fortgebildet werden, um sich dadurch neue Berufsmöglichkeiten zu erschließen bzw. sich für ihre zukünftige Arbeit weiterzuqualifizieren. Auf den Weg gebracht wurde diese Gründung von der Bremer Handelskammer und den Bremer Gewerkschaften, vertreten durch das Bremer Bildungszentrums der Wirtschaft einerseits und das Arbeiter-Bildungs-Centrum andererseits. Gemeinsam organisierten sie beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit eine Anschubfinanzierung für dieses Projekt in Höhe von 4 Millionen DM.<sup>168</sup> Aktiv wurde auch das Berufs-Bildungs-Institut (BBI) der Angestelltenkammer Bremen, das ein Treffen von 30 Experten aus beiden Städten veranstaltete. Aus Rostock nahmen Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Bürgerrats und Runden Tisches, der Stadtverwaltung, der Berufs- und Betriebsschulen sowie betriebliche und außerbetriebliche Bildungseinrichtungen teil. Das BBI informierte über seine Bildungsangebote, und man diskutierte über eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Bürger in Rostock.<sup>169</sup> Kooperationen wurden des Weiteren zwischen der Volkshochschule (VHS) Bremen und Rostock bei einem Besuch einer VHS-Delegation aus Bremen in Rostock geplant, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf politische und ökologische Themen gelegt werden sollte.<sup>170</sup> In Richtung ökologische Zusammenarbeit zielte auch ein Kooperationsvertrag zwischen dem Bremer Bildungswerk für Umwelt und Kultur (Böll-Stiftung) und alternativen Gruppen in Rostock. Für 12 Projekte rund um die Themen Umwelt, Kultur und Stadtökologie waren 65.000 DM Bundesmittel vorgesehen. Ein Teil dieser Projekte wurde mit dem Mecklenburgischen

felschalen?

168 Weser Kurier vom 6.7.1990:

169 Weser Kurier vom 4. 3.1990: Nachhilfe zur Weiterbildung.

170 Weser Kurier vom 28.6.1990: Gemeinsame Bildung als Ziel.

Bildungsverein und dem Rostocker Umweltberatungszentrum realisiert.<sup>171</sup>

Erwähnenswert sind auch Einzelinitiativen wie die einer Rostocker Lehrerin, die sich schon im Dezember 1989 an Bremer Schulen wandte, weil sie sich dort weiterbilden wollte.<sup>172</sup> Und Mitglieder des Lehrerkollegiums des Schulzentrums Holter Feld bauten Kontakte mit Rostocker Berufsschulen auf, um ihrerseits Einblicke in den Schulalltag an Rostocker Schulen zu gewinnen.<sup>173</sup>

## Gesellschaft und Sport

Wie vielfältig die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Begegnungen zwischen Rostock und Bremen unmittelbar nach Öffnung der Grenze waren, zeigen auch Beispiele aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. So suchten u.a. zahnärztliche Labore aus Rostock den Kontakt mit vergleichbaren Bremer Einrichtungen, um einen Erfahrungsaustausch und eine fachliche Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen.<sup>174</sup> Ein anderes Beispiel lieferten zwei Rostocker Gartenbauerinnen, die – im Rahmen der Städtepartnerschaft – an einer Fortbildung des Aus- und Weiterbildungszentrums Bremen zum Thema „Saurer Regen“ im Niels-Stensen-Haus (Worphausen) teilnahmen.<sup>175</sup> Aber Rostocker kamen nicht nur nach Bremen, um sich dort fortzubilden oder Anregungen zu holen, sondern sie brachten auch etwas mit – so wie dreizehn Studierende der Rostocker Wilhelm-Pieck-Universität (zukünftige Deutsch- und Musiklehrer), die sich über die Senatskanzlei an die Bremer Schulbehörde gewandt hatten und schließlich in der Aula des Kippenberg-Gymnasiums für Kinder der Grundschule Carl-Schutz-Straße eine Mischung aus Schauspiel, Konzert und Musikunterricht aufführten und dafür mit viel Beifall bedacht wurden.<sup>176</sup> Ein anderes bemerkenswertes Ereignis war der Kontakt, den Esperanto-Gruppen aus beiden

171 Weser Kurier vom 28.9.1990: Lobby zu kurz Gekommener.

172 Weser Kurier vom 31.12.1989, S. 5: Besuch erwünscht.

173 Weser Kurier vom 29.3.1990: Lehrer knüpfen Kontakt zu ihren Kollegen in der Partnerstadt.

174 Weser Kurier vom 31.12.1989, S. 5: Besuch erwünscht.

175 Bremer Anzeiger vom 28.4.1990: Rostocker Gartenbauer.

176 Weser Kurier vom 15.3.1990: Dorthe schrieb an den Bürgermeister.

Städten aufgrund einer Rostocker Initiative knüpften.<sup>177</sup> Noch ungewöhnlicher war eine von Bremen ausgehende Initiative zur Wiedereröffnung des Rostocker Flugplatzes für Luftsportler im Ortsteil Purkshof. Der 64jährige Bremer Werner Paulsen, stellvertretender Vorsitzender des AERO-Club-Landesverbandes Bremen, hatte es sich in den Kopf gesetzt, den Purkshofer Flugplatz für seine Rostocker Kollegen von der Nationalen Volksarmee (in deren Besitz der Flugplatz war) „zurück zu erobern“. Er sprach bei Rainer Eppelmann, der nach der freien Volkskammerwahl Verteidigungsminister der DDR geworden war, vor, um eine Freigabe zu erreichen. Tatsächlich durften seit dem 25. August 1990 Sportpiloten in Purksdorf wieder starten und landen.<sup>178</sup> Die erste direkte Flugverbindung zwischen Bremen und Rostock bot das Unternehmen Roland Air Bremen ab Juli 1990 vom Flugfeld in Barth in der Nähe von Rostock an. Die 90minütige Flugverbindung war vor allem für Geschäftsleute zwischen den Partnerstädten ein Angebot.<sup>179</sup>

Es überrascht nicht, dass in zwei fußballbegeisterten Städten auch dieser Sportart eine verbindende Rolle nach der Öffnung der Grenze spielte. Bei einem Freundschaftsspiel zwischen Werder Bremen und Hansa Rostock am 16.02.90 in Rostock wurde der gesamte Erlös des von Becks und Eduscho aus Bremen zur Verfügung gestellten Kaffee- und Bierauschanks für eine Rostocker Behinderteneinrichtung gespendet.<sup>180</sup> Im Januar 1990 schlossen beide Fußballvereine einen Kooperationsvertrag, der mithilfe, die Vereinsstrukturen des FC Hansa zu modernisieren und den Verein auf die marktwirtschaftlichen Herausforderungen der Bundesliga vorzubereiten.

## Parteien und Politik

Um die demokratischen Entwicklungen in der Partnerstadt zu unterstützen, leisteten auch die politischen Institutionen und Parteien Bremens Aufbauhilfe. Ein ganz sinnbildliches Beispiel waren die 230 Wahlurnen, die das Statistische Landesamt Bremen den Rostockern für die Durchführung der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zur Verfügung stellte. Auch bei der Erstellung eines kleinen Rostocker Wahl-ABC nach Bremer Vorbild war das Statistische Landesamt Bremen hilfreich.<sup>181</sup> Die Bremer Parteien konzentrierten ihre Hilfe einerseits auf die Partnerorganisationen in Rostock, wurden andererseits aber auch gesellschaftspolitisch aktiv. So startete z.B. die CDU Bremen die Initiative „Helft der Demokratie in der DDR“ und richtete ein Konto für Geld- und Sachspenden ein.<sup>182</sup> Bei einem Besuch des Bremer CDU-Fraktionsvorstandes in Rostock wurden u.a. Kontakte zwischen Bremer und Rostocker Handwerkern vermittelt sowie die Gründung eines Initiativkreises zum Aufbau einer unabhängigen Handwerker-Selbstverwaltung angeregt. Außerdem sollten Rostocker Handwerker die Möglichkeit erhalten, am Bremer Berufsbildungszentrum und in Bremer Betrieben an Fort- und Weiterbildungen teilzunehmen, um dort Erfahrungen zu sammeln. Durch die Vermittlung der CDU konnten zehn Rostocker Industriemeister vier Wochen lang in Bremen Zusatzqualifikationen erwerben.<sup>183</sup> Die Bremer SPD schließlich druckte Flugblätter für den Wahlkampf der Rostocker SPD, stellte Fotokopierer und PC zur Verfügung und schickte Redner nach Rostock.<sup>184</sup> Auch der FDP-Fraktionsvorstand Bremen half der LDPD in Rostock mit Fotokopierern, Papier und Plakaten für den Wahlkampf aus.<sup>185</sup>

Eine politische Kooperation ganz anderer Art hatte sich auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik angebahnt. Das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit in Bremen unterstützte tatkräftig den Aufbau eines Nord-

177 Weser Kurier vom 7.6.1990: Rostocker Esperantogruppen knüpften Kontakt nach Bremen

178 Bremer Nachrichten vom 31.7.1990: Nach 27 Jahren „zurückerobert“.

179 Ostsee-Zeitung vom 14. Juli 1990: Bremen und Rostock nun auch über Barth verbunden.

180 Weser Kurier vom 14.02.1990: Rostocker laden zur Hanseaten-Fete ein.

181 Weser Kurier vom 13.3.1990:

182 Weser Kurier vom 6.2.1990: CDU-Landesvorstand: Tagung in Rostock.

183 Weser Kurier vom 30.1.1990: Ziel: Hilfe für Handwerker in der DDR-Partnerstadt.

184 taz bremen vom 21.1.1990: Rostocker SPD betreuen.

185 Weser Kurier vom 26.1.1990: Bremer FDP hilft der Rostocker LDPD.

Süd-Forums in Rostock. Daran waren 15 entwicklungspolitische Initiativen und Organisationen aus Rostock beteiligt, die in Bremen ein Seminar besuchten und anschließend Förderung aus Bremen erhielten.<sup>186</sup>

## Schlussbemerkung

Fasst man die Erfahrungen der Entwicklung der Städtepartnerschaft innerhalb der ersten zwei Jahre nach dem politischen Umbruch im Herbst 1989 zusammen, so wird deutlich, dass sowohl die Bremer Politik als auch die Bremer Bürgerinnen und Bürger dazu beigetragen haben, dass in Rostock neue Strukturen entstehen konnten. Bremen hat beim Aufbau der neuen Institutionen und bei der Entstehung eines zivilgesellschaftlichen Netzwerkes in der Partnerstadt erhebliche Hilfe geleistet. Dass diese Hilfe auf fruchtbaren Boden fiel und genutzt wurde, um der Stadt an der Warnow zu neuem Glanz zu verhelfen, verdankt sich dem Aufbaugeist und der Initiative vieler Rostocker, die zusammen mit Bremer Organisationen und Institutionen daran gegangen sind, gemeinsame Projekte zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. In nicht wenigen Fällen waren es die Rostocker, die ihrerseits initiativ wurden und den Kontakte zu Bremer Einrichtungen gesucht haben. Schon nach wenigen Jahren hatten sich die Rostocker von der Bremer Hilfe emanzipiert und konnten bei der Lösung vieler Probleme ihre eigenen Wege gehen. Die Hilfe der Bremer haben sie dennoch nicht vergessen. Davon zeugen die vielen Kontakte, die – auch nachdem die offizielle Partnerschaft seit 1995 „eingeschlafen“ ist – bis heute zwischen Rostockern und Bremen bestehen.

---

<sup>186</sup> Weser Kurier vom 21.12.90: Nord-Süd-Forum auch in Rostock.

# Feinde, Gegner, Partner, Freunde ...

---

## Ein persönlicher Erfahrungsbericht von Christoph Kleemann

So wie die meisten der 73 Städtepartnerschaften, die bis Ende August 1989 zustande kamen, unterlag auch die 1987 von höchster Instanz gebilligte Städtepartnerschaft Rostock-Bremen der Außenpolitik der DDR. Das hat zur Folge, dass die Rostocker Einwohnerschaft nur bedingt und dürftig über die gegenseitigen Besuche informiert wird, öffentliche Auftritte der Bremer Delegation in Rostock weithin unterbunden werden und die Rostocker Gesprächspartner handverlesen sind. Die Öffentlichkeit weiß von der Städtepartnerschaft, betrachtet sie aber als Partnerschaft derer „da oben“, erst recht, nachdem Versuche Ausreisewilliger, die Bremer Seite auf ihr Problem aufmerksam zu machen, vom Geheimdienst unterbunden und kirchliche Beziehungen nach Bremen aus der Städtepartnerschaft ausgeschlossen werden. Was die „Oberen“ miteinander kungeln, interessiert viele Rostocker genauso wenig wie der Inhalt der Gespräche mit den Städtepartnern von Dünkirchen, Stettin oder Dalian. Man ist misstrauisch.

Im Herbst 1989 wendet sich das Blatt. Als Bürgerinnen und Bürger anfangen, sich gezielt in die Politik einzumischen, wird es immer schwerer, Staats- und Stadtpolitik geheim zu halten. Das Volk, das sich auf seine Rolle für die Demokratie besinnt, will alles wissen. Auch der Rostocker Bürgermeister und seine Stadträte müssen zunehmend damit leben, befragt, in Frage gestellt, kontrolliert und schließlich entmachtet zu werden. Im Moment aber geht es vor allem um Transparenz der bestehenden Strukturen und Entscheidungswege. Die Städtepartnerschaften bleiben vorerst ein marginales Thema. Anders auf westlicher Seite. Der Aufbruch in Rostocks Stadtbürgerschaft wird aus der Partnerstadt Bremen mit Spannung verfolgt. Die Entwicklungen überschlagen sich. Der Weser-Kurier berichtet fast täglich. Wie Demokratie funktioniert, weiß man im Westen.

Wie es aussieht, wenn sich ein Volk die Herrschaft erobert, ist eine neue Erfahrung.

Ich selber, der ich diese Zeilen schreibe, befinde mich zu dieser Zeit mittendrin. Ich gehöre dem Neuen Forum Rostock an und fungiere als dessen Pressesprecher. Am 4./5. Dezember 1989 befinde ich mich in Bremen. Ich soll auf dem dortigen CDU-Parteitag die politischen Ziele des Neuen Forums erläutern. Das ist nicht ganz einfach, weil das Neue Forum als Sammelbecken für Demokratiewillige kein klar umrissenes Programm vorweisen kann. Noch gärt alles, klärt sich hier und da und schäumt auch gelegentlich über. Ein junger Rostocker CDU-Vertreter hat es da leichter. Er beschwört in seiner kleinen Rede die inhaltliche Verbundenheit mit der Bremischen CDU und wird als „Bruder“ empfangen. Ich bemühe mich, den basisdemokratischen Ansatz des Neuen Forums zu beschreiben und den Willen zu mehr Transparenz und Unabhängigkeit von Parteivorgaben und ideologischen Prämissen. Als mich nach meinem Beitrag Dorothee Wilms, damalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, auf offener Bühne umarmt und meint, wir lägen da wohl nicht weit auseinander, überkommt mich Zweifel, ob ich mich klar ausgedrückt habe. Ein anderer, Mitglied der Bremischen CDU-Bürgerschaftsfraktion, kommt auf mich zu. Er scheint den Prozess im Osten differenzierter zu sehen und weit davon entfernt, mich vereinnahmen zu wollen. Ihm werde ich später mit einem beispielhaften Projekt von Städtepartnerschaft wieder begegnen.

Bei meiner Rückkehr nach Rostock muss ich erfahren, genau in diesem Zeitraum ist die Bezirksbehörde der Staatssicherheit in Rostock von Bürgerinnen und Bürgern entmachtet worden. Und ich auf dem Parteitag der CDU! Als mich im März 1990 der Runde Tisch der Stadt Rostock ins Rathaus

schickt, um den Oberbürgermeister zwischenzeitlich zu ersetzen, den die Rostocker zum Rücktritt genötigt haben, erhalte ich als erste Reaktion ein fast überschwängliches Gratulationstelegramm aus Bremen, unterzeichnet von Bürgermeister Wedemeier. Und auf einmal gehört auch die Städtepartnerschaft Rostock-Bremen zu den Obliegenheiten, für die ich auf Rostocker Seite verantwortlich zeichne. Ich erfahre, dass zwischen beiden Städten schon allerhand gelaufen sei und Bremen sich um wirkliche Partnerschaft bemühe.

Bei einem meiner Aufenthalte in Bremen eröffnet der Bremer Bürgermeister eine Messe, bei der auch ich etwas sagen soll. Klaus Wedemeier – ganz Routinier – improvisiert freundliche Grußworte. Ich habe eine kleine, für diesen Anlass viel zu kompakte Rede vorbereitet und muss feststellen, sie überrascht die Anwesenden. Das werde ich noch öfter erleben. Meine westlichen Partner, mit denen ich künftig zu tun habe, halten meist knappe, präzise, manchmal auch launige Ansprachen, je nach Anlass. Die Redetexte lässt man sich zuarbeiten. Ich mute meinen Zuhörern oft gedankenschwere, verortende und erörternde Reden zu und bestehe bis zum Ende meiner Dienstzeit in verschiedenen Ämtern darauf, meine Ansprachen selber zu schreiben. Vielleicht muss ich mich in dieser turbulenten Zeit selber meiner eigenen Grundpositionen vergewissern und nehme mir die Freiheit, meine Zuhörer einzubeziehen.

Nach den Kommunalwahlen im Mai übernimmt das Oberbürgermeisteramt in Rostock Klaus Kilimann, Mitglied der jungen Rostocker SPD. Als Präsident der Rostocker Bürgerschaft – nicht nur mit einer Partei übergreifenden Aufgabe betraut, sondern selber weiterhin parteilos – beobachte ich, wie Amt für Amt von den Parteien, vor allem von der SPD, besetzt wird. Die Partnerstadt Bremen leistet in dieser Aufbruchzeit als ein verlässlicher und großzügiger Partner wichtige, auch personelle Aufbauhilfe. Schaut man genauer hin, sieht man vor allem die Bremer SPD am Werk, die mit ihrer Unterstützung zugleich auch der noch schwachen Schwesterpartei zu Hilfe kommt. Die Zeit der Bürgerbewegungen ist vorbei.

Entsprechend meinem Amt konzentrieren sich meine Kontakte in die Partnerstadt auf die Bremische Bürgerschaft und ihren Präsidenten Dieter Klink, der mir zu einem wichtigen Ratgeber wird. In der ersten Legislaturperiode der neuen Rostocker Bürgerschaft kommt es zu vielen Begegnungen. Mal besucht eine Fraktion ihre Schwesterfraktion, mal das Präsidium sein Bruderpräsidium, mal begehen wir einen Festtag gemeinsam in Bremen oder in Rostock. Unsere Gespräche drehen sich nicht um parteistrategische Themen. Dafür wäre ich auch nicht der geeignete Adressat. Wir Rostocker schauen und hören vor allem zu, machen uns kundig, beraten kommunalpolitische Konfliktfälle. Bei aller Unterschiedenheit von Bremischer Bürgerschaft als Landesparlament und Rostocker Bürgerschaft als rein kommunalpolitischen Gremiums erlebe ich diese Phase der Zusammenarbeit als ausgesprochen fruchtbar. In Bremen werden wir auch zum ersten Mal Augenzeugen einer großen Schülerdemonstration. Als wir mit Senator Scherf, der sich offen den Protesten stellt, auf den Treppen des Bürgerschaftsgebäudes stehen, werden wir – auch das zum ersten Mal – mit Tomaten beworfen. Eine andere Art von Demonstration begegnet uns am Tag der Deutschen Einheit, wo man uns, als wir durch die Absperungen geleitet werden, „Bonzen“ nachruft. Der Stich sitzt. Nur allzu gut ist uns der Begriff noch vertraut im Blick auf die Vertreter der „Arbeiter- und Bauernmacht“. Sind wir in dieser kurzen Zeit etwa schon verwechselbar geworden? Wir ahnen, dass es so friedlich wie im Herbst '89 auch bei uns auf Dauer nicht bleiben wird.

Mir fällt nur auf, jedes Mal, wenn wir in Bremen zu Gast sind, lautet eine der ersten Fragen: „Was macht Schleiff? Was macht Schliebs, was macht ...?“ Dann folgen Namen von Stadträten aus sozialistischer Zeit. Hat sich das Verhältnis zwischen den Rostocker Partner-Delegationen und den Bremer Gesprächspartnern in den ersten beiden Jahren der Städtepartnerschaft persönlicher gestaltet, als es die Rahmenbedingungen des SED-Politbüros zuließen, obwohl doch jede Begegnung von der Staatssicherheit begleitet wurde, schon durch die Genannten selber? Freundschaftliche Kontakte, Duz-Verhältnisse und private Einladungen werden

von der Stasi als Missbrauch der Städtepartnerschaft denunziert.

War auf der Bremer Seite der Glaube an ein Ende der SED-Diktatur im Schwinden, so dass man sich allmählich mit den Repräsentanten der SED-Macht arrangierte, obwohl man wissen musste, wie unnachgiebig sich auch die Rostocker Vertreter der Staatsmacht gegenüber Kritikern im eigenen Lande aufführten? Oder offenbarten die Ostfunktionäre, sobald sie die Grenze überwunden hatten und in der Partnerstadt weilten, ein anderes Gesicht, ein liberales, ideologiefreies oder gar lüsternes, das mit den Verlockungen des Westens liebäugelte? Aus meiner Beschäftigung mit anderen Städtepartnerschaften weiß ich, dass es beides gegeben hat. Manchmal war es auch einfach Sympathie, die einen vergessen ließ, dass der oder die andere dem gegnerischen – aus SED-Sicht noch immer feindlichen – Lager angehörte.

Eine seltsame Beobachtung können Bremische Bürgerschaftsabgeordnete machen, als sie in eine Rostocker Bürgerschaftssitzung geraten und mitverfolgen müssen, wie hart und ernsthaft noch in der Sitzung selber um einzelne Entscheidungen gerungen wird. Der Präsident bemerkt nach der Sitzung erstaunt: „Bei Euch wird ja noch richtig diskutiert!“ – „Wieso? Wie ist das denn bei Euch?“ – „Bei uns ist eigentlich alles schon fertig, wenn es in die öffentliche Sitzung geht.“ Wir können nicht wissen, dass sich dieser sympathische, aber viel zu aufwändige Arbeitsstil auch bei uns bald verflüchtigen wird.

Da ich von der kommunalpolitischen Ebene her erzähle, könnte sich der Irrtum nahe legen, auch nach der Herbstrevolution sei die Städtepartnerschaft eine Funktionärspartnerschaft geblieben. Keineswegs. Noch im Herbst '89, unmittelbar nach der Maueröffnung vom 9. November, „erobern“ die Bürgerinnen und Bürger selber ihre jeweilige Partnerstadt. Neben den beiden großen Begegnungsfesten in Bremen und Rostock ergeben sich viele Ebenen, auf denen Kontakte und Freundschaften entstehen, die fortleben. Was Honecker mit den ihm abgetrotzten und fremdbestimmten Städtepartnerschaften bezweckte, die Unterminierung der westlichen Deutschlandpolitik und die Begeisterung für das Alternativmodell DDR, ist in umgekehrter Richtung Realität geworden. Das verdankt

sich auch Persönlichkeiten, die sich menschlich als Partner erwiesen haben.

Im Frühjahr 1990 bieten zwei Bremer Bürger der Hansestadt Rostock an, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die junge Leute im kaufmännischen Bereich, im Restaurant- und Hotelfach ausbilden und mit dem nötigen Know-how versorgen soll. Der eine jenes schon erwähnte Mitglied der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, der andere Gewerkschafter und SPD-Mann. Bei einem gemeinsamen Spaziergang am Weserufer sei ihnen der Gedanke gekommen. Die Stadt greift zu und erhält mit der Hanseatischen Weiterbildungsgemeinschaft eine Ausbildungsstätte, die bald von sich reden machen soll. Nach einer kritischen Phase hat sich die inzwischen privatisierte HWBR erholt und lebt als ein Kind der Städtepartnerschaft Rostock-Bremen wieder auf.

Wer weiß am Ende einer Partnerschaft noch zu sagen, was er ihr alles verdankt? Die Partnerschaft zwischen Rostock und Bremen ist nicht zu Ende, auch wenn deren politische Prämissen beidseits hinweg geschmolzen sind und offiziell die Partnerschaft eingeschlafen zu sein scheint.



## Dokumentationsverzeichnis

---

Rahmenvereinbarung 1987	54
Jahresplan 1988	60
Jahresplan 1989	62
Jahresplan 1990	64
Gespräch Wedemeier – Honecker vom 1. Juli 1987	67
Protokoll der Sitzung der Bremischen Stadtbürgerschaft vom 3. September 1987	70
Rede von Klaus Wedemeier vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung vom 18. August 1987	87
Rede von Henning Schleiff vor der Bremer Stadtbürgerschaft vom 18. Oktober 1987	91
Übersicht über Aufenthalte und Aktivitäten von Juli 1987 bis Oktober 1989	95

---

**Rahmenvereinbarung**

Über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen  
in der Bundesrepublik Deutschland  
und der Stadt Rostock  
in der Deutschen Demokratischen Republik

Getragen von dem Willen, aktiv zur Erhaltung und Festigung des Friedens sowie dazu beizutragen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht, das Wettrüsten beendet, Abrüstung und Entspannung in den internationalen Beziehungen durchgesetzt werden,

in dem Bestreben, dafür zu wirken, daß gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit der Staaten im gemeinsamen europäischen Haus erreicht werden und daß die Meere und Häfen stets dem friedlichen Handel und Zusammenleben der Völker dienen,

in der Absicht, die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verankerten Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Achtung der Souveränität und Gleichheit beider deutscher Staaten zu unterstützen,

sind die Stadt Bremen und die Stadt Rostock

in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie den sich daraus ableitenden Abkommen und Vereinbarungen übereingekommen,

eine Partnerschaft zu vereinbaren.

In der Überzeugung, daß der politische Dialog und die Entwicklung vielseitiger kommunaler Beziehungen zwischen beiden Städten den Interessen ihrer Bürger entsprechen, bekunden beide Seiten, ungeachtet unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen, ihren Willen, ihre Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten vorrangig in folgenden Richtungen zu entwickeln:

- im Interesse einer sicheren Zukunft ihrer Städte und deren Einwohner alle Aktivitäten zu unterstützen, die auf die Sicherung des Friedens, auf Abrüstung und Entspannung gerichtet sind;
- sich gegenseitig über ihren Beitrag und über Initiativen in ihren Städten für Frieden und Abrüstung, für Entspannung und Verständigung zu informieren;
- die Bürger ihrer Städte in geeigneter Weise mit dem gesellschaftlichen Leben, insbesondere mit der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der Partnerstadt bekannt zu machen;
- Informationen über Ergebnisse und Erfahrungen bürgernaher kommunaler Arbeit sowie auf den Gebieten der Stadtentwicklung und des Städtebaus, der Architektur und der Denkmalpflege, der Arbeit, der Gestaltung und des Schutzes der Umwelt, der Kommunalwirtschaft (z. B. Abfallwirtschaft und öffentlicher Personennahverkehr), des Sozialwesens, des Gesundheitswesens und anderen auszutauschen und die Zusammenarbeit durch die Teilnahme von Bürgern an entsprechenden Veranstaltungen zu ermöglichen;
- die Kontakte zwischen Wirtschaftseinheiten, insbesondere in der Seeverkehrswirtschaft, im Schiffbau und in der Fischwirtschaft, den Erfahrungsaustausch von Wissenschaftlern und die Beziehungen der Universitäten und Hochschulen sowie anderer Bereiche, gesellschaftlicher Organisationen und Vereinigungen beider Städte zu fördern;
- den Austausch von Erfahrungen bei der Entwicklung des kulturellen Lebens in den Städten, den Austausch von Berufs- und Volkskünstlern, Museumsfachleuten sowie Ausstellungen und den Austausch von Sportlern und Sportgruppen zu unterstützen;

- Delegationen beider Stadtparlamente, von Bürgern aller Bereiche sowie von Fachleuten kommunaler Einrichtungen und Jugendgruppen auszutauschen bzw. ihren Austausch zu fördern.

Über die konkreten Maßnahmen zur Realisierung dieser Vereinbarung stimmen die Partner zeitlich überschaubare Arbeitspläne ab und verständigen sich in geeigneter Form über deren Durchführung.

Die Vereinbarung wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder der beiden Seiten gekündigt werden. In einem solchen Fall verliert sie nach Ablauf von 3 Monaten vom Tag der Zustellung der Kündigung an die andere Seite ihre Gültigkeit.

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tag der Unterzeichnung in Kraft.

Unterzeichnet am 18. August 1987 in Rostock



**Klaus Wedemeier**  
Bürgermeister  
der Stadt Bremen



**Dr. Henning Schlieff**  
Oberbürgermeister  
der Stadt Rostock

### **Protokollvermerk**

zur Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik

1.

Die zwischen den Partnern zu vereinbarenden Arbeitspläne gelten jeweils für den Zeitraum von einem Jahr und werden in der Regel bis November für das folgende Kalenderjahr abgeschlossen.

2.

Die vereinbarten Maßnahmen der Zusammenarbeit, der Austausch von Delegationen und Materialien werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit Zustimmung der zuständigen Organe beider Seiten durchgeführt und finanziert.

3.

Reisekosten werden durch die entsendende Stadt, Aufenthaltskosten durch die gastgebende Stadt getragen.

4.

Für die Unterbringung der Gäste trägt die gastgebende Stadt die Verantwortung. Die Art der Unterbringung wird jeweils abgesprochen.

Rostock, 18. August 1987



**Klaus Wedemeier**  
Bürgermeister  
der Stadt Bremen



**Dr. Henning Schleiff**  
Oberbürgermeister  
der Stadt Rostock



## **Jahresplan 1988**

zur Realisierung der Rahmenvereinbarung über die  
Zusammenarbeit zwischen  
der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und  
der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf der Grundlage der zwischen den Städten Bremen und Rostock geschlossenen Vereinbarung werden für das Jahr 1988 folgende Maßnahmen zur Realisierung festgelegt:

1. Bremen empfängt aus Rostock:
  - 1.1. Eine offizielle Delegation der Stadt Rostock, bestehend aus 6 bis 8 Personen
  - 1.2. Eine Delegation, bestehend aus 8 bis 10 Personen, zum Studium von Erfahrungen des Städtebaus und der Architektur sowie der Restaurierung und Sanierung von Altbausubstanz im Stadtzentrum
  - 1.3. Eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen
  - 1.4. Eine Volkskunstgruppe
  - 1.5. Eine Gruppe von Sportlern mit maximal 15 Personen
2. Rostock empfängt aus Bremen:
  - 2.1. Eine offizielle Delegation der Stadt Bremen, bestehend aus 6 bis 8 Personen, während der Rostocker Sommerfesttage 1988

2

- 2.2. Eine Delegation, bestehend aus 8 bis 10 Personen, zum Studium von Erfahrungen des Städtebaus und der Architektur sowie der Restaurierung und Rekonstruktion von Altbau-substanz im Stadtzentrum
- 2.3. Eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen
- 2.4. Ein Jugendblasorchester zur Teilnahme am Musikantentreff "Ostsee" anlässlich der Rostocker Sommerfesttage 1988
- 2.5. Drei Bootsbesatzungen in olympischen Bootsklassen zur Teilnahme an der 38. Internationalen Ostseeregatta vor Rostock-Warnemünde
3. Bremen beteiligt sich an der Internationalen Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Städten am Meer unter dem Motto "Immer lebe die Sonne" zu den Rostocker Sommerfesttagen 1988
4. Jede Seite unterbreitet Vorschläge für den Jahresplan 1989 und übermittelt sie bis September 1988 der anderen Seite zur Abstimmung.

Rostock, 18. August 1987



**Klaus Wedemeier**  
Bürgermeister  
der Stadt Bremen



**Dr. Henning Schleiff**  
Oberbürgermeister  
der Stadt Rostock

*Der vorliegende Jahresplan 1989 wurde der Archivale AHR 2.1.1. 8802 entnommen.*

## Jahresplan 1989

Zur Realisierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf der Grundlage der zwischen den Städten Rostock und Bremen geschlossenen Vereinbarung werden für das Jahr 1989 folgende Maßnahmen zur Realisierung festgelegt:

### 1. Rostock empfängt aus Bremen

- 1.1. eine offizielle Delegation der Stadt Bremen, während der Sommerfesttage 1989 vom 30. Juni bis 6. Juli 1989.
- 1.2. eine Studiengruppe, bestehend aus 3 Personen zum Studium der Erfahrungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Siedlungsabfallbeseitigung und der Sekundärrohstoffwirtschaft vom 12. bis 17. Juni.
- 1.3. eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen, vom 30. April bis 7. Mai.
- 1.4. eine Delegation von Werft- und Hafentarbeitern, bestehend aus 10 bis 15 Personen vom 30. April bis 5. Mai.
- 1.5. die Frauenhandballmannschaft des SV Werder Bremen vom 29.9. bis 1.10.
- 1.6. Jugendblasorchester sowie ein Tanzpaar zur Teilnahme am Internationalen Ostsee-Tanzturnier anlässlich der Rostocker Sommerfesttage 1989.
- 1.7. Bremen gestaltet in der Kunsthalle Rostock eine Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages von Gerhard Marcks („Gerhard Marcks in Mecklenburg“), vom 18. Februar bis 2. April 1989.
- 1.8. Bremen entsendet vom 1. Mai bis 30. Juni 1989 einen Künstler zur Teilnahme am Internationalen Bildhauersymposium zur Gestaltung des Platzes der Freundschaft in Rostock.

### 2. Bremen empfängt aus Rostock

- 2.1. eine offizielle Delegation der Stadt Rostock, bestehend aus bis zu 6 Personen, vom 29. März bis 3. April 1989.
- 2.2. eine Studiengruppe, bestehend aus 3 Personen zum Studium der Erfahrungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Siedlungsabfallbeseitigung und der Sekundärrohstoffwirtschaft vom 16. bis 21. Oktober 1989.

- 2.3. eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen, vom 29. August bis 5. September.
  - 2.4. eine Delegation von Werft- und Hafentarbeitern, bestehend aus 10 bis 15 Personen, Juni 1989.
  - 2.5. einen Shantychor, bestehend aus 15 bis 20 Personen, vom 29. März bis 3. April.
  - 2.6. Rostock gestaltet in der Kunsthalle Bremen eine Ausstellung zeitgenössischer Werke aus dem Besitz der Stadt Rostock.
  - 2.7. Rostock beteiligt sich an einer Ausstellung von Kinderzeichnungen aus den Partnerstädten Bremens, im September 1989.
- 
3. Weiterführung der Arbeitskontakte zwischen dem Mecklenburger Folklorenzentrum und dem Institut für Niederdeutsche Sprache.
  4. Weiterführung der Arbeitskontakte zwischen dem Rostocker Stadtarchiv und dem Staatsarchiv Bremen.
  5. Aufnahme von Arbeitskontakten zwischen der Kunsthalle Rostock und der Kunsthalle Bremen in Vorbereitung der Rostocker Ausstellung in Bremen.
  6. Jede Seite unterbreitet Vorschläge für den Jahresplan 1990 und übermittelt sie bis September 1989 der anderen Seite zur Abstimmung.

*Der vorliegende Jahresplan 1990 wurde der Archivale AHR 2.1.1. 11569 entnommen. Dieses Dokument wurde nicht mehr abschließend zwischen den Partnerstädten abgestimmt und auch nicht mehr unterzeichnet. Es ist offensichtlich unter den Ereignissen des Herbstes 1989 entstanden, denn viele Vorschläge, die in den Jahren zuvor abgelehnt wurden, finden sich hier auf einmal wieder.*

## Jahresplan 1990

Zur Realisierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf der Grundlage der zwischen den Städten Rostock und Bremen geschlossenen Vereinbarung werden für das Jahr 1990 folgende Maßnahmen zur Realisierung festgelegt:

### 1. Rostock empfängt aus Bremen

- 1.1. Eine offizielle Delegation der Stadt Bremen, bestehend aus bis zu 5 Personen unter Leitung des Bürgermeisters, max. 3 Tage, August 1990.
- 1.2. Eine Studiengruppe, bestehend aus 5 Personen, zum Studium der Erfahrungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der sozialen Betreuung, max. 5 Tage.
- 1.3. Eine Delegation unter Leitung des Bürgermeisters in der Zeit vom 29. bis 31.01.90.
- 1.4. Eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Senators für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel zur Herstellung wirtschaftlicher Kontakte, Zeitpunkt: ca. 17. Februar 1990.
- 1.5. Eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen. Zeitraum: 28.04. bis 05.05.1990.

### 2. Bremen empfängt aus Rostock

- 2.1. Eine offizielle Delegation der Stadt Rostock, bestehend aus bis zu 5 Personen unter Leitung des Oberbürgermeisters, max. 3 Tage,
- 2.2. Eine Studiengruppe, bestehend aus 5 Personen, zum Studium der Erfahrungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der sozialen Betreuung, max. 5 Tage,
- 2.3. Eine Vorbereitungsdelegation, bestehend aus max. 5 Personen, zur Herstellung wirtschaftlicher Kontakte zwischen Rostocker und Bremer Firmen und Betrieben,
- 2.4. Eine Jugendreisegruppe, bestehend aus 30 Personen, Zeitraum: 27.08. bis 03.09.1990.
- 2.5. Arbeitsgemeinschaft Bremer Schullandheim lädt 5 Rostocker Schulklassen für einen einwöchigen Aufenthalt, zusammen mit jeweils einer bremischen Schulklasse,

in bremische Schullandheime ein.

### 3. Kulturverabredung

- Präsentation einer Ausstellung zeitgenössischer Grafiken aus dem Besitz der Stadt Rostock in der Kunsthalle Bremen, III. bzw. IV. Quartal 1990
- Objekt-Ausstellung zum Thema „Das Buch“ der Kunsthalle Bremen in der Kunsthalle Rostock
- Ausstellung des Staatsarchivs Bremen „Nieder die Waffen – die Hände gereicht“ in Rostock (zur Vorbereitung Reise des Rostocker Archivdirektors nach Bremen); Weiterführung der Arbeitskontakte zwischen beiden Archiven
- Teilnahme des Bremer Jugendsinfonieorchesters der Jugend- und Volksmusikschule an den Festtagen „Musik im Mai“
- Entsendung des Rostocker Nonetts nach Bremen
- Beteiligung Bremens an den Rostocker Sommerfesttagen 1990
  - o 08.-11. Juli 1990, Aufenthalt des Bremer Kultursenators in Rostock
  - o Internationale Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Städten am Meer „Immer lebe die Sonne“ – Einsendeschluß: 15.05.1990; Eröffnung: 09.07.1990
  - o Internationales Ostseetanzturnier, 12.-15.07.1990 (1 Tanzpaar, 1 Wertungsrichter)
  - o Klavierkurs am Konservatorium „Rudolf Wagner-Regeney“ 08.-16.07.1990, 1 Musikpädagoge
  - o 1 Organist zum Internationalen Rostocker Orgelsommer (08.-10.07.1990)
  - o Fest der Gesangs- und Tanzfolklore (09.-16.07.1990), Entsendung des Bremer Shantychores „Hart Backbord“
- Literaturaustausch zur Bremer bzw. Rostocker Geschichte
- Weiterführung der Arbeitskontakte zwischen dem Mecklenburgischen Folklorenzentrum Rostock und dem Institut für Niederdeutsche Sprache Bremen
- Weiterführung der Kontakte zwischen Bremer und Rostocker Schriftstellern (auf Verbandsebene)
- Aufnahme von Arbeitskontakten zwischen Deutsches Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven und dem Schifffahrtsmuseum in Rostock, z.B. Ausstellung von Kapitänsbildern in Rostock
- Auftritt des politischen Kabarets „libretto fatale“ in Rostock, Termin wird gesondert vereinbart
- Auftritt des Schifferchors ReKum in Rostock, Termin wird noch vereinbart

- Auftritt der Rostocker Bläsolisten in Bremen, Termin wird gesondert vereinbart

#### 4. Sportverabredungen DSB/DTSB

- Begegnung Handball in Rostock am 12.-21.08.1990
- Begegnung Internationale Ostseeregatta in Rostock
- Vergleichswettkampf/International in Bremen am 08.07.1990
- Vergleichswettkampf Bogenschießen Damen in Rostock im Oktober '90
- Begegnung internationaler Damenfußball in Bremen am 13.-16.04.1990 (Ostern)

#### 5. Jede Seite unterbreitet Vorschläge für den Jahresarbeitsplan 1991 und übermittelt sie bis November 1990 der anderen Seite zur Abstimmung.

#### 6. Weitere Verabredungen

- 6.1. Die über den jahresplan hinausgehenden Aktivitäten auf wirtschaftlichem, kulturellem, sportlichem u.a. gebieten werden auf der Grundlage von Direktkontakten zwischen den betreffenden Betrieben, Einrichtungen, Institutionen und Verbänden/Vereinen sowie in Erfüllung der in der Rahmenvereinbarung und im protokollvermerk festgelegten Prinzipien durchgeführt.

Beide Seiten erklären sich bereit, die Kontaktaufnahme und die Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Partnern zu vermitteln und zu fördern und sich gegenseitig über entsprechende Aktivitäten zu informieren.

- 6.2. Beide Seiten fördern die Zusammenarbeit, die Kontaktaufnahme und den Austausch zwischen nachfolgenden Institutionen bzw. Einrichtungen:

- DRK-Rostock/DRK-Bremen
- Ärzten und Apothekern aus Bremen und Rostock
- Aufnahme und Kontakten zu kirchlichen Gruppen, z.B. zwischen der Kirchgemeinde St. Johannes in Bremen und der St.-Marien-Gemeinde in Rostock
- der Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen mit einer entsprechenden Einrichtung in Rostock
- Richtern und Staatsanwälten aus Rostock mit Bremer Kollegen
- Schulen aus Bremen und Rostock
- Der Hochschule Bremen Fachbereich Schiffbau und Meerestechnik und der Sektion Schiffstechnik der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock
- der Initiative zur sozialen Rehabilitation und Vorbeugung psychischer Erkrankungen e.V. mit einer entsprechenden Einrichtung in Rostock
- Töpfern aus Bremen unter Beteiligung der Handwerkskammern
- Briefmarkensammlern aus Bremen und Rostock
- Teilnahme von jungen Bürgern aus den Partnerstädten an einem internationalen Workcamp in Bremen
- Realisierung einer Schiffsreise nach Rostock mit der „SS Albatros“ mit Auszubildenden wie Bootsbauern, Schiffbauern, Rohrintallateuren, Betriebsschlossern usw.
- Durchführung touristischer Tagesreisen von Rostock nach Bremen und umgekehrt (mit Bus und Schiff)
- Aufnahme von Kontakten zwischen Amateurfunkern aus Bremen und Rostock
- Aufnahme von Kontakten zwischen Arbeiterwohlfahrt Bremen und der Volkssolidarität Rostock

## Gespräch Wedemeier – Honecker vom 1. Juli 1987

*„Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Präsidenten des Senates der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Klaus Wedemeier, am 1. Juli 1987 im Amtssitz des Staatsrates“, SAPMO ZPA IV 2/2 035/79, zitiert nach Potthoff, Heinrich: Die „Koalition der Vernunft“. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1995, S. 559-563. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Deutschen Taschenbuch Verlages.*

*Da vom Gespräch zwischen Honecker und Wedemeier nur diese hier nachgedruckte Niederschrift, verfasst vom Leiter der Abteilung BRD im MfAA Karl Seidel, vorliegt, kann der Wahrheitsgehalt dieses Schriftstückes nicht nachvollzogen werden. Es war üblich, nicht alle Punkte und Gesprächsthemen zu protokollieren oder diese zu verklären.*

E. Honecker begrüßt K. Wedemeier. Die DDR habe seine Teilnahme am Bürgermeistertreffen in Berlin hoch bewertet. Sie sei interessiert, die Beziehungen zu Bremen weiter zu entwickeln. Anschließend werde K. Wedemeier Rostock besuchen. Angesichts der ähnlichen Struktur zwischen Bremen und Rostock seien gute Voraussetzungen für eine fruchtbare Partnerschaft zwischen beiden Städten gegeben.

K. Wedemeier bedankte sich herzlich für die Einladung und die Gesprächsmöglichkeit. Er habe den Auftrag, Grüße des Bremer Senates an E. Honecker zu überbringen. Bremen sei das kleinste Bundesland, aber die älteste Stadtrepublik überhaupt. Bremen habe Probleme, vor allem bei den Werften, wo viele Arbeitsplätze verlorengegangen seien. Seine Lage sei nicht so gut wie die von Rostock. Bremen lege seit jeher Wert auf Völkerverständigung und Zusammenarbeit. Von Bremen seien schon immer Impulse für Friedenssicherung ausgegangen. K. Wedemeier verwies auf das verdienstvolle Wirken von Wilhelm Pieck in Bremen.

Jetzt bestehe zum ersten Mal die Chance,

wirkliche Abrüstungsschritte zu erreichen und die Atomwaffen von deutschem Boden zu entfernen. Die BRD und die DDR hätten in ihren Bündnissen die besondere Verpflichtung, diesen Prozeß voranzubringen. Das schaffe auch gute Voraussetzungen, um die bilateralen Beziehungen weiter zu entwickeln. Die Landesregierung von Bremen trete für die doppelte Null-Lösung ein. Sie unterstütze die Vereinbarungen zwischen der SED und der SPD über kern- und chemiewaffenfreie Zonen. Sie unterstütze auch ausdrücklich die Erklärung, die beim kürzlichen Besuch von H.-J. Vogel in der DDR vereinbart wurde. Die Entwicklung des Dialogs zwischen der DDR und der BRD sei positiv. Der Erklärung zwischen E. Honecker und H. Kohl vom 12. März 1985 komme dabei besondere Bedeutung zu. Wenn man realistisch herangehe, gebe es noch bedeutende Möglichkeiten, in den Beziehungen weiterzukommen. Bei der Städtepartnerschaft mit Rostock sei Bremen besonders interessiert an der Verstärkung des gegenseitigen Austauschs, z.B. beim Sport und bei der Jugend.

E. Honecker erklärte zu den Darlegungen K. Wedemeiers, sie gingen von dem einzig richtigen Standpunkt aus, daß beide deutsche Staaten eine besondere Verantwortung für Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit hätten. E. Honecker bedankte sich für die Übergabe der Broschüre mit Reden von Wilhelm Pieck in Bremen. Er sei beeindruckt von dessen Wirken auf kommunalpolitischem Gebiet in Bremen. W. Pieck habe eine hervorragende Rolle als erster Präsident der DDR gespielt. Er bedeute uns sehr viel.

Die Entwicklung habe sich so vollzogen, daß heute zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit bestehen. Daran könne nicht gerüttelt werden. Dies sei auch der Kern der Gemeinsamen Erklärung zwischen ihm und H. Kohl vom 12. März 1985.

K. Wedemeier habe mit Recht von der Chance für die Abrüstung gesprochen. Diese Chance sei in der Tat einmalig. Nachdem sich die UdSSR und die USA darauf verständigt hätten, daß es in einem Krieg weder Sieger noch Besiegte geben könne, gebe es nur eine Schlußfolgerung, man müsse lernen, miteinander zu leben. Ein Zusammenleben unter der Drohung mit der nuklearen Ab-

schreckung sei keine annehmbare Perspektive für die Menschheit. [...]

Es wäre gut, wenn man die Militärausgaben wesentlich reduzieren und für zivile Zwecke verwenden könnte, nicht zuletzt für die Unterstützung der Entwicklungsländer. Deshalb sei auf der kürzlichen Tagung des Warschauer Vertrages auch eine Erklärung über die Notwendigkeit der Unterstützung der Entwicklungsländer angenommen worden [„Zur Überwindung der Unterentwicklung und zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“, beschlossen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Pakt-Staaten am 29./30.5.1987 in Ost-Berlin]. In dieser Frage gebe es weitgehende Übereinstimmung mit der SPD.

E. Honecker betonte die Bereitschaft der DDR, die Konsultationen mit der BRD zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit regelmäßig weiter zu führen.

K. Wedemeier erwidert, er sei hoffnungsvoll, daß es zu Fortschritten bei der Abrüstung kommen werde, nicht zuletzt angesichts des Drucks der Öffentlichkeit.

Zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD erklärte E. Honecker, es bewege sich einiges trotz gewisser Irritationen in letzter Zeit. Wir wollen das verwirklichen, was in der Erklärung mit H.-J. Vogel zum Ausdruck komme. Die DDR sei für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf politischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet.

K. Wedemeier sagte, Bremen habe schon sehr früh Handelsbeziehungen mit der DDR aufgenommen. Bremen sei der Sitz des Handelsvereins BRD-DDR. Man sei interessiert, im Frühjahr 1988 im Handelszentrum in Berlin eine Ausstellung über neue Technologien im Bereich der Lebensmittelindustrie zu zeigen. Man wolle auch, daß sich DDR-Firmen in Bremen präsentieren. Für die Leipziger Frühjahrsmesse 1988 bereite man einen firmenbezogenen Stand vor. K. Wedemeier verwies auf Schwierigkeiten im Telefonverkehr nach dem Norden der BRD.

Ein großes Problem für Bremen sei die Versalzung der Weser. Er sei sehr interessiert, daß es in den Fragen der Entsalzung von

Werra und Weser vorwärts gehe.

E. Honecker erwiderte, daß die Tätigkeit des Handelsvereins BRD-DDR hoch eingeschätzt werde. Die DDR sei interessiert, den Handel mit Bremen zu entwickeln. Der Wunsch nach einer Ausstellung im Handelszentrum werde ernsthaft geprüft. Wedemeier werde über die Entscheidung informiert. Was die Telefonverbindung betreffe, so müsse man prüfen, was verbessert werden könne. Die Umstellung auf Lichtleiterkabel werde insgesamt wirksame Veränderungen bringen.

Was die Versalzung der Werra und Weser betreffe, so müsse man auch darauf verweisen, daß die Kaliabwässerungsverpressung durch die BRD die Sicherheit des Kaliabbaus in der DDR gefährde. Die DDR sei für die Fortführung der Verhandlungen. Dabei müßte ein annehmbarer Interessenausgleich gefunden werden. Die DDR habe ihre Position in einer Erklärung vom 3. Juni gegenüber der BRD nochmals klargestellt. E. Honecker übergab K. Wedemeier den Text dieser Erklärung.

H. O. Bräutigam warf ein, das Papier der DDR werde geprüft. Auch die BRD wolle ein gegenseitig akzeptables Ergebnis und die Verhandlungen zum schnellstmöglichen Zeitpunkt fortsetzen.

K. Wedemeier bedankte sich dafür, daß die DDR umfangreiche und wertvolle Archivalien an Bremen zurückgegeben habe. Er rege an, daß nun auch eine Verständigung über den Austausch kriegsbedingt verlagerter Museumsgüter erfolgen solle.

E. Honecker erklärte, die DDR sei dafür. Was ausgelagert wurde, müsse an den früheren Standort zurück. Für Hemmnisse liege die Ursache nicht bei der DDR. Es gehe hier bekanntlich um die Frage der ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘. Die DDR halte ihren Anspruch aufrecht, daß alles zurückgeführt werde.

K. Wedemeier verwies darauf, daß Bremen im Kulturaustausch mit der DDR viel getan habe, u. a. durch Kunstaustellungen. Bremen möchte das fortsetzen, z. B. erneut DDR-Kulturtag durchführen und Bremer Kulturtag in der DDR veranstalten. Man sei an Kontakten zwischen dem Mecklenburgischen Folklore-Institut und dem Zentrum

für niederdeutsche Sprache in Bremen interessiert [gemeint sind das Mecklenburgische Folklorezentrum und das Institut für niederdeutsche Sprache Bremen]. Bremen möchte auch in die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Abkommens über Wissenschaft und Technik einbezogen werden, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen. Schließlich gebe es den Wunsch, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Herz- und Kreislaufforschung der DDR in Buch und dem entsprechenden Institut in Bremen auszubauen.

E. Honecker erwiderte, daß wir den Kulturaustausch mit Bremen positiv einschätzen. Die DDR sei bereit, Bremen stärker zu berücksichtigen. Vielleicht könnte man im Rahmen der Städtepartnerschaft damit in Rostock beginnen. Man könne sich direkt mit dem Folklore-Institut in Verbindung setzen und auf Bezirksebene eine entsprechende Vereinbarung treffen. Wenn das Abkommen Wissenschaft und Technik unterzeichnet sei, könne man entsprechende Projekte in bezug auf Bremen prüfen, auch z.B. unter Einbeziehung der Universität Rostock. Was die Zusammenarbeit der Institute in Buch und Bremen betreffe, werde dies geprüft werden. Im Prinzip stehe dem nichts entgegen.

K. Wedemeier lud E. Honecker bei einem BRD-Besuch nach Bremen ein. E. Honecker dankte für die Einladung. Ob er im Rahmen eines BRD-Besuches Bremen besuchen könne, könne er jetzt nicht sagen. Vorgesehen seien Besuche in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Bayern.

K. Wedemeier drückte Genugtuung darüber aus, demnächst eine Delegation der FDJ-Fraktion der Volkskammer in Bremen begrüßen zu können. Er bedankte sich für die Einladung E. Honeckers zur Teilnahme am Staatsakt zur 750-Jahr-Feier Berlins am 23. Oktober; mit der offiziellen Antwort möchte er jedoch bis nach den Bremer Wahlen im September warten.

Abschließend wünscht E. Honecker K. Wedemeier noch einen angenehmen und nützlich-

chen Aufenthalt in Rostock. Er bat ihn, herzliche Grüße an H.-J. Vogel zu übermitteln.

An dem Gespräch nahmen teil:

Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann, Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatesrates; Karl Seidel, Leiter der Abteilung BRD im MfAA; Dr. Hans Otto Bräutigam, Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR; Dr. Hans Helmut Euler, Staatsrat, Chef der Senatskanzlei von Bremen; Reinhold Ostendorf, Leiter der Pressestelle des Senates.

*Seidel [Unterschrift]*

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

Stadtbürgerschaft

11. Wahlperiode

**Plenarprotokoll**

38. Sitzung

03. 09. 87

**38. Sitzung**

am Donnerstag, dem 3. September 1987

**Inhalt**

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	1911	<b>Ortsgesetz über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Zentralbereich Osterholz/Hahnenkamp“ und Durchführung der Sanierung nach dem vereinfachten Verfahren gemäß § 142 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB)</b>		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . .	1911	Mitteilung des Senats vom 18. August 1987 (Drucksache 11/634 S) . . . . .	1922	
<b>Fragestunde</b>				
<b>1. Umgestaltung der Hastedter Heerstraße</b>				
Anfrage der Abgeordneten Hoffhenke, Kudella, Neumann und Fraktion der CDU vom 25. August 1987 . . . . .	1911	<b>100. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet zwischen Gröpelinger Heerstraße, Schwarzer Weg, Grünzug West, Moorstraße, Pastorenweg, Johann-Kühn-Straße, Liegnitzstraße, Ortstraße, Waltjenstraße und Havemannstraße</b>		
Mitteilung des Senats vom 18. August 1987 (Drucksache 11/636 S) . . . . .				1922
<b>2. Teilerhalt des Weserkraftwerks-Gebäudes</b>				
Anfrage des Abgeordneten Helmke und Fraktion der GRÜNEN vom 28. August 1987 . . . . .	1913			
<b>Aktuelle Stunde</b>				
<b>Durchsetzung des Beschlusses der Baudeputation, daß die von der Bremer Straßenbahn neu zu beschaffenden 35 Busse behindertengerecht sein müssen</b>				
Abg. Karl-Heinz Schreiber (SPD) . . . . .	1916	↙ <b>Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik</b> Mitteilung des Senats vom 17. August 1987 (Drucksache 11/632 S)		
Abg. Helmke (GRÜNE) . . . . .	1918			
Abg. Erfurth (CDU) . . . . .	1919			
<b>D a z u</b>				
<b>Zustimmung zum Erwerb von 80 % des Stammkapitals von DM 50 000 der Hanseatischen Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH in Bremen (HAWOBEG) gemäß Artikel 101 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit Artikel 148 Abs. 1 Satz 2 Landesverfassung zum Zwecke der Regionalisierung der Neuen Heimat Bremen Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (NH-HB) zum 1. Oktober 1987</b>				
Mitteilung des Senats vom 16. August 1987 (Drucksache 11/631 S) . . . . .				1921
<b>Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik</b>				
Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 3. September 1987 (Drucksache 11/650 S)				
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . . . . .				1922

(A) Ja, das hat er dann anschließend gesagt, weil er gemerkt hat, daß Sie nicht wollten, daß er gesagt hat, er versteht — —.

(Bürgermeister Wedemeier: Das ist doch Unsinn! Sie fangen jetzt an zu lügen!)

Das ist in diesem Interview gesagt worden!

(Bürgermeister Wedemeier: Jetzt lügen Sie! — Glocke)

Ja, gut, dann müssen wir ganz offensichtlich den Oberbürgermeister zu dieser Diskussion hinzuziehen.

(Bürgermeister Wedemeier: Seien Sie froh, daß er nicht hier ist!)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, im Parlament wird nicht gelogen!

**Abg. Thomas (GRÜNE):** Das meine ich auch!

(Abg. Stichweh [SPD]: Dann soll er es nicht machen!)

Darauf angesprochen haben Sie, Herr Bürgermeister, die Verantwortung auf den Präsidenten Dr. Klink abgeschoben und dieser die Verantwortung wieder auf Sie. Herausgekommen ist, daß Sie im Wahlkampf die Früchte eines gemeinsamen Beschlusses aller Fraktionen allein ernten wollten. Während Sie vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung von Offenheit geredet haben, haben Sie in Bremen eine Politik der verschlossenen Türen betrieben. Während Sie in Rostock beschworen haben, daß bei der Städtepartnerschaft nicht Diplomatie und Etikette gelten sollen, haben Sie in Wirklichkeit Etikettenschwindel und Geheimdiplomatie praktiziert.

Wir kritisieren dieses Vorgehen nicht, weil wir etwas gegen die Städtepartnerschaft oder gegen die Rahmenvereinbarung Grundsätzliches einzuwenden hätten. Ganz im Gegenteil, wir stimmen inhaltlich dieser Vereinbarung zu. Aber die Art und Weise, wie das Rathaus die Vereinbarung als Wahlkampfcoup mißbraucht hat, hat dem Anliegen und dem Sinn einer Städtepartnerschaft geschadet. Eine reine Bürgermeisterstädtepartnerschaft nutzt niemandem.

Wir wollen, daß die Städtepartnerschaft durch vielfältige Begegnungen mit Leben erfüllt wird. Partnerschaften müssen von unten wachsen. Es braucht Zeit, Vertrauen, Lernfähigkeit und Dialogbereitschaft hüben und drüben, um zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten beizutragen. Aber wie sollen diese Eigenschaften entwickelt werden, wenn den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine Städtepartnerschaft von oben verordnet wird? Wie soll Vertrauen entstehen, daß eine Städtepartnerschaft nicht nur zum Treffpunkt von Funktionären und Honoratioren bei-

der Seiten wird, wenn schon im Vorfeld alles getan worden ist, um genau diesen Eindruck zu erwecken? (C)

Herr Wedemeier, Sie haben durch Ihr Vorgehen der Städtepartnerschaft keinen guten Dienst erwiesen und eine Chance vertan. Wir fordern Sie auf, diesen Fehler zu korrigieren und das weitere Vorgehen mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen abzustimmen!

(Abg. Frau Leinemann [SPD]: Also nicht den GRÜNEN!)

Das ist aber ein witzige Zwischenbemerkung gewesen, Frau Leinemann! Da sprechen wir uns nach den Wahlen wieder!

(Abg. Frau Leinemann [SPD]: Ja!)

Da wir ein grundsätzliches Interesse an einer Normalisierung und einem gleichberechtigten Dialog zwischen beiden deutschen Staaten haben, wollen wir uns für unseren Teil mit konstruktiven Vorschlägen an der weiteren Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung beteiligen. Auch wir haben aufgrund der grundsätzlichen Probleme zwischen den beiden deutschen Staaten nicht die Illusion, man könnte im Rahmen einer Städtepartnerschaft Berge versetzen. Dennoch sind die Bedingungen für die Entwicklung normaler Beziehungen günstiger als je zuvor.

Selbst die jetzige Bundesregierung kommt nicht darum herum, die nach dem zweiten Weltkrieg gewachsenen politischen Realitäten in Europa anzuerkennen. Der nach langem Tauziehen zustande gekommene Besuch von Erich Honecker signalisiert, daß der zwischenstaatliche Dialog an Normalität gewinnt. Nicht normal dagegen ist immer noch der gesellschaftliche Dialog zwischen den Deutschen in Ost und West. Auf der einen Seite gibt es nach wie vor genug Quertreiber in den Bonner Regierungsparteien, die jede Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten torpedieren und ihre revancharischen Ansprüche offen formulieren. Auf der anderen Seite trägt die DDR durch ihre militarisierte Grenze mit Mauer und Schießbefehl und der Verweigerung von Freizügigkeit für ihre Bürgerinnen und Bürger zur Anormalität bei.

Diese Probleme können wirklich nicht durch eine Städtepartnerschaft gelöst werden. Aber wenn die Vereinbarung zwischen Bremen und Rostock ernst genommen werden soll, muß sie sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich dazu beiträgt, wie es in der Rahmenvereinbarung heißt, die Bürger ihrer Städte mit dem gesellschaftlichen Leben in der Partnerstadt bekanntzumachen.

Sieht man sich unter diesem Gesichtspunkt den Jahresplan 1988 zur Realisierung der Rahmenvereinbarung, aus dem Sie eben zitiert und berichtet haben, Herr Wedemeier, an, so sind Zweifel daran erlaubt, daß die Städtepartnerschaft diesem Anspruch bisher gerecht wird. Wegen der überstürzten Vertragsunterzeichnung sind die vereinbarten Projekte sowohl von der Quantität als auch von der Qualität

- (A) her unseres Erachtens weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben, die bei einer ausführlichen offenen Beratung hätten realisiert werden können. Zählt man die Anzahl der Personen zusammen, die von Rostock nach Bremen kommen sollen, so kommt man auf zirka maximal 70 bis 80 Personen. Davon gehören mindestens drei Viertel zu offiziellen staatlichen Organen oder Organisationen der DDR.

(Bürgermeister Wedemeier: Auch das ist falsch!)

Das werden wir ja sehen! Während in der Rahmenvereinbarung selbst die besondere Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden in Europa beschworen wird und das ein Kernstück dieser Vereinbarung ist, enthält der Jahresplan 1988 nicht ein einziges Projekt für diesen Bereich.

Daß es auch anders geht, zeigen wiederum die Erfahrungen aus Eisenhüttenstadt und Saarlouis. Obwohl es sich um wesentlich kleinere Gemeinden handelt, sind schon für 1987 Projekte vereinbart worden, an denen wechselseitig mehr als 100 Personen teilnehmen. Außerdem findet ein Friedenssymposium statt, an dem auch die anderen Partnerstädte von Saarlouis und Eisenhüttenstadt beteiligt werden. Auch das wäre eine Möglichkeit für die Ausgestaltung der Partnerschaft zwischen Rostock und Bremen, Herr Bürgermeister. Vielleicht können wir da auch von Saarlouis und Eisenhüttenstadt noch lernen.

(B)

(Bürgermeister Wedemeier: Ist auch schon etwas älter, die Partnerschaft!)

Sicher, ich sage ja auch, wir können davon lernen und sollen diese unsere hier auch gestalten. Es sollen ja auch Vorschläge sein, auch für die weitere Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wenn die Partnerschaft mit Rostock wirklich das Ziel verfolgen soll, Vertrauen zu schaffen, Feindbilder abzubauen und den Dialog zwischen den Menschen zu beleben, dann geht es nicht an, daß die konkreten Projekte sich auf den Austausch offizieller Institutionen und Organisationen beschränken. Eine Städtepartnerschaft lebt vom direkten Kontakt der Bürgerinnen und Bürger untereinander, lebt vom Erfahrungsaustausch staatlich nicht reglementierter gesellschaftlicher Gruppen. Natürlich muß ein Dialog aufgebaut und entwickelt werden. Aber es wirft einen Schatten auf die Städtepartnerschaft, wenn schon im Vorfeld Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausgegrenzt oder ausgeklammert werden.

Wir erwarten vom Senat, daß er sich ohne Vorbehalt dafür einsetzt, daß Vertreter aller politischen und gesellschaftlichen Kreise aus Bremen wie aus Rostock sich an der Städtepartnerschaft aktiv beteiligen können. Gegenwärtig hält sich eine Gruppe von Christen aus der DDR in unserer Stadt auf, um an den Feierlichkeiten zum 1200. Jahrestag der Kirche in Bremen teilzunehmen. Die Delegation der evangeli-

schen Kirche aus der DDR hat Ihnen, Herr Wedemeier, eine Einladung zum Kirchentag nach Rostock 1988 mitgebracht. Warum sollte eine Gruppe engagierter Christen, zum Beispiel von der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Sie nicht begleiten? Warum sollten nicht umgekehrt Vertreter aus Gemeinden in Rostock von Ihnen als Senator für kirchliche Angelegenheiten eine Einladung nach Bremen erhalten?

(C)

Wir verstehen die Rahmenvereinbarung nicht als Korsett, in das zukünftig alle Kontakte zwischen Bremen und Rostock eingezwängt werden sollen, sondern sprichwörtlich als Rahmen, in dem vielfältige soziale, kulturelle und politische Kontakte gedeihen können, das heißt, staatliche und gesellschaftliche Institutionen und Gruppen wie zum Beispiel die Universität, die Schulen, der Landesjugendring, Kirchen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen sollten nicht nur an der Ausfüllung der Jahrespläne beteiligt werden, sondern auch von sich aus aktiv werden, um Einladungen an Vertreter entsprechender staatlicher und gesellschaftlicher, also auch nichtstaatlicher Organisationen auszusprechen.

Wir sind uns bewußt, daß eine Städtepartnerschaft auch eines gewissen institutionellen Rahmens bedarf, um Kontakte auf verschiedenen Ebenen anzubahnen. Unseres Erachtens sollte die Gründung — und auch das ist ein Vorschlag von uns, Herr Wedemeier — einer Deutsch-Deutschen Gesellschaft, in der Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen in Bremen repräsentiert sind, in Erwägung gezogen werden. Ähnlich wie die Deutsch-Polnische und die Deutsch-Sowjetische Gesellschaft könnte eine Deutsch-Deutsche Gesellschaft zu einem wichtigen Scharnier zwischen hoch-offiziellen und normalen gesellschaftlichen Kontakten werden und den zukünftigen Dialog zwischen den beiden neuen Partnerstädten bereichern. Gleichzeitig sollte die Deutsch-Deutsche Gesellschaft zu einem Instrument der Aufklärung und Information über die politische und gesellschaftliche Realität der DDR im allgemeinen und der Stadt Rostock im besonderen werden, und zwar jenseits ideologischer Vorurteile und natürlich auch jenseits anti-kommunistischer Propaganda.

(D)

Meine Damen und Herren, all diese Beispiele zeigen, daß es Möglichkeiten genug gibt, die Städtepartnerschaft mit Leben zu erfüllen. Auch wir wollen nichts überstürzen, Herr Wedemeier, auch wir wissen, daß eine Städtepartnerschaft mit der DDR nicht nur von unten, sondern auch langsam wachsen muß und auch die Unterstützung vor allen Dingen der Landesregierung braucht. Wir verstehen unsere Vorschläge als Angebote und wollen zum Gelingen der Städtepartnerschaft beitragen. Auch wenn es am Anfang Kritik gab am Zustandekommen, nicht an den Inhalten dieser Rahmenvereinbarung, Herr Bürgermeister, jetzt sind Sie am Zuge, das Angebot der konstruktiven Zusammenarbeit auch von uns anzunehmen. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

**Abg. Kunick (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt die förmliche Beschlußfassung über diesen Vertrag und die Annahme des Vertragswerks hier im Haus.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Den Antrag hat mir der Abgeordnete Kunick schon schriftlich vorgelegt.

**Abg. Kunick (SPD):** Der Präsident hat gesagt, es bedürfe eines solchen schriftlichen Antrags.

**Präsident Dr. Klink:** Er muß ja ausgedruckt werden und eine Drucksachen-Nummer erhalten.

**Abg. Kunick (SPD):** Ja! Wir sehen in dieser Rahmenvereinbarung ein Stückchen Zusammenhalt der deutschen Nation, Herr Abgeordneter Klein, insoweit einig. Nur, um gleich wieder mit Iovi und Bovi weiterzugehen, hätte der Bovi in der Verhandlungsdelegation in Rostock gesessen und als erstes einmal seiner tiefsten Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Deutsche Demokratische Republik eine genauso fürchterliche Diktatur sei wie Chile, ich weiß nicht, ob wir diesen Vertrag heute auf dem Tisch hätten.

(B) (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Es wird wohl noch einiger Abklärungen bedürfen im weiteren, um den Umgang miteinander zu klären, Herr Kollege Klein. Sie werden auf die Kollegen der CDU treffen dortselbst, über deren demokratische Mitwirkung im Staat Sie Ihre eigenen Gedanken haben, wir werden dort auf Stadträte treffen, die der SED angehören, jener Partei, die durch Zwangsvereinigung mit der SPD von der KPD gebildet worden ist und zu der wir tiefe ideologische Differenzen haben und gleichzeitig den Willen, den praktischen Umgang in Deutschland so zu regeln, daß es für die Menschen dienlich ist.

Dies bedarf dann schon eines großen Maßes an Weglassen bestimmter Reizthemen oder einer sehr ruhigen Behandlung derselben, denn wenn wir uns einig sein sollten in dem Ziel, daß doch bitte eines Tages die Polizisten an der alten Stadtmauer, wenn sie die Menschenströme nach ihren Personalausweisen ansehen, wenn die alte Stadtmauer noch gebraucht wird, zwischendurch an der Kneipe zur Mauer ein gemeinsames Bier nehmen sollen, weil die Kontrolle von Hunderttausenden von Berlinern nach Berlin, von Berlin-Ost nach Berlin-West und von West nach Ost zu anstrengend ist, wenn wir dahin wollen wenigstens, daß eines Tages die Polizisten beider Seiten miteinander ein Bier nehmen können, und das ist schon viel im Vergleich zu heute, dann können wir natürlich nicht immer die alten Geschichten wieder aufwärmen.

Da komme ich gleich zu der Stelle in Salzgitter. Wenn diese zu etwas nütze ist, Herr Kollege Klein, dann wäre es doch dazu, Akten für zukünftige Anlagen vorzubereiten. Dazu ist sie doch eingerichtet worden. Wenn man in der Bundesrepublik Deutschland sich vorbehält, gewissermaßen die Staatsanwaltschaften scharfzumachen für die Behandlung der anderen deutschen Republik, von der auch wir feststellen, sie ist nach unseren Vorstellungen nicht demokratisch, Herr Kollege Klein, dann sind alle Wege, mit denen Sie die Hammer-und-Zirkel-Fahne hochziehen lassen in einigen Tagen, die Hymne abspielen lassen, Holzwege. Sie werden sich schon endgültig auf die Politik einrichten müssen, wo bei hochgezogener Hammer-und-Zirkel-Flagge politisch beredet wird, daß es nicht angehen kann, daß in Deutschland noch geschossen wird, und daß bestimmte Dinge nicht angehen können, und politisch muß man den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei der SPD)

Wer noch mit Salzgitter-Instrumenten glaubt, das regeln zu können, der ist in der Tat noch nicht weit genug weg von der Epoche, die zwischen 1949 und 1961 und noch einige Jahre danach westdeutsche Realität war. Ich dachte, wir hätten das auch mit dem gemeinsamen Beschluß überwunden. Ich habe seinerzeit gestaunt, daß die Union da mitgemacht hat, als wir nämlich hier im Parlament beschlossen haben, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Deutschen Demokratischen Republik — in Langschrift — und anderen Staaten des Ostens ähnlich freundschaftliche Beziehungen entwickeln sollte wie zu den Staaten des Westens. Das haben Sie mitbeschlossen, Herr Kollege Klein!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Kunick, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Klein anzunehmen?

**Abg. Kunick (SPD):** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Klein!

**Abg. Klein (CDU):** Herr Kollege, wie stehen Sie denn zu der wirklich wahrheitsgemäßen Feststellung, daß bei den zehn Städtepartnerschaften mit Städten in der DDR, die mittlerweile vereinbart worden sind, doch mit Ausnahme von Bremen die Länder, in denen diese bundesrepublikanischen Partnerschaftsgemeinden sich befinden, ihre Zusammenarbeit mit Salzgitter nicht eingestellt haben?

(Bürgermeister Wedemeier: Natürlich, Saarland! Es ist doch schon wieder falsch, Herr Klein!)

**Abg. Kunick (SPD):** Ich wurde gefragt, ich höre verschiedene Meinungen, antworte jetzt,

(Abg. Klein [CDU]: Der SPD, aber nicht die anderen!)

(C)

(D)

- (A) selbst wenn das so wäre, Herr Klein, daß es alle wären, ich höre, es ist anders, aber darauf kommt es gar nicht an, sondern ich würde das für antiquiert und zwiespältig halten, damit Sie eine klare Antwort bekommen,

(Beifall bei der SPD)

genauso, wie ich es geradezu für idiotisch halte, in welcher Art wir über die Grenze an der Elbe reden, ob sie nun an der einen Flußseite oder in der Mitte verläuft, und die ganze Bundesrepublik Deutschland beginnt zu wanken, wenn diese Grenze anders liegen sollte als die Grenze an der Oder, die auch in der Mitte ist. Aber daran hängt ja zum Teil ein Fortkommen der Beziehungen beider Staaten, daß an einem solchen Punkt ein derartiges Trara gemacht wird. Wenn eine Bundesregierung da weiter war, hat die niedersächsische Landesregierung einen großen Zirkus veranstaltet, so, als wären dies essentielle Probleme.

Herr Kollege Klein, das Nicht-Salzgitter-Bezuschussen und das tatsächliche Auflösen von Salzgitter, was bestimmt kommen wird, bedeutet ja noch lange nicht, daß in der Bundesrepublik Deutschland nicht sehr sorgfältig gesehen und öffentlich und politisch registriert wird, wenn eine Demonstration in Jena stattfindet, die sich für Abrüstung ausspricht und, weil sie nicht von Staatsorganisationen angeleitet worden ist, dann dort von der Polizei aufgelöst wird, und wenn womöglich noch der eine oder andere Demonstrant mit den Staatsorganen negativen Kontakt bekommt. Dies alles politisch zu bewerten und in der Bundesrepublik lautstark, wenn es denn hilft, daraus auch Schlüsse zu ziehen, es einzubringen in deutsch-deutsche Gespräche, das ist doch die eine Sache, eine andere Sache aber, Straftaten anzufertigen.

Das ist der Geist der unmittelbaren Nachkriegsjahre, das ist der Geist, in dem wir die Deutsche Demokratische Republik in einer negativen Art und Weise auch mitgegründet haben, uns in einer Art und Weise abgrenzten, daß die anderen um so mehr machen konnten, was sie wollten, weil wir nicht in ziviler Art und Weise mitgemischt und mitgeredet haben, sondern immer mit zu scharfen Instrumenten das versuchten.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Vertrag ausdrücklich. Sie hofft, daß dieser Vertrag, und ein erster Schritt kann es ja nur sein, ihn abzuschließen, im Laufe der Jahre mehr und mehr mit Leben erfüllt wird, und Leben heißt mehr und mehr Menschen, mehr und mehr Gruppen Rostocker in Bremen und Bremer in Rostock. Ich weiß vom Präsidenten des Senats, daß er seinerzeit, als der Partnerschaftsgeanke vom Rathaus aufgenommen und intensiv verfolgt wurde — und da ging es noch gar nicht unbedingt um Rostock —, mir einmal gesagt hat, er täte das deswegen, um vielen Menschen in Deutschland die Möglichkeiten zu geben, den anderen Teil zu sehen, und zwar im Rahmen einer Städtepartnerschaft

- (C) günstiger, als es in den allgemeinen Reisebedingungen möglich ist.

Das ist die Motivation, und die sehen wir in diesem Vertrag bestätigt. Ich finde, eine ganz bestimmte Art, das Ganze nun so in einer Neid-Debatte, „wir sind nicht dabeigewesen“ — also in den kommenden Jahren sind wir hoffentlich immer dabei —, zu behandeln, das dient der Sache doch nicht, meine Damen und Herren. Ich bin überhaupt nicht bereit, mich darauf einzulassen.

Den Zwischenruf meines Vorgängers Klaus Wedemeier kann ich natürlich auch nicht aus den Protokollen tilgen, er war in der Sache auch richtig. Wir können im übrigen hier, finde ich, auch nicht lange debattieren, was es noch an Problemen in unserem kleinen Ländchen gibt. Ich halte es für ziemlich kleinkariert, über die Repräsentation des Parlaments, die Repräsentation des Senats, der für die Außenvertretung Bremens zuständig ist, und die Frage, wie oft beide Präsidenten auf irgendeinem Terrain gemeinsam auftreten und was dahinter alles gesteckt haben mag, hier lange zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diese Rahmenvereinbarung, wir begrüßen Sie, und wir werden ihr zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier. (D)

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt noch Bedarf, nicht hier und heute, aber vielleicht auch einmal bei einer anderen nichtöffentlichen Gelegenheit, über Sinn und Zweck solcher Partnerschaften nachzudenken, und ich denke, bei Ihnen besteht auch noch Bedarf, darüber nachzudenken, was Sie sich eigentlich bei Ihrem Antrag damals gedacht haben.

Die Kritik an dem Verfahren habe ich hinzunehmen, aber mich betrübt doch und macht nachdenklich, was ich anschließend von Ihnen gehört habe. Das kann sich nicht mehr um das Verfahren gehandelt haben. Sie haben übrigens zum Verfahren, nur für das Protokoll, falsche Daten genannt. Das Treffen der Oberbürgermeister in Ost-Berlin war Anfang Juni. Ich habe dort nicht Herrn Honecker getroffen, sondern Herrn Dr. Schleiff. Anfang Juli war ich bei Generalsekretär Honecker und anschließend auch in Rostock. Die Verhandlungen haben in Bremen stattgefunden und nicht in Rostock. Das macht aber nichts, auf solche Genauigkeiten kommt es nicht an.

Herr Klein, wenn wir solche empfindlichen Städtepartnerschaften mit der DDR abschließen — es ist ja keine Städtepartnerschaft wie mit Riga, Haifa oder Dalian, denn man schließt ja normalerweise Städtepartnerschaften mit Städten anderer Länder, und

(A) hier haben wir einen Konflikt zwischen der DDR und der Bundesrepublik, ob die DDR nun Ausland ist oder nicht —, dann ist das eine viel zartere Pflanze als die Städtepartnerschaften, die wir bisher abgeschlossen haben.

Wenn sie, meine Damen und Herren, das muß ich jetzt einmal ganz offen sagen, für eine außenpolitische Diskussion auf kommunaler Ebene mißbraucht werden soll, kann ich davor nur warnen. Davor kann ich nur warnen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn das dahinterstehen sollte, dann hätten wir in der Tat einen Fehler gemacht.

Ich sage noch einmal zu Salzgitter: Wir haben den Ausstieg aus der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter Monate vor meiner Reise zum Oberbürgermeister treffen beschlossen. Ich war übrigens beim Oberbürgermeistertreffen dem Stuttgarter Oberbürgermeister sehr dankbar, daß er als einziger CDU-Bürgermeister den Mut gehabt hat, gegen die Haltung seiner Parteiführung nach Ost-Berlin zu fahren und menschliche Kontakte zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

partnerschaften kann man nicht erkaufen, und die DDR läßt sich Städtepartnerschaften auch nicht abkaufen, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dann habe ich die herzliche Bitte, daß wir in dem Zusammenhang, es ist eine kommunale Städtepartnerschaft, nicht Fragen in den Vordergrund stellen — und da hat es mich überrascht, was Sie gesagt haben, weil Herr Neumann da mit mir einer Meinung war —, die wirklich zentralstaatlich gelöst werden müssen. Ich habe ausdrücklich auch in Rostock betont, daß zum Beispiel die Fragen der gegenseitigen Anerkennung von Grenzziehungen nicht in solchen Rahmenvereinbarungen gelöst werden können. Sie sind auch nicht im Rahmen des Austausches, der stattfindet, zu lösen.

Allerdings würde es die DDR, also Rostock in diesem Fall, sicherlich nicht als freundschaftlichen Akt im Rahmen der Städtepartnerschaft oder als einen Akt des Aufeinanderzugehens betrachten, wenn Sie hier die DDR pauschal mit Chile vergleichen, mindestens, haben Sie gesagt. Das weise ich zurück!

(Beifall bei der SPD)

Das ist für eine solche Partnerschaft wirklich nicht sehr hilfreich!

Wir wissen beide, daß es in der DDR einiges zu bemängeln gibt. Damit halte ich nie hinterm Berg, und das würde ich auch immer in der Öffentlichkeit sagen. Aber im Rahmen einer Städtepartnerschaft diesen Staat nun mit Chile zu vergleichen — es hätte nur noch gefehlt, daß Sie uns jetzt eine Partnerschaft mit Santiago antragen, weil wir auch eine mit Rostock abgeschlossen haben —, ich glaube, da haben Sie sich verritten.

Dann noch etwas! Sie sagen, wenn die CDU bei den Verhandlungen dabeigewesen wäre, hätte das Ergebnis anders ausgesehen. Wahrscheinlich, darüber habe ich mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden auch schon diskutiert, haben Sie den Text studiert, haben ihn mit anderen Texten verglichen und haben festgestellt, daß wir bei der Präambel sehr viel vorsichtiger gewesen sind als andere Städte, auch da, wo Sie beteiligt waren. Sie waren in der Tat bei den anderen beteiligt. Sehr viel vorsichtiger sind wir hier in Bremen gewesen. Wir hätten also bei der Präambel mit Ihnen zusammen kein besseres Ergebnis erzielt, auch nicht beim Korb drei.

Wir hatten allerdings folgendes zu beachten, und da unterscheiden wir beide uns, und das scheint mir hier durchzuklingen: Es war die sozialliberale Koalition, die die KSZE-Schlußakte unterschrieben und im Parlament in Bonn beschlossen hat. Ihr Verhalten ist ja bekannt, Sie haben sie nicht mit beschlossen. Sie haben auch den Grundlagenvertrag nicht mit beschlossen. Aber wir haben natürlich als Senat, von Sozialdemokraten gestellt, diese beiden von uns, von der damaligen Bundesregierung unterzeichneten

(B) Wir haben diesen Beschluß Monate vorher im Senat gefaßt. Wir haben uns das sehr wohl überlegt. Dieser Beschluß ist nach Absprache mit den anderen sozialdemokratisch regierten Ländern zustande gekommen. Die Begründung für den Beschluß hat Herr Kunick geliefert, das waren auch unsere Beweggründe damals. Wir haben diesen Beschluß mit Absicht nicht veröffentlicht, weil wir diesen Vorwurf geahnt haben. Die Haushaltspläne waren übrigens schon gedruckt. Dann haben die GRÜNEN irgendwann Ende Juni oder im Juli, glaube ich, den öffentlichen Antrag gestellt, ich glaube, es war im Juli,

(Abg. T h o m a s [GRUNE]: In der Deputation!)

man möge doch die Summe wieder streichen, und daraufhin haben wir öffentlich geantwortet, daß wir diesen Beschluß längst gefaßt hätten.

Sie können Herrn Bräutigam fragen, der in Ost-Berlin an dem Gespräch teilgenommen hat, es ist zu keiner Zeit und zu keiner Stunde bei meinem Besuch in Ost-Berlin die Frage der Erfassungsstelle in Salzgitter von uns oder von der anderen Seite angesprochen worden! Sie haben nicht gewußt, daß wir die Summen gestrichen haben. Ich habe das auch mit Absicht dort nicht erwähnt. Was Sie da gesagt haben, ist eine Unterstellung. Ich habe das Ihrem Fraktionsvorsitzenden schon einmal erklärt.

Aber Sie bringen das natürlich, weil Sie meinen, wieder behaupten zu müssen, wie Herr Neumann es schon gemacht hat, daß wir diese Städtepartnerschaft erkauf hätten. Sie haben diese Städtepartnerschaft gewollt, wir alle haben sie gewollt. Städte-

(A) Abkommen zugrunde gelegt und überhaupt keinen Anlaß, auch nur einen Millimeter von diesen beiden Abkommen abzuweichen.

In diesen Abkommen ist die Souveränität der Staaten garantiert. In diesem Zusammenhang muß man dann die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter auch einmal diskutieren. Man muß diskutieren, was man dort unterschreibt und warum man hinterher gegenüber einem souveränen Staat der Meinung ist, dem man gerade die Souveränität bescheinigt hat, eine solche Stelle noch aufrechterhalten zu wollen. Das ist das Problem.

Also, Herr Klein, es hat, glaube ich, wenig Sinn, die Diskussion — und ich denke, es würde der Partnerschaft auch schaden — in der Öffentlichkeit weiterzuführen. Ich bitte alle darum, daß wir uns auf das beschränken, was uns hier zusteht, nämlich eine kommunale Partnerschaft!

Herr Thomas, auch von Ihnen nehme ich die Kritik hin. Der Präsident und ich haben übrigens kein Schwarzes-Peter-Spiel betrieben, das ist nicht richtig. Richtig ist aber, daß drüben eine Person das macht, was wir hier zu zweit machen, und daß wir deshalb vereinbart haben, wie es jeweils mit den Delegationen zu laufen hat.

Ihre Bemerkung, wir hätten gesagt, Rostock hätte Geheimhaltung verlangt, ist falsch! Wir haben beide vereinbart, daß der Vertrag nach der Unterzeichnung veröffentlicht wird. Da hat nicht der eine vom anderen etwas verlangt.

(B)

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Das ist im Rathaus so gesagt worden!)

Das ist falsch, das ist auch nicht im Rathaus so gesagt worden. Es war immer eine gegenseitige Vereinbarung. Es soll auch nicht nur ein Treffen von Funktionären werden. Was sind Sie denn, wenn Sie mit dem Schiff für sechs Stunden hinfahren? Sie sind auch nur Funktionäre, mehr sind Sie nicht! Aber in der Zeitung tun Sie so, als ob Sie die Basis seien.

(Beifall bei der SPD)

Sie meinen wahrscheinlich uns, wenn Sie von Funktionären sprechen, und sich selbst, wenn Sie von der Basis sprechen.

(Abg. T h o m a s [GRÜNE]: Nein, nein!)

Sie beschwerten sich darüber, daß Sie als Funktionäre nicht mitfahren dürfen. Hier beschwerten Sie sich darüber, daß Funktionäre hin- und herfahren. Schauen Sie sich den Arbeitsplan an! Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind doch falsch! Ich weiß gar nicht, was das soll. Sind die Schüler der Jugend- und Volksmusikschule Funktionäre? Das sind 30 Jugendliche! Das ist totaler Schwachsinn, was Sie da erzählen!

(Beifall bei der SPD)

Das sind genau die, die wir dorthin haben wollen. Ich bedanke mich schon dafür, daß Sie auf jede Mitreise verzichten, damit einer mehr von denen fahren kann!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. T h o m a s [GRÜNE])

Herzlichen Dank! Aber wenn man die Bevölkerung zusammenbringen will, dann müssen Menschen wie wir beide, die Funktionäre sind, so etwas auch einleiten. Dann müssen wir mit denen da drüben sprechen, anders kommt das gar nicht in Gang. Das muß man doch auch einmal sehen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist bisher auch nicht anders geworden. Das, was wir machen können, gibt die Jahresplanung 1988 her.

Jetzt will ich Ihnen noch einmal etwas zu der zarten Pflanze sagen, Sie haben das ja mit Eisenhüttenstadt verglichen, Eisenhüttenstadt ist übrigens 1985 abgeschlossen worden! Schauen Sie sich noch einmal die Jahresplanung 1986 mit Eisenhüttenstadt an, schauen Sie sich auch die anderen Jahresplanungen für das erste Jahr danach an! Sie werden dann feststellen, daß das alles sehr, sehr vorsichtig anläuft.

Wir haben es hier mit großen Schwierigkeiten zu tun. In der SPD-Fraktion sitzen einige, mit denen ich einmal 1971 als Juso-Funktionär versucht habe, mit der FDJ Kontakte aufzunehmen. Sie wissen, wie schwer das Ganze überhaupt ist, für die und für uns übrigens, jeder aus seiner Sicht. Für die war es auch nicht einfach, mit uns umzugehen, für uns war es schwer, mit denen umzugehen. Hier ist es natürlich ähnlich, wir haben unterschiedliche Vorstellungen, auch von der Repräsentanz. Wir sind schon einen Schritt weiter, als es damals Eisenhüttenstadt war. Ich wäre froh, wenn das, was für 1988 vereinbart worden ist — vorher wird es ja noch den Besuch der Parlamentsdelegation geben, und der Oberbürgermeister kommt noch —, durchgeführt wird und erfolgreich ist und wenn wir dann für 1989 einen Schritt weiter gehen können.

Ich denke, daß es nach 40 Jahren Spaltung und nach der Entwicklung, die wir durchgemacht haben — zwei souveräne deutsche Staaten mittlerweile —, ein Erfolg ist, endlich zu solchen Partnerschaften zu kommen, und daß es angesichts der Zeitspanne der vergangenen 40 Jahre doch nicht zuviel ist zu verlangen, daß man hier nicht von Anfang an alles erwartet, sondern sich bemüht, im Laufe der Zeit dies weiter zu pflegen, damit wir zu einem Erfolg kommen und all das erreichen, was wir bisher durch revanchistisches Hinundhergerede nicht erreicht haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. T h o m a s [GRÜNE]: Ich wollte eine Frage stellen an den Bürgermeister!)

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Die Redezeit ist aber abgelaufen! Aber wenn das Haus einverstanden ist! Doch dann beklagen Sie sich nicht!

(Abg. Klein [CDU]: Wenn wir stundenlang über die Behinderten in der Straßenbahn reden können, dann können wir auch so lange über Rostock reden! — Bürgermeister Wedemeier: Ich finde es schon wichtig, über die Behinderten in der Straßenbahn zu reden! — Glocke)

Jetzt sind wir bei Rostock! — Bitte sehr, Herr Thomas!

Abg. Thomas (GRÜNE): Herr Bürgermeister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich nicht davon gesprochen habe, daß nur Funktionäre kommen, sondern daß ich in meiner Rede gesagt habe, daß mindestens drei Viertel zu offiziellen staatlichen Organen und Organisationen der DDR gehören werden? Nachprüfen können wir das natürlich erst, wenn sie kommen! Aber nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß ich keinen Schwachsinn erzähle!

**Bürgermeister Wedemeier:** Ich habe gehört, was Sie erzählt haben.

(Abg. Thomas [GRÜNE]: Scheinbar doch nicht!)

(B) Damit fängt es ja an: Wenn Sie jetzt schon der DDR den Vorwurf machen, den Rostockern den Vorwurf machen, daß sie sowieso nur Funktionäre schicken,

(Abg. Thomas [GRÜNE]: Die Gefahr besteht!)

was setzen Sie eigentlich dann in diese Partnerschaft?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen jetzt einmal etwas sagen! Ich habe nicht zu denen gehört, die hier eine solche Partnerschaft angeregt haben. Das Parlament hat eine solche Partnerschaft beschlossen. Sie können Kritik am Verfahren üben, ich nehme das hin und auf. Aber wenn Sie eine solche Partnerschaft beschließen, wir einen solchen Erfolg erzielen, ist es sehr enttäuschend, wenn einzelne von Ihnen hinterher herummäkeln, statt diese Partnerschaft mit Leben auszufüllen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Dennoch muß ich sagen, ein Abgeordneter verbreitet keinen Schwachsinn! Ob seine Ausführungen einen Sinn ergeben, hängt von jeweiligen politischen Standpunkt ab.

(Bürgermeister Wedemeier: Wenn Sie das Wort jetzt auch noch verbieten wollen!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

(C) Abg. Fücks (GRÜNE \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe bei der CDU — Glocke — Abg. Stichweh [SPD]: Wir sind jetzt auf dem richtigen Niveau!)

Ich werde mich nicht auf das Niveau begeben, das gerade der Herr Bürgermeister betreten hat, das will ich Ihnen einmal sagen!

Erstens: Der Zweck heiligt nicht die Mittel, und der Erfolg des Abschlusses der Städtepartnerschaft mit dem Vertrag, den wir inhaltlich billigen, rechtfertigt nicht die Art und Weise, wie er zustande gekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können nicht eine Kritik am Prozedere einfach als kleinliches Gemäkel hinwegfegen,

(Bürgermeister Wedemeier: Das habe ich nicht gemacht!)

wenn Herr Klein von der CDU und wenn wir sagen, damit seien auch Rechte des Parlaments verletzt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Das muß sich die Exekutive schon gefallen lassen.

(D) Zweitens: Herr Bürgermeister, ich muß noch einmal ausdrücklich darauf bestehen, daß man uns, und zwar unserem Geschäftsführer Rainer Oellerich und mir, als wir im Rathaus waren, um in den Vertragsentwurf Einsicht zu nehmen, gesagt hat, die Geheimhaltung dieses Vertrages sei bis zur Unterzeichnung auf dringliches Ersuchen Rostocks vereinbart worden, das sei Conditio sine qua non der Rostocker Seite gewesen.

(Bürgermeister Wedemeier: Das stimmt überhaupt nicht!)

Wir bezeugen, daß uns das so erklärt worden ist. Wenn es nicht stimmt, dann müssen Sie sich doch einmal fragen lassen, warum Sie sich an dieser Geheimhaltungspraxis beteiligt haben.

Drittens: Sie haben hier noch einmal gesagt, es sei mit der Rostocker Seite vereinbart worden, daß es jeder Seite überlassen bleibe, wie sie die Delegation zusammensetze und die Verhandlungen ausgestalte. Wenn das so ist, daß jede Seite diese Freiheit hatte, warum haben Sie dann, die Frage ist doch um so gerechtfertigter, die parlamentarischen Parteien nicht einbezogen? Ich will jetzt nicht weiter darauf herumreiten, weil ich es gegenüber dem Resultat als zweitrangig betrachte. Ich habe mich jetzt gemeldet, weil das jetzt nach Ihren Anwürfen noch einmal richtiggestellt werden mußte.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Weiterhin will ich noch einmal meinen persönlichen Eindruck schildern, den ich auf dieser Reise nach Rostock gewonnen habe, wobei der Unterschied ja nicht der ist, daß wir Funktionäre seien und Herr Wedemeier etwa nicht, das ist gar nicht der Punkt! Der Punkt ist, erstens, es darf keine Regierungsseite bleiben, es besteht nämlich ein Unterschied zwischen Parlamentariern und der Exekutive. Zweitens: Wen haben wir dort ganz bewußt besucht? Wir haben Mitglieder der unabhängigen Friedensbewegung besucht, die sich unter dem Dach der Kirche in der DDR sammeln, zum Teil aus religiöser Überzeugung, zum Teil, weil die Kirche der einzige gesellschaftliche Schutzraum außerhalb der SED ist.

Sie haben uns drei zentrale Botschaften mitgegeben. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit doch auch noch einmal sagen. Erstens haben sie zu uns gesagt, für uns, also für diese außerhalb der SED stehenden gesellschaftlichen Bewegungen in der DDR, ist es Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg der Städtepartnerschaft, ob damit der Weg für einen direkten Dialog, für einen ungefilterten Dialog von Bürger zu Bürger geöffnet wird. Für uns ist es entscheidend, ob auch die gesellschaftlichen Gruppen in der DDR, die sich außerhalb der Exekutive befinden, Zugang zu diesem Austausch haben, ob sie an Delegationen beteiligt werden, ob sie besucht werden können. Daran müssen wir den politischen Erfolg oder Mißerfolg dieser Partnerschaft messen.

Zweitens haben sie zu uns gesagt, und das ist —

(B) (Abg. **Stichweh** [SPD]: Immer den Schulmeister heraushängen!)

Ich berichte, was uns gesagt worden ist, Herr Stichweh, vielleicht hören Sie einmal zu!

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Sie können doch dem anderen nicht ständig vorschreiben, wie er sich zu verhalten hat!)

Hören Sie doch einmal zu! Zweitens haben sie zu uns gesagt — und das ist eher an die Adresse der CDU —: Ihr müßt anerkennen, daß sich inzwischen so etwas wie eine Eigenstaatlichkeit der DDR herausgebildet hat und auch ein eigenes Staatsbewußtsein der Bevölkerung. Das sagen Leute zu uns, die, ich sage einmal, in einem Verhältnis legaler Opposition zu diesem Staat stehen.

(Glocke)

Ich bin sofort zu Ende, Herr Präsident!

Ohne daß man anerkennt, daß dort eine eigene gesellschaftliche Realität und auch eine eigene Identifikation der Menschen mit diesem Staat bei allen Widersprüchen und Konflikten gewachsen ist, gibt es keine Annäherung!

Drittens sagten sie uns: Nur im Klima der Entspannung und der Abrüstung kann eine Liberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR ge-

deihen. In einem Klima von Rüstung und kaltem Krieg gehen wir ein. Das ist das Klima, das auch zur Verhärtung der innenpolitischen Verhältnisse in der DDR führt. Deshalb ist Entspannungspolitik und Abrüstung hier auf dieser Seite der Grenze die Bedingung dafür, daß sich diese Kräfte in der DDR entfalten können.

Eine Städtepartnerschaft, Herr Klein, die sich als Fortsetzung des kalten Kriegs mit anderen Mitteln verstehen würde, als ein Versuch der Destabilisierung der DDR, wäre allerdings schon von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann ist die Beratung geschlossen.

Meine Damen und Herren, es ist von der SPD-Fraktion der Antrag gestellt worden, anstelle der Kenntnisnahme der Drucksache 11/632 S zuzustimmen, das heißt Zustimmung zur Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik.

(Abg. **Klein** [CDU]: Es ist keine Zustimmung verlangt!)

Es ist nach der Verfassung so, wir brauchten nur Kenntnis zu nehmen, es ist zusätzlich genauso wie damals bei Gdansk aus dem Haus der Antrag auf Zustimmung gestellt worden.

Wer dieser Rahmenvereinbarung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Rahmenvereinbarung einstimmig zu.

(Beifall)

**Bebauungsplanverfahren 1435 für das Gebiet Teerhof zwischen Wilhelm-Kaisen-Brücke und Bürgermeister-Smidt-Brücke**

Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/644 S)

**Bebauungsplan 1435 (Teerhof)  
hier: Kulturelle Nutzung auf dem Teerhof**  
Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/645 S)

**Verkauf einer Grundstücksfläche auf dem Teerhof an die Firma Der Teerhof Bremen I. Gr.**

Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/646 S)

1908

Bremische Bürgerschaft (Stadt) — 11. Wahlperiode — 38. Sitzung am 3. 9. 87

Abg. Klein (CDU) .....	1924
Abg. Thomas (GRÜNE) .....	1927
Abg. Kunick (SPD) .....	1931
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten .....	1932
Abg. Fücks (GRÜNE) .....	1935
Abstimmung .....	1936

**Bebauungsplanverfahren 1435 für das Gebiet Teerhof zwischen Wilhelm-Kaisen-Brücke und Bürgermeister-Smidt-Brücke**

Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/644 S)

**Bebauungsplan 1435 (Teerhof)  
hier: Kulturelle Nutzung auf dem Teerhof**  
Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/645 S)

**Verkauf einer Grundstücksfläche auf dem Teerhof an die Firma Der Teerhof Bremen i. Gr.**

Mitteilung des Senats vom 25. August 1987  
(Drucksache 11/646 S)

**Notwendige Veränderungen der Teerhof-Planungen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 9. Juni 1987  
(Drucksache 11/617 S)

**Neuplanung Teerhof**

Antrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 25. Juni 1987  
(Drucksache 11/623 S)

**Teerhof-Verbauung**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRÜNEN  
vom 3. September 1987  
(Drucksache 11/649 S)

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE) .....	1937
Abg. Kudella (CDU) .....	1939
Abg. Dittbrenner (SPD) .....	1940
Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE) .....	1943
Abg. Dittbrenner (SPD) .....	1944
Abstimmung .....	1945

**Verkauf des Grundstücks Sögestraße 62-64 (Hirthehaus) an Herrn Hans Grothe, Duisburg**

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 1987  
(Drucksache 11/627 S) .....

**Bebauungsplanverfahren 988 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen den Straßen Uthoffstraße (von Haus Nr. 44 bis Haus Nr. 76, beidseitig), Bürgermeister-Wittgenstein-Straße (bis Haus Nr. 6), Aumunder Heerweg (bis Haus Nr. 10), Theodor-Neutig-Straße (beidseitig), Johann-Fromm-Weg und Hohle Straße**

Mitteilung des Senats vom 11. August 1987  
(Drucksache 11/628 S) .....

**Bebauungsplanverfahren 1353**

**Änderung des Bebauungsplanes 1013 gemäß § 13 Bundesbaugesetz für ein Gebiet nördlich der Ludwig-Roselius-Allee, im Eingangsbereich der Max-Säume-Straße (Einkaufszentrum Blockdiek)**

Mitteilung des Senats vom 11. August 1987  
(Drucksache 11/629 S) .....

**Bebauungsplan 1830 für ein Gebiet zwischen Tietjenstraße (südwestlich Hausnummer 97), Am Herzogenkamp und Helmer (zum Teil beiderseits)**

Mitteilung des Senats vom 11. August 1987  
(Drucksache 11/630 S) .....

**99. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke Kornstraße 203 und 205 (VL Flur 8, Flurstücke 51/1, 52/2 und 52/4)**

Mitteilung des Senats vom 18. August 1987  
(Drucksache 11/635 S) .....

**Bebauungsplanverfahren 987 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Albrecht-Poppe-Straße (einschließlich), Georg-Gleistein-Straße (beidseitig), Bundesstraße 74, Aumunder Flur (z. T. beidseitig), Pundtskamp (einschließlich) und Zollstraße (einschließlich)**

Mitteilung des Senats vom 18. August 1987  
(Drucksache 11/637 S) .....

**Bebauungsplan 1413 für ein Gebiet zwischen Kirchweg, Neuenlander Straße, Langenweg, Dannhausenweg, Bezirkssportanlage und südlich Kornstraße**

Mitteilung des Senats vom 18. August 1987  
(Drucksache 11/638 S) .....

- (A) Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Ortsgesetz über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Zentralbereich Osterholz/Hahnenkamp“ und Durchführung der Sanierung nach dem vereinfachten Verfahren gemäß § 142 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB)**

Mitteilung des Senats vom 18. August 1987  
(Drucksache 11/634 S)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Zentralbereich Osterholz/Hahnenkamp“ gemäß Baugesetzbuch beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Für SPD, CDU und Abg. Brasse [REP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

- (B) **100. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet zwischen Gröpelling Heerstraße, Schwarzer Weg, Grünzug West, Moorstraße, Pastorenweg, Johann-Kühn-Straße, Liegnitzstraße, Ortstraße, Waltjenstraße und Havemannstraße**

Mitteilung des Senats vom 18. August 1987  
(Drucksache 11/636 S)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 100. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Für SPD, CDU und Abg. Brasse [REP])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

**Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik**

Mitteilung des Senats vom 17. August 1987  
(Drucksache 11/632 S)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Bürgermeister Wedemeier.

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bremische Bürgerschaft hat am 29. April 1986 den Senat der Freien Hansestadt Bremen mit einem einstimmig gefaßten Beschluß aufgefordert, mit einer Bremen durch die gemeinsame Geschichte, zum Beispiel der Hanse, historisch verbundenen Stadt in der DDR eine Städtepartnerschaft zu vereinbaren. Dadurch sollten die menschlichen Kontakte breiter Bevölkerungsschichten verbessert werden. Außerdem wurde in dem Beschluß der Stadtbürgerschaft, den ich hier verkürze, die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Friedenssicherung in Mitteleuropa beiträgt. Freundschaftliche Beziehungen müssen der Verwirklichung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki dienen und sich für den Menschen positiv auswirken.

Aufgrund dieses Beschlusses hat der Senat seine bereits begonnenen Bemühungen zur Kontaktaufnahme mit verschiedenen Stellen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verstärkt. Nach einem vorangegangenen Schreiben ergab sich anläßlich des Bürgermeistertreffens in Ost-Berlin eine erste Zusammenkunft mit dem Rostocker Oberbürgermeister Dr. Henning Schleiff. Wir nutzten die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über eine mögliche Partnerschaft. Im Anschluß an mein Gespräch mit dem SED-Generalsekretär Erich Honecker Anfang Juli 1987 besuchte ich Dr. Schleiff in Rostock. Dort führten wir weitere Gespräche, außerdem wurden Gespräche mit dem Ersten Sekretär des Bezirks Rostock, Herrn Ernst Timm, und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Herrn Eberhard Kühl, geführt.

Nachdem ich bei meinem Treffen mit Herrn Honecker die Zusage erhalten hatte, daß von Seiten der DDR alles getan werden würde, um partnerschaftliche Beziehungen zwischen Bremen und Rostock zu entwickeln, haben wir uns dort auf das Verfahren verständigt, wie diese Städtepartnerschaft zustande kommen soll. Über alle einzelnen Verfahrensschritte ist umfassend und auch öffentlich informiert worden. Es war drei Wochen vor dem entscheidenden Termin bekannt, daß eine Verhandlungsdelegation von Rostock nach Bremen kommt und über den Vertrag verhandelt werden soll. Es gab in Bremen von keiner Seite den Wunsch, an der Erarbeitung des Abkommens mitzuwirken.

Ich bedauere, das will ich Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, deshalb auch die Irritationen, die hinterher entstanden sind, und die Vermutungen, es würde sich hier um Geheimdiplomatie handeln, das hatte damit nichts zu tun!

Die von beiden Seiten benannten Verhandlungsdelegationen haben Mitte Juli in Bremen die Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik erarbeitet. Diese Verein-

(A) barung steht in voller Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie den sich daraus ableitenden Abkommen und Vereinbarungen. Sie ist auf der Grundlage der Rahmenvereinbarungen mit Danzig und Riga sowie der bisherigen Partnerschaftsverträge zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt worden.

Am Rande darf ich erwähnen, daß von Rostocker Seite der Wunsch vorgetragen wurde, diese Vereinbarungen im August zu unterzeichnen. Wir hatten keinerlei Veranlassung, diesem Wunsch zu widersprechen.

Meine Damen und Herren, der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat die ausgehandelte Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland am 28. Juli 1987 beschlossen. Die Fraktionsvorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien hatten Gelegenheit, die Vertragstexte einzusehen, bevor die Städtepartnerschaft durch die Unterschrift des Rostocker Oberbürgermeisters Dr. Schleiff sowie durch meine Unterschrift am 18. August 1987 Gültigkeit bekamen. Damit, meine Damen und Herren, hat der Senat dem Auftrag der Stadtbürgerschaft vom 29. April 1986 entsprochen.

(B) In meiner Rede vor der Stadtverordnetenversammlung von Rostock habe ich anläßlich der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung am 18. August die wesentlichen Bestandteile unserer Vereinbarung herausgehoben: „Wir wollen gemeinsam aktiv dazu beitragen, daß der Frieden erhalten und gefestigt wird, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht.“

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, daß das Wettrüsten beendet wird, daß Abrüstung und Entspannung in den internationalen Beziehungen durchgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit der Staaten im gemeinsamen europäischen Haus. Meere und Häfen sollen stets dem friedlichen Handel und Zusammenleben der Völker dienen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unsere Absicht, mit der neuen Partnerschaft die Entwicklung normaler gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verankerten Prinzipien zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Unsere zukünftige Kooperation zwischen Bremen und Rostock steht in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie den sich daraus ableitenden Abkommen und Vereinbarungen.“ — Soweit dieser Ausschnitt aus meiner Ansprache vor der Stadtverordnetenversammlung in Rostock!

An dieser Stelle weise ich wie auch in Rostock darauf hin, daß es in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch offene Fragen gibt. Diese können nicht durch Rahmenvereinbarungen zur Entwicklung einer Partnerschaft zwischen Städten gelöst werden, dies ist und bleibt die Aufgabe der Zentralregierungen. Dort liegt die Zuständigkeit für Fragen der Nation, staatliche Anerkennung oder exakte Grenzziehungen.

Meine Damen und Herren, entsprechend dem Beschluß der Stadtbürgerschaft soll die Städtepartnerschaft den Menschen der beiden Städte dienen, die menschlichen Kontakte fördern. Auch dieser Aspekt findet sich in der Vereinbarung. Ich darf weiter aus meiner Rede kurz zitieren:

„Wir wollen trotz unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Positionen und Systeme vielseitige kommunale Beziehungen zwischen beiden Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte sollen das gesellschaftliche Leben, die sozialen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der jeweiligen Partnerstadt kennenlernen. Wir wollen untereinander Ergebnisse und Erfahrungen in der Kommunalpolitik austauschen, so zum Beispiel auf den Gebieten der Stadtentwicklung und des Städtebaus, der Denkmalpflege, des Umweltschutzes. Austausch und Zusammenarbeit soll es unter anderem auch auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zwischen gesellschaftlichen und sportlichen Vereinigungen, den beiden Stadtparlamenten, Jugendgruppen und Fachleuten kommunaler Einrichtungen geben.“

Ich habe ausdrücklich in Rostock vom Austausch von Delegationen von Bürgerinnen und Bürgern aller Bereiche gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Dort wie auch hier ist hervorzuheben, daß wir am Beginn eine neuen Partnerschaft stehen, deren Ausbau zum Nutzen der Menschen in unseren Städten hoffentlich rasch und dauerhaft sein wird. Ich habe ein großes Interesse daran, daß die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock schon bald mit Leben erfüllt wird. Ich habe kein Interesse daran, diese Partnerschaft dadurch zu gefährden, daß sie in den Wahlkampf gezogen wird. Dieses Thema eignet sich in gar keiner Weise für solche Auseinandersetzungen.

Meine Damen und Herren, in der gebotenen Kürze noch einige Anmerkungen zu Meldung der jüngsten Zeit! Bemerkenswert ist, daß manche jetzt be-

(A) reits eine negative Bilanz der Städtepartnerschaft ziehen, auch wenn diese noch gar nicht richtig begonnen hat. Es versteht sich doch wohl von selbst, daß sich eine Partnerschaft erst einmal entwickeln muß, daß sich vieles noch einspielen und zunächst Leben erhalten muß! Es wird 1988 gegenseitige Besuche von zwei offiziellen Delegationen geben, eine Rostocker und eine Bremer Expertenrunde werden in die jeweilige Partnerstadt fahren, um Erfahrungen des Städtebaus und der Architektur sowie der Restaurierung und Rekonstruktion oder Sanierung von Altbau substanzen im Stadtzentrum auszutauschen.

Bremen wird aus Rostock darüber hinaus eine Jugendreisegruppe, eine Volkskunst- und eine Sportlergruppe empfangen. Von Bremen nach Rostock fahren ebenfalls eine Jugendreisegruppe, das Jugendblasorchester der Jugend- und Volksmusikschule Bremen sowie ein Tanzpaar aus Anlaß der Rostocker Sommerfesttage 1988 und drei Boptsbesatzungen in den Olympischen Bootsklassen zur Teilnahme an der 38. Internationalen Ostseeregatta vor Rostock/Warnemünde. Außerdem wird Bremen sich an einem Wettbewerb zur internationalen Ausstellung „Kinderzeichnungen aus Städten am Meer“ in Rostock beteiligen. So sieht das Programm für das erste Jahr der Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock aus!

Gewiß, das ist noch nicht umwerfend viel, aber wir stehen auch erst am Anfang. Die Rahmenvereinbarung bietet eine Fülle von Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, die für die Menschen unserer Städte sinnvoll ist. Statt die nun gemachten ersten Schritte als ungenügend und als zu klein zu kritisieren, sollten wir uns gemeinsam und ernsthaft bemühen, die Rahmenvereinbarung zu verwirklichen und mit Leben zu erfüllen! Das läßt sich nämlich nicht allein durch Senats- oder Bürgerschaftsentschlüssen machen, das müssen alle Menschen dieser Stadt betreiben.

(B) Unsere wie Ihre, der Abgeordneten, Aufgabe ist es, im jeweiligen beruflichen wie privaten Umfeld für das Gelingen und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zu wirken und zu werben. Wie notwendig das ist, haben mir die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen von Bremerinnen und Bremern gezeigt. Ich sage hier gern noch einmal, wir wollen, soweit es in unseren Möglichkeiten steht, den Kontakt und den Austausch zwischen den Menschen unserer beiden Städte fördern. Wir werden allen Bürgerinnen und Bürgern helfen, Kontakte aufzubauen. Dabei, meine Damen und Herren, sollten Sie alle mithelfen!

Wie am 18. August in Warnemünde, so bitte ich auch hier alle Rostockerinnen und Rostocker und alle Bremerinnen und Bremer, die Möglichkeiten der neuen Städtepartnerschaft zu nutzen! Ich bitte Sie, Ihren eigenen Beitrag zur Festigung der Vereinbarung zu leisten und sich selbst konstruktiv am weiteren Ausbau zu beteiligen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 4. März 1986 habe ich hier für die CDU-Bürgerschaftsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, mit einer Bremen durch die gemeinsame Geschichte, zum Beispiel in der Hanse, historisch verbundenen Stadt in der DDR eine Städtepartnerschaft zu vereinbaren. Durch diese Städtepartnerschaft soll die Verbesserung der menschlichen Kontakte breiter Bevölkerungsschichten erreicht werden. Der Vertrag mit der Stadt Danzig kann dabei als Grundlage dienen.“

Heute ist dieser damals von Ihnen angenommene Antrag im Vollzuge. Der Vertrag ist unterzeichnet und steht hier zur Beratung an. Wir stimmen ihm zu. Wir sind der Auffassung, daß diese zehnte Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der DDR voll im Einklang mit unserer Deutschlandpolitik steht, und wir sehen in dem Zustandekommen dieser Vereinbarung ein wichtiges Ergebnis unserer deutschlandpolitischen Bemühungen. Ich muß aber einige Bemerkungen zu dieser von Bürgermeister Wedemeier unterzeichneten Vereinbarung machen.

Zunächst, Herr Bürgermeister, zur Form des Vertragsabschlusses! Nachdem der Senat entsprechende Hinweise erhalten hatte, wurde Bürgermeister Wedemeier vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker am 1. Juli 1987 im Rahmen des Oberbürgermeistertreffens in Ostberlin eröffnet, die DDR-Führung gebe grünes Licht für eine Städtepartnerschaft Bremen/Rostock. Am 2. Juli reiste der Bürgermeister mit Begleitung nach Rostock, wobei beide Stadtoberhäupter die Absicht zur Vereinbarung der Städtepartnerschaft bekundeten. Die Oppositionsfraktionen, meine Damen und Herren, wurden nicht informiert.

Mitte Juli erhielt der Senat vom zuständigen Fachreferat des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen zur Städtepartnerschaft ausführliches Informationsmaterial, und zwar mehrfach, in der Annahme, es werde an die Fraktionen des Parlaments dieses Hauses weitergegeben. Dies, Herr Bürgermeister, geschah nicht.

Vom 20. bis 24. Juli verhandelten Staatsrat Dr. Euler und der stellvertretende Rostocker Oberbürgermeister Naumann in Rostock über die Rahmenvereinbarung und paraphierten diese. Eine Information der Opposition erfolgte im Gegensatz zu dem falschen Anschein, den Sie gerade erweckt haben, immer noch nicht. Erst aufgrund einer kritischen Pressekonferenz und einer Zeitungskolumne der CDU gab es erste vertrauliche Kontakte.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit! — Bitte sehr, Herr Klein!

(A) Abg. Klein (CDU): Damit brüskierte der Senat nicht nur die Opposition, sondern er gab ein schlechtes Lehrstück in Sachen parlamentarischer Demokratie,

(Beifall bei der CDU)

was gerade auch im Falle von Verhandlungen mit der DDR völlig unangebracht ist.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Bisher herrschte nämlich zwischen den demokratischen Parteien Einigkeit darüber, daß die breite Zustimmung der Bürger und die Beteiligung aller demokratischer Parteien an den Verhandlungen über die Städtepartnerschaften diesen Partnerschaften nur zugute kommen kann, weil sie aus dem Parteienstreit herausgehalten werden!

Bisher hat auch — und das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren von der SPD! — die DDR-Seite diesen Gesichtspunkt beachtet. Gemeinsame Verhandlungen über Städtepartnerschaften mit der DDR spiegeln einen verbleibenden Rest deutschlandpolitischer Gemeinsamkeiten, vor allem zwischen CDU und SPD wider.

Hier, Herr Bürgermeister Wedemeier, möchte ich Sie an Ihr Verhalten als Fraktionsvorsitzender in diesem Hause aus Anlaß der Beratungen des Vertrages mit Riga erinnern. Damals war es der Präsident dieses Hauses, Dr. Klink, der in die Debatte am 15. Mai 1985 eingriff — Sie saßen dort als Fraktionsvorsitzender — und Herrn Bürgermeister Koschnick rügte. Ich darf das ausnahmsweise einmal zitieren, Herr Dr. Klink.

(B)

(Abg. Kunick [SPD]: Warum denn ausnahmsweise?)

Ja, weil es nicht üblich ist, daß ich den Präsidenten zitiere! Er sagte damals:

„Zum parlamentarischen Verfahren und Behandlung dieser Rahmenvereinbarung“ — ich füge hinzu, Riga — „möchte ich jedoch einige Anmerkungen machen. — Abg. Klein (CDU): Sehr wahr! — Wir hätten es begrüßt, wenn es hierbei möglich gewesen wäre, Gremien oder Repräsentanten des Parlaments vorher einzuschalten und über die Absicht zu unterrichten. Beifall bei der SPD und bei der CDU“ — auch bei Ihnen übrigens, Herr Wedemeier! —, „Abgeordneter Klein (CDU): Berechtigte Frage!

Die Abgeordneten sollten vom Abschluß solcher Vereinbarungen, die einer breiten Zustimmung und Unterstützung unserer Bürger bedürfen und einen hohen politischen Rang besitzen, nicht erst aus dem Hörfunk oder aus der Tageszeitung erfahren.“

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Auch damals: „Beifall bei der SPD und bei der CDU“! Heute, füge ich hinzu, leider nur bei meinen Freunden von der CDU!

(C)

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Und den GRÜNEN! — Bürgermeister Wedemeier: Den zwei Verbliebenen!)

Entschuldigung, natürlich! Ich fahre im Zitat fort, es ist nicht mehr allzu lang!

„Dalian ist auch ein Beispiel dafür“, bei Dalian war es ähnlich gewesen, nur war das etwas weiter weg und vielleicht nicht ganz so kompliziert und brisant wie Riga. „Wir meinen,“ — fuhr Dr. Klink fort — „daß man durch eine vorherige Unterrichtung der Repräsentanten des Parlaments sicherstellen kann, daß der breite Konsens unserer Bürger, unserer gesellschaftlichen Gruppen hergestellt werden kann, der notwendig ist, um diesen hohen Anspruch mit dem sehr hohen politischen Rang dieser Rahmenabkommen einzulösen.“

Meine Damen und Herren; ich habe dann für die Fraktion der Union das Wort ergriffen. Ich will nur einen Satz zitieren, ich habe das ausdrücklich für richtig gehalten, was Dr. Klink gesagt hat: „Ich muß hier namens meiner Fraktion sagen, wir möchten, daß sich das nicht wiederholt. Wir möchten die rechtzeitige Konsultation. Wir möchten den Respekt vor dem Hause, und wir möchten auch die Anerkennung unseres Budgetrechts. Das als Vorbemerkung zum Verfahren!“

Budgetrecht erläutere ich: Die damaligen Herren Senatoren haben 50 000 DM ausgegeben, ohne den Haushaltsausschuß, erst recht ohne das Parlament zu befragen, das hatte ich zusätzlich kritisiert. Ich bekam, und das ist selten, Beifall nicht nur von meinen Freunden aus der Union, sondern auch von der SPD, wie das Protokoll ausdrücklich vermerkt. Ich kann mich noch genau erinnern, Herr Bürgermeister Wedemeier, wie Sie mir damals in Ihrer Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender Beifall zollten. Das kommt ja auch nicht so oft vor,

(D)

(Bürgermeister Wedemeier: Das ist selten!)

das habe ich mir gemerkt. Nun zurück zu dem hier zur Beratung anstehenden Vertrag mit Rostock!

Herr Bürgermeister, sollte vielleicht diese alte vordemokratische römische Spruchweisheit Anwendung finden, ich darf das auch einmal im Hinblick auf das bremische Gesamtschulwesen zitieren, Herr Stichweh: „Quod licet iovi, non licet bovi.“ Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt.

(Abg. Stichweh [SPD]: Wenn Sie denn damit glücklich werden, dann werden Sie damit glücklich!)

Das kann doch wohl nicht gelten, denn dann wären Sie damals der Ochse gewesen, und Sie heute mit

- (A) Zeus zu vergleichen, ich meine, dafür fehlen mir jegliche Anhaltspunkte!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Also, es bleibt dabei, Sie haben damals eine berechnete sachliche Kritik am Verfahren einer solchen Verhandlung und Vereinbarung erhoben, gestützt auf den Konsens des Hauses. Heute machen Sie dasselbe, was Sie damals Herrn Bürgermeister Koschnick vorgeworfen haben. Entweder war das damals nur eine taktische Kritik, weil man schließlich auch etwas gegen Herrn Koschnick sagen mußte als Oppositionsführer, oder aber Sie haben zu früh Ihre berechtigten parlamentarischen Ansätze vergessen, die Sie in diesem Hause vollzogen haben.

(Abg. Thomas [GRÜNE]: Das wird es sein!)

Auf jeden Fall, nach diesem Einschub komme ich zu diesem Beratungsgegenstand zurück, Herr Bürgermeister, haben Sie durch diesen Bruch des Konsenses — auch und gerade mit der Opposition in diesem Hause — uns aus den Verhandlungen ausgegrenzt. Das wiegt schwer, weil es ja gerade wir von der Union waren, die den von der Bürgerschaft einstimmig angenommenen Antrag zur Begründung einer Partnerschaft eingebracht haben.

- (B) Da Sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne Einbeziehung des Parlaments und seiner Fraktionen auf eigene Faust Verträge entworfen und paraphiert haben, gibt es jetzt eine Vertrauenslücke in weiten Teilen der Bevölkerung, die dieser wichtigen Sache einer innerdeutschen Städtepartnerschaft abträglich ist. Ich füge hinzu: Es wäre auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vor allen Dingen bei den allgemeinen politischen Formulierungen zu nachhaltigen Verbesserungen gekommen, wenn wir rechtzeitig beteiligt worden wären.

(Bürgermeister Wedemeier: Das bezweifle ich sehr!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns überlegt, was war denn bloß der Grund! Wir sind meines Erachtens fündig geworden, es scheint einen wichtigen politischen Grund für die Nichtbeteiligung der CDU bei den Verhandlungen gegeben zu haben. Ich will das hier in allem Freimut ansprechen. Seit der Rede des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker am 13. 10. 1980 in Gera gehört die Auflösung der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter zur Registrierung von politischen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu den vier Grundforderungen der DDR zur sogenannten Normalisierung der Beziehung zur Bundesrepublik.

Am 29. Juni 1987, zwei Tage vor dem Treffen mit Honecker in Ost-Berlin, teilte Bremen in einem Vierzeiler dem niedersächsischen Justizministerium mit, Bremen werde die zentrale Erfassungsstelle nicht

mehr mitfinanzieren. Dies geschah, obwohl die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug noch am 8. Mai die entsprechende Haushaltsstelle ausdrücklich beschlossen hatte. Es handelt sich um einen Betrag von sage und schreibe 2 400 DM. Bei einer Zinszahlung von zwei Millionen DM am Tag ist das sicherlich kein nennenswerter Betrag. Es handelt sich hier um einen politischen Akt und nicht um einen Akt finanzpolitischer Panik.

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Wedemeier: Das ist richtig!)

Es ist ein politisches Problem. Ich lasse deswegen auch völlig offen, warum der Haushaltsausschuß, der diese Mittel für 1988 noch eingeworben hat, nicht informiert worden ist.

Wir wollen, meine Damen und Herren, eine Intensivierung der Beziehungen zur DDR, weil nur so die Erosion, das Aufbröseln des Gedankens der Einheit der deutschen Nation verhindert werden kann.

(Abg. Fücks [GRÜNE]: Das ist der Grund? Ich dachte, es ging um die Menschen!)

Ja, natürlich! Zwei Staaten in Deutschland werden durch den Gedanken der Einheit der Nation zusammengehalten.

(Beifall bei der CDU)

(D) Das ist konsensfähig, auch mit den Landsleuten drüben in der DDR. Darum, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht die Augen vor der politischen Wirklichkeit in der DDR verschließen, wir alle nicht. Natürlich hat es dort Verbesserungen für das Leben der Menschen gegeben. Die Politik der Bundesregierung hat dazu beigetragen, unzweifelhaft.

Vielleicht werden die Entwicklungen in der Sowjetunion diese Verbesserungen weiter vorantreiben, Gorbatschow-Effekt, das ist nicht auszuschließen. Aber, meine Damen und Herren, die DDR ist doch nun einmal ein Unrechtsregime, das an die Verwirklichung der Menschenrechte immer wieder erinnert werden muß. Das ist notwendig, und das ist auch legitim, das ist mindestens so legitim wie im Falle Chiles.

(Beifall bei der CDU)

Wenn daher die zentrale Erfassungsstelle im Juli dieses Jahres mitteilte, sie habe im ersten Halbjahr 1987 24 Tötungshandlungen registriert, 563 Verurteilungen aus politischen Gründen, drei Mißhandlungen und 63 politische Verdächtigungen, 318 Verurteilungen seien als unmenschlich hart erfaßt worden, die Zahl der Verurteilungen aus politischen Gründen entspreche damit der des letzten Jahres, dann, meine Damen und Herren, gehört diese Erfassung zur gesamtdeutschen Aufgabe, aktiv zur Erhaltung und Festigung des Friedens beizutragen,

(Beifall bei der CDU)

(A) und zwar genau, wie es in der Rahmenvereinbarung Bremen/Rostock heißt. Frieden, meine Damen und Herren, und die Menschen- und Bürgerrechte sind nach unserer Grundüberzeugung untrennbar miteinander verbunden.

(Beifall bei der CDU)

Die Scheuklappe, die der eine oder andere von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, trägt, hilft den Betroffenen nicht, sie hilft dem Frieden nicht, sie hilft der Gerechtigkeit nicht. Manchmal habe ich den Verdacht, wenn über die Apartheid, über die Mißstände in der Welt geklagt wird, die überwältigende Mehrheit der Staaten in der Welt sind Unrechtsregime, daß man bewußt oder unbewußt nur von der Not im eigenen Lande ablenken will. Diese unzulässige Gewissensberuhigung, meine Damen und Herren von der SPD, machen wir nicht mit!

(Beifall bei der CDU)

Es wäre unredlich, aus Anlaß der Beratung eines solchen Vertragswerks den Schießbefehl unerwähnt zu lassen. Der Schießbefehl ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

(Beifall bei der CDU)

(B) Es gibt ein positives Indiz! Die Aussetzung seines Vollzuges aus Anlaß des Besuchs ist ernst zu nehmen. Wir wollen auf diesem Weg weitermachen, damit er endlich verschwindet.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie noch eine Bemerkung zum Inhaltlichen des Vertrags!

(Abg. Klatt [SPD]: Kalter Krieger!)

Ich verbitte mir wirklich solche Zwischenrufe, das hat jetzt nichts mit lockerer Aussprache zu tun!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: So war der Zwischenruf auch nicht gemeint!)

Wir bekennen uns dazu, daß wir bei zwei Staaten in Deutschland den Gedanken der Einheit der Nation durch diesen Vertrag bekräftigen. Wer das von Ihnen als kaltes Kriegertum in einem Zwischenruf bezeichnet, der bezeugt mangelnde politische Reife, und er bezeugt, daß er wirklich das ist, was uns gestern vorgeworfen wurde, ein Dinosaurier der Deutschlandpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Der eigentliche Fortschritt liegt doch darin, daß wir das Deutsche unterstreichen, das können Sie in der Tat doch nicht leugnen, das leugnet auch niemand, auch kein Funktionär in der DDR.

(C) Meine Damen und Herren, es ist bedauerlich, daß durch die unterlassene Beteiligung der Union die Vertiefung menschlicher Kontakte — und damit der Korb drei der KSZE-Schlußakte — nicht deutlicher in die Präambel aufgenommen worden ist.

(Bürgermeister Wedemeyer: Deutlicher geht es nicht mehr!)

Der Friede allein ist hier nicht das Ausschlaggebende, sondern der Friede hängt zusammen mit den Menschen- und den Bürgerrechten, und da spielt insbesondere der Korb drei der KSZE-Schlußakte eine wesentliche Rolle.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Ich rufe Ihnen in Erinnerung, daß es in der DDR eine von Johannes R. Becher gedichtete Nationalhymne gibt, die leider in der letzten Zeit in der DDR nicht mehr gespielt werden darf!

(Abg. Kunick [SPD]: Gesungen meinen Sie!)

Gesungen werden darf, wie Sie wollen, Sie wissen, was ich meine! Dort hat Johannes R. Becher formuliert, das sage ich auch diesem Zwischenrufer: „Deutschland, einig Vaterland“.

(Abg. Fücks [GRÜNE]: Das war als Gegensatz zu Adenauer gemeint!)

(D) Ich finde, dieser Bestandteil einer Nationalhymne drüben und der wesentliche Bestandteil unserer Nationalhymne von Hoffmann von Fallersleben, „Einigkeit und Recht und Freiheit“, müßten durch eine kluge Politik im Interesse unserer gemeinsamen Nation zusammengeführt werden.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Ich komme zum Schluß! Wir können keine Nebenaußenpolitik und keine Nebendeutschlandpolitik betreiben. Wir wollen das auch nicht mit diesem Vertrag. Wir werden alle anderen entsprechenden Versuche zu verhindern wissen. Was wir aber wollen, ist, durch Intensivierung der persönlichen Kontakte zu den Menschen aller Bevölkerungsschichten diesem Gedanken Leben zu verleihen.

Wir sind sicher, daß die Brücke nicht nur diesseits betreten wird, sondern daß die Brücke auch und gerade von unseren Landsleuten jenseits der Demarkationslinie betreten wird. In diesem Sinne stimmen wir dem Abkommen vollinhaltlich zu. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Abg. Thomas (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl es sich bei dieser Rahmenvereinbarung und bei dieser Städtepartnerschaft um

(A) eine ausgesprochen gute Sache handelt, stelle ich an den Anfang meines Beitrags auch eine harsche Kritik am Bürgermeister angesichts dieses Verfahrens.

Vorweg aber eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Klein, wie Sie Ihr Interesse an der Städtepartnerschaft begründet haben! Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt es, daß der Bremer Senat keine Gelder mehr zur Verfügung gestellt hat oder zur Verfügung stellt für die Erfassungsstelle in Salzgitter, denn es handelt sich in der Tat um ein Relikt des kalten Krieges der sechziger Jahre. Sie ist uneffektiv und verschlingt Steuergelder, das wissen Sie selbst, das sagen selbst einige CDU-Politiker.

Was ich aber viel schlimmer finde, Herr Klein: Eine Städtepartnerschaft eignet sich nicht dazu, sie für das CDU-Parteiprogramm oder für gesamtdeutsche Ansprüche zu instrumentalisieren, denn es besteht dann auch die Gefahr, daß die Menschen in der DDR sich von Ihnen instrumentalisiert fühlen.

Meine Damen und Herren, durch einen von allen Fraktionen getragenen Beschluß vom 29. April des letzten Jahres wurde dem Senat der Auftrag erteilt, sich um eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der DDR zu bemühen. Dabei haben alle Fraktionen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß eine Städtepartnerschaft die Verbesserung der menschlichen Kontakte breiter Bevölkerungsschichten erreichen soll.

(B) Nachdem über ein Jahr lang sicher viel Salzwasser aus der DDR die Weser heruntergeflossen ist, erfuhr die erste öffentliche im August nach dem Besuch von Bürgermeister Wedemeier bei Erich Honecker —

(Bürgermeister Wedemeier: Das war im Juli! Ihr bekommt die Monate alle durcheinander!)

es stimmt, es war noch etwas früher —, daß Bremen in Kürze eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Rostock abschließen wird. Während des gesamten Zeitraumes waren weder die Fraktionsvorsitzenden von CDU und GRÜNEN noch die Öffentlichkeit über entsprechende Vorverhandlungen durch den Senat informiert worden. Im Gegenteil, erst auf Drängen der Oppositionsfraktionen wurde ihnen kurz vor Unterzeichnung des Rahmenabkommens Einblick in die Unterlagen gewährt.

Die Senatskanzlei begründete diese Geheimniskrämerei mit dem Hinweis, daß die Vertreter der Stadt Rostock auf striktes Stillschweigen vor Vertragsunterzeichnung bestanden hätten. Diese Begründung war, wie sich herausgestellt hat, nicht nur falsch, sondern steht auch im deutlichen Kontrast zu den großen Worten, die Sie, Herr Bürgermeister Wedemeier, bei Ihrer Rede vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung verkündet haben. Dort sagten Sie: „Für mich ist unsere Städtepartnerschaft keine Prestigeangelegenheit.“

(C) Gerade das aber werfen wir Ihnen vor. Nicht, daß Sie den Auftrag der Stadtbürgerschaft nicht ernst genommen hätten, sondern daß Sie die Einfädelung der Städtepartnerschaft zu Ihrer Privatsache und damit zu einer auf Ihre Person zugeschnittene Prestigeangelegenheit gemacht haben. Auf die Motive für dieses konspirative Vorgehen brauche ich angesichts der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen kaum noch hinzuweisen.

Von daher ist es auch etwas weit hergeholt, daß Sie gerade auf den Wahlkampf hinweisen und meinen, es sei kein Wahlkampfthema. Das ist sicher so, weil die Sache zu ernst und zu wichtig ist. Aber dann hätten Sie sich auch anders verhalten sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daß es auch anders möglich gewesen wäre, daß im Sinne des Antrags die Städtepartnerschaft von Anfang an zu einer Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftlicher Organisationen und Vereinigungen hätte gemacht werden können, wenn man nur gewollt hätte, zeigen die Beispiele anderer Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Bei der ersten deutsch-deutschen Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis wurden zum Beispiel über ein Jahr lang wechselseitig Delegationen ausgetauscht. Außerdem wurde mit allen Fraktionen des Stadtrates eine ausführliche Beratung über den gemeinsamen Vertragstext durchgeführt.

(D) Geheimniskrämerei war also weder notwendig, noch war es von den Vertretern der Stadt Rostock gewünscht. Auf Nachfrage von Journalisten laut „taz“ vom 19. August 1987 hat der Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff erklärt, daß einer Beteiligung der Fraktionen von CDU und GRÜNEN an der Rahmenvereinbarung von ihrer Seite nichts im Wege gestanden hätte und auch alle Bürgerchaftsfraktionen von ihm eingeladen worden seien.

(Bürgermeister Wedemeier: Das hat er überhaupt nicht erklärt!)

Es ist so in der Presse nachzulesen, und mit ihm ist ein Interview gemacht worden, und darin hat er das so erklärt.

(Bürgermeister Wedemeier: Das stand auch so nicht in der Presse!)

Herr Bürgermeister, wir werden die Gelegenheit haben, das sicher auch noch persönlich nachzuprüfen, wenn Sie meinen, er hätte das nicht erklärt.

(Bürgermeister Wedemeier: Er hat erklärt, daß es jeder Seite selbst überlassen bleibt!)

## Rede von Klaus Wedemeier vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung vom 18. August 1987

*Das originale Manuskript der Rede wurde der Archivalie AHR 2.1.1. 8800 entnommen.*

Meine Sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung von Rostock!  
Lieber Herr Kollege Dr. Schleiff!

Es ist für mich eine sehr große Ehre und Freude, heute vor Ihnen, den Repräsentanten unserer neuen Partnerstadt, sprechen zu dürfen. Zunächst einmal aber möchte ich Ihnen, den Stadtverordneten, und allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Rostock die besten Grüße aus meiner Stadt, aus Ihrer neuen Partnerstadt Bremen, übermitteln. Dies ist für uns alle eine feierliche Stunde, denn mit dem heutigen Tag schlagen wir in der Geschichte Rostocks und Bremens eine neue, eine gemeinsame Seite auf. Wir begründen eine Partnerschaft zwischen den beiden deutschen Städten in den beiden deutschen Staaten, um über alles Trennende hinweg unseren Beitrag zu leisten für die Sicherung und Wahrung des Friedens in der Welt und für die friedliche Entwicklung unserer Städte. Wir stehen am Beginn einer neuen Partnerschaft, deren Ausbau zum Nutzen der Menschen in unseren Städten hoffentlich rasch und dauerhaft sein wird.

Meine Damen und Herren, der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat die zwischen Rostock und Bremen ausgehandelte „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik“ beschlossen; durch die Unterschrift meines sehr geschätzten Kollegen Dr. Schleiff und durch meine Unterschrift nachher in Ihrem Rathaus wird sie für Rostock und Bremen Gültigkeit bekommen. Diese Rahmenvereinbarung geht von gemeinsamen Voraussetzungen aus und ist nach meiner Einschätzung eine hervorragende Grundlage für die zukünftige Kooperation zwischen Rostock

und Bremen. Wir wollen gemeinsam aktiv dazu beitragen, daß der Frieden erhalten und gefestigt wird, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, daß das Wettrüsten beendet wird, daß Abrüstung und Entspannung in den internationalen Beziehungen durchgesetzt werden. Wir wollen gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit der Staaten im gemeinsamen europäischen Haus. Meere und Häfen sollen stets dem friedlichen Handel und Zusammenlebender Völker dienen. Es ist unsere Absicht, mit der neuen Partnerschaft die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verankerten Prinzipien zu unterstützen. Unsere zukünftige Kooperation zwischen Bremen und Rostock steht in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie den sich daraus ableitenden Abkommen und Vereinbarungen. So steht es in der Partnerschaftsvereinbarung. Von diesen Absichten wollen wir uns in der Zusammenarbeit zwischen Rostock und Bremen leiten lassen. Und mit diesen Absichten vertreten wir jene Politik des Friedens, des Ausgleichs und der Verständigung, die auf seiten der Deutschen Demokratischen Republik der Vorsitzende des Staatsrates und Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, repräsentiert, und für die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland der ehemalige Bundeskanzler und Ehrevorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, stellvertretend genannt sei.

Meine Damen und Herren, unsere beiden Städte verbindet mehr als die nun beschlossene und geschlossene Partnerschaft. Beide sind alte Hansestädte mit langer Tradition. Beide versuchen, das historisch gewachsene Stadtbild mit den aktuellen Anforderungen der Stadtentwicklung in Einklang zu bringen. Beide sind Hafen- und Handelsstädte mit den entsprechenden Problemen, aber auch

den Vorteilen wie Weltoffenheit und internationaler Begegnung. In Rostock wie in Bremen werden Schiffe gebaut, weht vom Meer immer eine frische Brise. Bei ihnen wie bei uns spricht man auch „platt“. Und nicht zuletzt haben beide Städte eine Universität, Rostock seit 1419, Bremen erst seit 1971. Aber Ihre Universität trägt seit 1976 den Namen „Wilhelm-Pieck-Universität“, den Namen des Mannes also, der Anfang dieses Jahrhunderts der Sekretär meiner Partei, der SPD, in Bremen war. Es gibt noch mehr Gemeinsamkeiten, die alle im einzelnen zu benennen zu lange dauern würde. Wir wollen an diese Gemeinsamkeiten anknüpfen, wir wollen uns leiten lassen von den Lebensinteressen und den Bedürfnissen der Menschen, die in unseren Städten leben und arbeiten. So haben wir es auch in unserer Vereinbarung gesagt. Wir wollen trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen und Systeme vielseitige kommunale Beziehungen zwischen beiden Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Wir werden uns gegenseitig bei der Sicherung des Friedens, bei allen Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen informieren und unterstützen. Diesen Punkt haben wir an die erste Stelle gesetzt.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, die geprägt ist durch die technische Möglichkeit, per Knopfdruck unsere Erde nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach zu vernichten. Wir leben aber gerade jetzt auch in einer Zeit, in der sich nun endlich auch die historische Chance bietet, diese Gefahr zu bannen. Abrüstung steht endlich konkret auf der Tagesordnung. Und ich füge hier hinzu: Bei den Verhandlungen über Abrüstung in West und Ost darf es keine Tabus geben, darf kein System ausgeklammert werden. Wir brauchen jetzt den durchschlagenden, umfassenden Abrüstungserfolg, ohne falsche Rücksichtnahme auf Prestigegehaltenen. Es muß jetzt ein Ende des Wettrüstens erreicht werden, es muß Schluß sein mit dem organisierten Wahnsinn des Rüstens. Es ist ein tödlicher Wahnsinn. Denn die Mittel, die für nutzlose Rüstungsmaßnahmen verschleudert werden, fehlen, um den verhungerten Menschen vor allem in der Dritten Welt zu helfen. Rund 800 Millionen Frauen, Männer und Kinder sind ernstlich unterernährt. Täglich

sterben 100.000 Menschen, viele davon an Unterernährung. Diese Zahlen sprechen für sich. Panzer und Raketenabwerfer machen keinen satt. Auch darum brauchen wir, braucht die Welt jetzt Abrüstung. „Ohne Frieden ist alles nichts“ - diese Erkenntnis, die leider immer noch nicht in allen Köpfen angekommen ist, soll uns leiten in unserer Partnerschaft. Wir sind gefordert, unseren Beitrag zu leisten zur Festigung des Friedens, indem wir endlich aus der Geschichte lernen, wozu Unfrieden und Krieg führen, nämlich nur zu Not, Elend, Zerstörung und immer wieder neuem Haß. Leisten wir also unseren Beitrag, indem wir entschlossen, mutig und großzügig die aufgenommenen Beziehungen zwischen unseren beiden Städten entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte sollen das gesellschaftliche Leben, die sozialen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der jeweiligen Partnerstadt kennenlernen. Wir wollen untereinander Ergebnisse und Erfahrungen in der Kommunalpolitik austauschen, so zum Beispiel auf den Gebieten der Stadtentwicklung und des Städtebaus, der Denkmalpflege, des Umweltschutzes. Hier bieten sich unzählige Themen und Bereiche an, bei denen eine Zusammenarbeit von nicht zu unterschätzendem beiderseitigen Interesse ist. Ich meine, daß die Bereitschaft und die Möglichkeit, voneinander zu lernen und miteinander Vertrauen aufzubauen, auch ein Beitrag zur Wahrung des Friedens sein kann. Diesem Ziel können auch die anderen Bereiche dienen, auf denen wir Austausch und Zusammenarbeit vereinbart, so zwischen den Wirtschaftseinheiten mit den Schwerpunkten Schiffbau, Seeverkehrs- und Fischwirtschaft, so zwischen unseren Wissenschaftlern, Universitäten und Hochschulen, zwischen gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Vereinigungen. Und nicht zuletzt sind wir übereingekommen, Delegationen beider Stadtparlamente, also der Stadtverordnetenversammlung von Rostock und der Stadtbürgerschaft von Bremen, Delegationen von Bürgerinnen und Bürgern aller Bereiche sowie von Fachleuten kommunaler Einrichtungen und von Jugendgruppen auszutauschen beziehungsweise ihren Austausch zu fördern.

Meine Damen und Herren, wir stehen erst am Anfang in unseren neuen Beziehungen.

Ich habe nur einige Beispiele genannt, die schon in der Rahmenvereinbarung deutlich machen, daß es praktisch keinen Themenbereich gibt, der ausgeschlossen ist und bei dem die beiden Seiten eine Zusammenarbeit nicht für sinnvoll und zweckmäßig erachten. Dies alles muß sich erst noch einspielen, muß sich entwickeln und noch einiges Leben erhalten. Ich habe die Hoffnung, daß die Praxis unserer Städtepartnerschaft auch diejenigen überzeugen wird, die jetzt möglicherweise noch nach dem Sinn fragen. Es gibt genügend Berührungspunkte zwischen unseren beiden Städten, die die Bürgerinnen und Bürger interessieren, bei denen eine Zusammenarbeit für alle Beteiligten nur von Vorteil ist. Und für mich, das füge ich in aller Offenheit hinzu, gibt es kein Thema, das wir nicht ansprechen können. Völkerverständigung und Friedenssicherung erlauben und vertragen keine Berührungängste, keine Schranken oder Ausklammerungen. Wir wollen nicht bei jeder passenden Gelegenheit die Worte vom Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen im Munde führen, sondern wir wollen vorleben, was das eigentlich heißt. Papier ist geduldig, sagt man. Für mich ist unsere Städtepartnerschaft keine Prestige-Angelegenheit, sondern eine Grundlage, um die gemeinsamen Interessen im Rahmen der Gegebenheiten, aber über alles Trennende hinweg, wirksam zu vertreten, zum Vorteil aller. Und warum soll dieses „Bündnis“ - wie ich es einmal in Erinnerung an die Hanse salopp nennen will - zwischen Bremen und Rostock nicht beispielhaft vor Augen führen, was alles möglich ist zwischen zwei deutschen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen? Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang aber auch die Bemerkung, daß wir nicht zuviel von einer Partnerschaft verlangen sollten. Wer an Kooperationen zwischen Städten der Deutschen Demokratischen Republik und Städten der Bundesrepublik Deutschland zu Hohe Ansprüche stellt, der macht sich und anderen nicht nur Illusionen, sondern gefährdet die Bemühungen, miteinander zu gutnachbarlichen Beziehungen zu kommen. Es gibt in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch offene Fragen, von der einen oder der anderen Seite formuliert. Diese Fragen können auch durch

Rahmenvereinbarungen zur Entwicklung einer Partnerschaft nicht gelöst werden. Das ist und bleibt die Aufgabe unserer Zentralregierungen. Die kommunale Ebene ist auch nicht zuständig etwa für Fragen der Nation, staatlicher Anerkennung oder exakter Grenzbeziehungen. Aber vielleicht kann die zarte Pflanze gemeinsamer Zukunftsperspektiven, richtig gepflegt, unsere Regierungen ermuntert, ungelöste Fragen weiter zu besprechen. Gutnachbarliche Beziehungen können nur entstehen durch die tatsächliche Zusammenarbeit und durch das Vertrauen, das sich dabei bildet. Dieses Vertrauen, das wichtig ist für die deutsch-deutschen Beziehungen, darf nicht durch Sonntagsreden und Gedankenspiele auf Stammtisch-Niveau zerstört werden! Ich füge hinzu, daß es für das Entstehen von Vertrauen ebenso falsch wäre, würde man so tun, als ob es keine unterschiedlichen Auffassungen, keine gegensätzlichen Meinungen gäbe. Aber es macht einen entscheidenden Unterschied aus, ob ich das Verbindende heraushebe, ohne das Gegensätzliche zu leugnen, oder ob ich das Trennende betone und damit neue Gräben aufreißt. Es hat in der Geschichte, auch und gerade in der deutschen Geschichte, genügend Gräben, Schützengräben, gegeben. Damit soll Schluß sein! Wir haben unter anderem immer wieder betont, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, daß wir alles tun müssen, um den Frieden zu stärken und zu sichern. Wir können aus unserer Verantwortung, uns auferlegt durch die Geschichte, nicht fliehen. Wir tragen an einem gemeinsamen Erbe, das bis 1945 reicht, uns aber jetzt und bis in alle Zukunft bindet. Die Barbarei der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verpflichtet gerade uns, den Menschenrechten, der Menschenwürde, dem Recht auf Leben und Überleben, dem Frieden überall in der Welt Geltung zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, die Erarbeitung unserer Rahmenvereinbarung hat gezeigt, wieviel guter Wille auf beiden Seiten vorhanden ist. Diesen guten Willen wollen wir uns bewahren. Sollte es einmal Mißverständnisse geben, so werden wir diese hoffentlich rasch aus der Welt schaffen können. Ich sage dies in aller Öffentlichkeit, auch wenn es ungewöhnlich erscheinen mag, weil zwischen

Rostock und Bremen nicht Diplomatie und Etikette gelten sollen, sondern echte Partnerschaft. Die aber fordert, recht verstanden, auch Offenheit, Toleranz und Geduld sowie den alles prägenden Willen zum Frieden, zur Friedfertigkeit. In diesem Sinne verstehe ich unsere beginnende Partnerschaft. In diesem Sinne bitte ich alle Rostockerinnen und Rostocker und alle Bremerinnen und Bremer, die Möglichkeit unserer Partnerschaft zu nutzen. Ich fordere sie auf, ihren eigenen Beitrag zur Festigung der Vereinbarung zu leisten und sich selbst konstruktiv am weiteren Ausbau zu beteiligen. Wir als verantwortliche Politiker sollten ein offenes Ohr für die hoffentlich zahlreichen Vorschläge aus der Bevölkerung haben. Der erste Schritt ist getan. Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen in eine Zukunft guter Nachbarschaft, die Verständigung fördert und den Frieden sichert.

## Rede von Henning Schleiff vor der Bremer Stadtbürgerschaft vom 18. Oktober 1987

*Das originale Manuskript der Rede wurde der Archivale AHR 2.1.1. 8801 entnommen.*

Meine Damen und Herren Abgeordneten  
der Bremischen Bürgerschaft!  
Sehr geehrter Herr Dr. Klink!  
Sehr geehrter Herr Wedemeier!

Gestatten Sie mir, Ihnen und allen Einwohnern der Stadt Bremen, im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt Grüße aus Rostock zu überbringen.

Wenn ich heute, neun Wochen nach der Unterzeichnung der „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland“ die Möglichkeit habe, hier vor Ihnen, den Vertretern unserer Partnerstadt Bremen zu sprechen, so ist das nicht zuletzt Ausdruck der Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten seit dem Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vor nunmehr fast genau 15 Jahren.

Ganz im Geiste dieses historischen Abkommens geht unsere Rahmenvereinbarung davon aus, daß wir mit der Zusammenarbeit, mit der Partnerschaft zwischen der Stadt Bremen und der Stadt Rostock einen Beitrag leisten wollen für das friedliche Zusammenleben der Völker im gemeinsamen europäischen Haus, auf unserer Erde.

Das Wichtigste, damit sie auch in Zukunft gedeihen, ist ein sicherer Frieden, ist die Bannung der Gefahr einer nuklearen Kriegskatastrophe. Nur wenn die Staaten ungeachtet der Unterschiede in den Gesellschaftsordnungen, den weltanschaulichen und politischen Positionen ihre Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten, können sie miteinander

leben und gut miteinander auskommen.

Läßt nicht die in greifbare Nähe gerichtete Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und den USA über die globale doppelte Null-Lösung bei den atomaren Mittelstreckenraketen neue, große Hoffnungen bei allen friedliebenden Menschen wach werden? Damit würde erstmals der Einstieg in die tatsächliche Abrüstung getan, und die ins unermessliche angehäuften nuklearen Waffenarsenale verlören eines ihrer wesentlichen Elemente. Damit würde die Tür aufgestoßen für einen Weg, der uns die Chance gibt, atomwaffenfrei die Schwelle ins nächste Jahrtausend zu überschreiten.

Wenn wir so bewußt die Friedensfrage in den Mittelpunkt unserer kommunalen Auslandsbeziehungen und damit auch unserer Partnerschaft zu Bremen stellen, gibt es dafür viele Gründe.

Auch Rostock hat die Schrecken und Leiden des 2. Weltkrieges durchleben müssen. Zu den wohl grauenhaftesten Nächten seiner Geschichte - vom 23. bis 27. April [1942] schon - zerstörten anglo-amerikanische Bomben die Stadt zu mehr als 40 Prozent.

Nach ihrer Befreiung aus der Nach [sic] des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee am 1. Mai 1945 erblühte unsere Heimatstadt Rostock wie nie zuvor in ihrer langen Geschichte.

Groß war die Arbeit, die geleistet werden mußte, um die materiellen und geistigen Trümmer zu überwinden, die Faschismus und Krieg hinterlassen hatten. Viel Schweiß und Aufopferung der Rostocker waren nötig. Das Erreichte, unsere Errungenschaften sind uns teuer. Nie wieder soll unser erfülltes Leben in der sozialistischen Gesellschaft durch Krieg aufs Spiel gesetzt werden. Unsere Pläne, Rostock noch wohnlicher für seine Bürger und anziehender für seine Gäste zu gestalten, reichen bis ins nächste Jahrtausend. Sie wollen wir in Frieden in die Tat umsetzen.

Heute verfügt Rostock über eine leistungsstarke Wirtschaft. Allein seit 1981 wurden über 120 Schiffe von den Hellingen unserer beiden Werften, der Warnowwerft und der Schiffswerft „Neptun“, dem nassen Element übergeben und fahren heute unter der Flagge vieler Nationen.

Bis weit in die 90er Jahre sind die Auftragsbücher unserer Werften gefüllt, nicht zuletzt durch unsere langfristig orientierte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Mehr als 20 Millionen Tonnen Güter schlägt unser Rostocker Handelshafen jetzt jährlich um, und reich ist der Fang der Rostocker Fischflotte auf den Meeren der Welt.

Jugendliche Mode aus Rostock erfreut sich großer Beliebtheit nicht nur in der DDR, und Stickstoffdünger aus dem Chemiewerk vor den Toren der Stadt halfen schon in diesem Jahr eine gute Ernte auf unseren Feldern heranwachsen zu lassen.

Die Forschungsergebnisse Rostocker Wissenschaftler können sich sehen lassen und haben nicht selten weltweite Anerkennung gefunden.

Genug Arbeit für alle gibt es in Rostock wie in unserem ganzen Land.

Auf besondere Weise wurde die Entwicklung auch unserer Stadt seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 durch Stabilität und Dynamik geprägt.

Die Resultate wachsender Leistungskraft der Wirtschaft kamen allen zugute. Fast 50.000 Wohnungen wurden in diesen Jahren neu gebaut bzw. modernisiert und für niedrige stabile Miete vor allem durch Arbeiterfamilien bezogen. Mehr als zwei Drittel aller Rostocker leben heute in Wohnungen, die in der Zeit des Sozialismus errichtet wurden. Groß ist die Zahl neuer Schulen, Kindergärten und Kinderrippen, die heute vom fröhlichen Treiben der jüngsten Rostocker beherrscht sind.

Zunehmend verschönern und bereichern die Künste unser Leben, was gleichermaßen auch für den Sport gilt. Mit bedeutenden Resultaten warteten Rostocker Sportler in diesem Jahr auf.

Stellvertretend für viele seien hier nur Silke Gladisch-Möller, zweifache Weltmeisterin über 100 und 200m bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Rom;

Anke Nothnagel, Kanu-Weltmeisterin im K4 sowie Bernd Höft und Falko Bier, Segelweltmeister in der 470er Klasse genannt.

Vieles könnte, müßte man noch sagen, um auszudrücken, worauf die Rostocker Stolz sind, was wir in Frieden für uns und unsere Kinder erhalten und weiter ausbauen wollen. Am 1. September, dem Weltfriedens-

tag, wurde für unser neues Wohngebiet, das neunte unserer Stadt seit der Gründung der DDR, die erste Platte gesetzt. Wir verstehen das als ein Symbol für das weitere Erlblühen der Stadt Rostock, uns und den kommenden Generationen zum Nutzen und zur Freude.

Meine Damen und Herren!

In unserer gemeinsamen Rahmenvereinbarung bekennen wir uns dazu, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht.

Von diesem Gedanken war auch der offizielle Besuch des Generalsekretärs des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in der BRD geprägt. Er trug der Tatsachen Rechnung, daß beide deutschen Staaten, an der Trennlinie der Gesellschaftssysteme des Sozialismus und des Kapitalismus, des Warschauer Vertrages und der NATO gelegen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Lehren der Geschichte einer hohen Verantwortung gerecht werden müssen.

Dazu trägt bei, wenn beide deutsche Staaten, über alle sonstigen Differenzen und Gegensätze hinweg, eine globale doppelte Null-Lösung zur Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen ohne Wenn und Aber unterstützten.

Friedliche Koexistenz ist die Grundlage dafür, internationale Streitfragen nicht mit militärischen Mitteln auszutragen, was beim gegenwärtigen Stand der Waffentechnik einer Katastrophe gleichkäme.

Sie ermöglicht den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme, ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Stillstand in der ideologischen Auseinandersetzung. Als praktischer Ausdruck dieser Erkenntnis ist das gemeinsame Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ hoch zu bewerten, das von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD erarbeitet und vor einigen Wochen veröffentlicht wurde.

Wie in diesem Dokument formuliert, besteht „unsere weltgeschichtliche neue Situation ... darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch

ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens.“ ...

„Friede kann heute nicht mehr gegeneinander errüftet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden.“ Verantwortungsbewußte Politik hat sich heute an dem Prüfstein zu bewähren, ob und in welchem Maße sie dazu beiträgt, den Völkern ein friedliches Dasein zu garantieren. Diese einfache Wahrheit unserer Zeit macht auch um die Kommunalpolitik keinen Bogen.

Es war für mich beeindruckend, während des Internationalen Bürgermeistertreffens anläßlich der 750-Jahr-Feier Berlins, in der Hauptstadt der DDR und auf dem Kongreß der Weltföderation der Partnerstädte, an welchem ich im Juli in Grenoble teilnahm und bei vielen anderen Gelegenheiten festzustellen, wie stark sich die Erkenntnis, diese Position in den letzten Jahren für viele Kommunalpolitiker als etwas Selbstverständliches durchgesetzt hat.

Daran ändert auch nichts, daß, wie wir immer wieder hören, das Recht auf offizielles Engagement in der Friedensbewegung den Kommunalpolitikern in manchen westlichen Ländern streitig gemacht wird.

Für uns als Abgeordnete, einer örtlichen Volksvertretung in der Deutschen Demokratischen Republik, ist dieses Recht durch die Gesetzgebung des sozialistischen Staates verbrieft.

Das öffentliche Engagement für den Frieden ist für uns erstrangiger Auftrag unserer Wähler.

Ausgehend davon hat unsere Stadtverordnetenversammlung ihre Stimme immer für Frieden und Rüstungsstop, für Abrüstung und Entspannung erhoben. Erwähnt seien an dieser Stelle unsere Erklärungen gegen die Neutronenwaffen und gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, mit denen wir uns auch an die Kommunalparlamente der mit Rostock verbundenen Städte wandten. Wie wir überhaupt unsere vielfältigen internationalen Verbindungen immer auch verstanden haben als eine Möglichkeit, uns im weltweiten Ringen

für den Frieden zu engagieren, beizutragen, eine weltumspannende Koalition der Vernunft und des Realismus zu schmieden.

Bei vielen Begegnungen mit Vertretern aus Kommunen europäischer und außereuropäischer Staaten habe ich große Hochachtung für dieses Wirken, großes Interesse und Zustimmung für die von unserem Land in den Entspannungsprozeß eingebrachten Initiativen und Vorschlägen gefunden.

Die zwischen Rostock und Bremen getroffenen Vereinbarung geht davon aus, daß wir mit der Partnerschaft zwischen unseren beiden Städten beitragen wollen zur Ausgestaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Anerkennung der Souveränität und Gleichheit beider Staaten.

Obwohl sicherlich politisch noch dringendere Fragen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ihrer Lösung harren, wie die Aufnahme offizieller Verbindungen zwischen dem Bundestag mit der DDR, die längst fällige Liquidierung der sogenannten Erfassungsstelle Salzgitter, der schon so lange ausstehende Abschluß der Markierung des Verlaufs der Staatsgrenze auf der Elbe, und natürlich die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, ist in den vergangenen Monaten zwischen Städten beider Staaten eines neues Element in ihrer Zusammenarbeit getreten.

Bremen und Rostock sind zwei Hafenstädte, in denen die Zweige der Seewirtschaft über reiche Traditionen verfügen, und die sich heute entschlossen den Herausforderungen des modernen wissenschaftlich-technischen Fortschritts stellen.

Die Wissenschaft und die Künste, aber auch der Sport haben in Bremen und Rostock eine Heimstatt.

Beide stehen vor großen Aufgaben, um das baukünstlerische Erbe zu erhalten und harmonisch mit Neuem zu verbinden. Jeder kann und wird aus den Erfahrungen des anderen schöpfen. Wir wollen und werden einander besser kennenlernen.

Mit der Unterzeichnung der „Rahmenverein-

barung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rostock in der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Bremen in der Bundesrepublik Deutschland“ haben wir unseren kommunalen Beziehungen zu Riga in der Sowjetunion, Szczecin in der VR Polen, Varna in der VR Bulgarien, Rijeka in der SFR Jugoslawien, zu Aarhus in Dänemark, Antwerpen in Belgien, Bergen in Norwegen, zur Städtegemeinde Dünkirchen in Frankreich, zu Göteborg in Schweden und Turku in Finnland eine neue Seite, Bremen, hinzugefügt. Wir haben gemeinsam jene Richtung bestimmt, in denen wir unsere Zusammenarbeit, unsere Partnerschaft vorrangig entwickeln wollen.

Natürlich sind wir realistisch, zu wissen, daß eine solche Partnerschaft wachsen muß, sich Schritt für Schritt entwickeln wird. Der Anfang ist getan.

Meine Damen und Herren!  
Sehr geehrter Herr Dr. Klink!

Ich versichere Ihnen und allen Bürgern der Stadt Bremen, daß wir gewillt sind, unsere gemeinsamen Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür wirken, daß die Sonne immer von einem friedlichen Himmel auf unsere Städte und ihre Bewohner scheint, daß das Lachen unserer Kinder nie im Hagel von Bomben und Raketen erstickt, daß die Jugend voll Zuversicht einer friedlichen Zukunft entgegenschreiten kann, daß die Meere und unsere Häfen immer dem friedlichen Handel und Zusammenleben der Völker dienen.

## Übersicht über Aufenthalte und Aktivitäten von Juli 1987 bis Oktober 1989

Diese Übersicht gibt einen Überblick über die Aufenthalte und Aktivitäten von Delegationen und Reisegruppen, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Grau hinterlegte Vorgänge wurden außerhalb der Jahresarbeitspläne realisiert, hatten aber einen direkten Bezug zur offiziellen Städtepartnerschaft oder waren von besonderer Bedeutung für die weitere Ausgestaltung der Städtekooperation.

### Aufenthalte und Aktivitäten von **Bremern in Rostock**

Zeitraum	Aufenthalt/Aktivität
03.07.1987	Erster offizieller Besuch von Bürgermeister Klaus Wedemeier in Rostock
14.08.1987	Reise der Bremer Grünen (Fraktion und Landesvorstand) nach Rostock über Schiffstourismus
17.08. bis 18.08.1987	Erste Delegation aus Bremen unter Leitung von Klaus Wedemeier zur Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung (4 Personen)
25.08.1987	Empfang im Rathaus von Herrn Mönckebuscher, Vorstandsmitglied der Handelsgesellschaft BRD-DDR, sowie des Prokuristen der Firma Günter Seidel
25.09. bis 27.09.1987	Tagesaufenthalte von rund 600 Bremer Bürgern über Schiffstourismus und Busreisen in Rostock
29.09.1987	Tagesaufenthalt von 93 Ausbildern und Lehrlingen der Bremer Überlandwerke über das Reisebüro der DDR in Rostock
28.10. bis 31.10.1987	Reise der Bremischen Bürgerschaft unter Leitung ihres Präsidenten, Dr. Dieter Klink (16 Personen)
09.11. bis 10.11.1987	Aufenthalt der Geschäftsführer des Instituts für Niederdeutsche Sprache Bremen, Dr. Lindow und Dr. Schuppenhauer, zu ersten Arbeitsgesprächen in Rostock
06.12. bis 08.12.1987	Delegation der Universität Bremen unter Leitung des Konrektors Prof. Cordes (8.12. Visite beim 1. Stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt Rostock, Manfred Naumann)
17.03. bis 21.03.1988	Teilnahme der Geschäftsführer des Instituts für Niederdeutsche Sprache Bremen an Veranstaltungen der Niederdeutschen Autorentage der drei Nordbezirke der DDR in Rostock
17.04. bis 19.04.1988	Delegation der „Kulturvereinigung Bremen-DDR“ unter Leitung ihres 1. Vorsitzenden, Prof. Bernbacher
24.04. bis 29.04.1988	Studiendelegation nach Rostock/Kühlungsborn der Volkshochschule Bremen in Zusammenwirken mit dem Bremer Senator für Bildung Wissenschaft und Kunst über INTERNATIONAL, Informations- und Bildungszentrum e.V., Bildungsurlaubes mit dem Titel „Kulturarbeit für und mit Arbeitnehmern“
30.04. bis 04.05.1988	Jugendreisegruppe aus Bremen unter Leitung von Bürgermeister Dr. Scherf in Rostock
16.05. bis 22.05.1988	Studiendelegation des Bürgerhauses Hemelingen, Bremen, in Rostock/Kühlungsborn; über INTERNATIONAL, Informations- und Bildungszentrum e.V.

11.06. bis 24.06.1988	Ausstellung „Dem Morgenrot entgegen - 80 Jahre Bremer Arbeiterjugendbewegung - 40 Jahre Bremer Landesjugendring“ im Rostocker Rathaus, Delegation des Landesjugendrings Bremen unter Leitung von Senator Kunick
25.06. bis 03.07.1988	Zwei Bootsbesatzungen aus Bremen zur Teilnahme an der Internationalen Ostseeregatta in Rostock
02.07.1988	Anreise eines Bremer Jugendblasorchesters zur Teilnahme am Musikantentreff Ostsee in Rostock
04.07. bis 10.07.1988	Delegation der Stadt Bremen zu den Rostocker Sommerfesttagen unter Leitung von Klaus Wedemeier, Empfang der Hansestadt Bremen auf der „Alexander von Humboldt“
26.08.1988	Delegation des Verbandes Bremischer Bürgervereine e.V. in Rostock über Schiffstourismus, Betreuung durch den Rat der Stadt an diesem Tag (62 Personen)
19.09. bis 24.09.1988	Bremer Architektendelegation unter Leitung von Eva-Maria Lemke-Schulte (8 Personen)
24.11. bis 27.11.1988	(privater) Aufenthalt des Abteilungsleiters Kultur beim Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Dieter Oppen, in Rostock zur Ausstellungseröffnung „Max Bill“, im Umfeld der Ausstellungseröffnung gab es mehrere hochrangige Kontakte
01.12. bis 02.12.1988	Aufenthalt des Sprechers des Bremer Senates, Reinhold Ostendorf, zur konkreten Abstimmung der Jahresvereinbarung für das Jahr 1989
17.02. bis 19.02.1989	Aufenthalt des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke, anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Gerhard Marcks in Mecklenburg“ in der Kunsthalle Rostock, mit Beständen des Gerhard-Marcks-Hauses in Bremen
06.03. bis 10.03.1989	Aufenthalt des leitenden Archivdirektors des Staatsarchivs Bremen in Rostock (ursprünglich vom 2.-6. Mai 1988; aus Krankheitsgründen damals abgesagt)
30.04. bis 07.05.1989	Aufenthalt einer Bremer Jugendreisegruppe
01.05. bis 30.06.1989	Bildhauer Hans Müller ist Teilnehmer am Internationalen Rostocker Bildhauersymposium
03.05. bis 07.05.1989	Aufenthalt einer Delegation Bremer Werft- und Hafendarbeiter unter Leitung des Regierungsdirektors beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Arno Hartog
03.05. bis 07.05.1989	(privater) Aufenthalt von Dr. Andreas Fuchs (Senatskanzlei Bremen) und Dr. Anke Fuchs (SPD-Bundesgeschäftsführerin) mit Kontakten zum Rat der Stadt Rostock
15.05. bis 20.05.1989	(privater) Aufenthalt von Claus Dittbrenner (SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft) mit Kontakten zum Rat der Stadt Rostock
12.06. bis 17.06.1989	Studiendelegation Umweltschutz, Siedlungsabfallbeseitigung, Sekundärrohstoffwirtschaft
30.06. bis 03.07.1989	Offizielle Delegation der Bremischen Bürgerschaft unter Leitung von Dr. Dieter Klink zu den Rostocker Sommerfesttagen (mit Blasorchester und Tanzpaar)
29.09. bis 02.10.1989	Damenhandballmannschaft SV Werder Bremen

## Aufenthalte und Aktivitäten von **Rostockern in Bremen**

Zeitraum	Aufenthalt/Aktivität
21.07. bis 24.07.1987	Verhandlungsdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Bürgermeisters, Manfred Naumann (5 Personen)
17.10. bis 21.10.1987	Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung unter Leitung des Oberbürgermeisters, Dr. Henning Schleiff (7 Personen)
03.03. bis 05.03.1988	Teilnahme des Direktors des VEB Bootsbau „Eikboom“, Gottfried Torbicki, an der BOOT Bremen ,88
04.04. bis 07.04.1988	Aufenthalt von Prof. Karl-Heinz Jahnke zur Vorbereitung der Ausstellung „Dem Morgenrot entgegen - 80 Jahre Bremer Arbeiterjugendbewegung - 40 Jahre Landesjugendring Bremen“ in Bremen
02.05. bis 07.05.1988	Rostocker Architektendelegation in Bremen unter Leitung des Stellvertreters des Oberbürgermeisters, Herr Mrotzek, zum Studium von Erfahrungen des Städtebaus und der Architektur sowie der Rekonstruktion und Restaurierung von Altbausubstanz im Stadtzentrum
25.05. bis 31.05.1988	Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung unter Leitung des Stellvertretenden Bürgermeisters, Manfred Naumann (5 Personen)
25.05. bis 31.05.1988	Rostocker Jugendkammerorchester unter Leitung des Stadtrates für Kultur
03.06. bis 05.06.1988	Aufenthalt einer Frauenhandballmannschaft der BSG Fiko Rostock
05.06. bis 10.06.1988	Delegation des Mecklenburger Folklorenzentrums (Marion Schmidt, Uwe-Detlev Jessen) nach Bremen, Fachvorträge und Erfahrungsaustausch
05.09. bis 12.09.1988	Aufenthalt einer Jugendreisegruppe unter Leitung des 1. Sekretär der FDL-Kreisleitung, Carsten Müller (20 bis 30 Personen)
25.09. bis 28.09.1988	Delegation der SED-Bezirksleitung Rostock zum Landesvorstand der SPD in Bremen
02.10. bis 03.10.1988	Ausbildungsschiff „Störtebeker“ der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow im Rahmen seiner Ausbildungsfahrt in Bremen (54 Personen)
29.03. bis 03.04.1989	Delegation der Stadtverordnetenversammlung unter Leitung des Stellvertretenden Bürgermeisters, Manfred Naumann (6 Personen)
29.03. bis 03.04.1989	Delegation des Shantychores „De Klaashahns“ unter Leitung von Peter Struck (15 bis 20 Personen)
31.05. bis 05.06.1989	Delegation Werft- und Hafenarbeiter (15 Personen)
29.08. bis 05.09.1989	Jugendreisegruppe (30 Personen)
01.09.1989	Ausstellungseröffnung von Kinderbildern aus Bremer Partnerstädten zum Thema „Wir wollen Frieden“

## Über die Herausgeber

### **Prof. Dr. Lothar Probst**

seit 2007 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen,  
Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung,  
2002 Ernennung zum Akademischen Rat am Institut für Politikwissenschaft und zum  
Geschäftsführer des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien an der Universität  
Bremen,  
1989 bis 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 1993 Geschäftsführer) des Instituts für  
kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien an der Universität Bremen,  
1993 Promotion in Politik-/Kulturwissenschaft an der Universität Bremen,  
1987 bis 1989 Studium der Fächer Politik- und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen,  
1971 bis 1975 Studium der Fächer Deutsch, Geschichte, Politik an den Pädagogischen  
Hochschule Bielefeld

### **Johannes Saalfeld, M.A.**

seit 2009 Lehrbeauftragter und Doktorand am Institut für Politik- und  
Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock,  
2006 bis 2008 Prorektor der Universität Rostock,  
2002 bis 2009 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und des Öffentlichen Rechts  
an den Universitäten Jena, Rostock und Bergen (Norwegen)





## Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Entstehung, Geschichte und Bilanz



1987 besiegelten die beiden Hansestädte Bremen und Rostock in einer Rahmenvereinbarung eine Städtepartnerschaft. Die Partnerschaft stand zunächst unter den spezifischen Bedingungen der deutsch-deutschen Teilung und neben den offiziell vereinbarten Aktivitäten ließen sich spontane Bürgerkontakte angesichts der Reglementierungen durch die SED und die Staatsicherheit nur schwer realisieren. Ihre eigentliche Dynamik entwickelte die Städtepartnerschaft in der Zeit des politischen Umbruchs, nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Rostock, so wie in anderen Städten der DDR, durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit die alten politischen Strukturen zum Einsturz brachten. Schon kurz nach Öffnung der Mauer gingen Bremer und Rostocker daran, gemeinsame Projekte zu initiieren und die Städtepartnerschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit Leben zu füllen. Wie stark die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger der beiden Hansestädte in der Zeit des politischen Umbruchs war, zeigt das von einer Rostocker Bürgerinitiative im Januar 1990 organisierte „Volksfest für Bremen“, an dem Tausende von Bremern teilnahmen. Als die Bremer Rostock verließen, rief ihnen ein Rostocker hinterher: „Kommt bloß wieder!“ Da auch die Bremer politischen Institutionen, an der Spitze der Senat, 1989/1990 sehr schnell auf die neue Lage reagierten und institutionelle Hilfe leisteten, kann die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock für die Zeit zwischen 1990 und 1992 als beispielhaft für die Bedeutung der Städtepartnerschaften beim Aufbau neuer Strukturen gelten. Es ist das Ziel dieser Publikation, die Entstehung und die Geschichte dieser Partnerschaft aus verschiedenen Perspektiven nachzuzeichnen und anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit an ihre Bedeutung in der Beziehung der beiden Städte zu erinnern.